



Freie und Hansestadt Hamburg

Drucksache XVII/275

Bezirksamt Bergedorf

T Ä T I G K E I T S B E R I C H T

D E S

B E Z I R K S A M T E S B E R G E D O R F

B E R I C H T S J A H R 2 0 0 4

(24. Fortschreibung)



VORWORT

Das Bezirksamt legt mit dieser Ausgabe seinen Tätigkeitsbericht 2004 vor, um damit - wie in den Vorjahren auch- über die Arbeit des vergangenen Jahres durch Zahlen, Daten und Fakten zu informieren.

Diese Informationen sollen Interessierte einladen, sich mit der Arbeit und der Entwicklung des Bezirksamtes zu befassen, die mit den jährlichen Tätigkeitsberichten nun schon zum 25. Mal dokumentiert werden.

Wir fordern erneut zur Aufgabenkritik auf und freuen uns über Anregungen, die der Arbeit des Amtes dienen könnten.

Dr. Christoph Krupp

Bezirksamtsleiter



INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
1. Verwaltungsdezernat	
1.1 Verwaltungsamt	6
1.1.1 Allgemeine Abteilung	6
Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit,	6
Gebäudemanagement,	8
Katastrophenschutz,	9
Sport	9
Koordinator für Aussiedler- und Asylbewerberfragen	10
Stadtteilkultur	11
Lichtwarkausschuss	13
1.1.2 Personalabteilung	14
1.1.3 Haushaltsabteilung	17
1.1.4 Organisationsabteilung	18
1.2 Einwohneramt	20
1.3 Standesamt	24
1.4 Beauftragte für Beschäftigungsförderung und soziale Stadtteilentwicklung	26
2. Rechts-, Gesundheits- und Verbraucherschutz- dezernat	
2.1 Rechtsamt	29
2.2 Gesundheitsamt	32
2.3 Verbraucherschutzamt	36



	<u>Seite</u>
3. Baudezernat	
Bauamt mit	46
3.1 Verwaltungsabteilung	48
3.2 Planungsabteilung	48
3.3 Genehmigungsabteilung	54
3.4 Garten- und Tiefbauabteilung einschließlich Naturschutzreferat	57
5. Jugend- und Sozialdezernat	
5.1 Jugendamt	61
5.2 Grundsicherungs- und Sozialamt	69
6. Ortsamt Vier- und Marschlande	
6.1 Verwaltungsabteilung	72
6.2 Bürgerzentrum	72
6.3 Bauaufsicht	74
6.4 Grundsicherungs- und Sozialabteilung	75
7. Beauftragte für Wirtschaftsförderung (WB) und Verbindungsstelle Liegenschafts- verwaltung	76



Die Organisationsstruktur des Bezirksamtes Bergedorf im Vergleich zur Produktstruktur der Produktinformation

Im Tätigkeitsbericht sind die Aufgaben nach der bisherigen Organisationsstruktur des Bezirksamtes Bergedorf gegliedert. Die folgende Übersicht ermöglicht eine grobe Zuordnung zu den Produktbereichen und -gruppen der für die Bürgerschaft erstellten Produktinformation.

Bezirksamt					Wirtschaftsbeauftragter		
D 1 Verwaltungsdezernat		D 2 Rechts-, Gesundheits- und Verbraucherschutzdezernat		D 3 Baudezernat		D 5 Jugend- und Sozialdezernat	
Verwaltungsamt	Einwohneramt Standesamt	Rechtsamt Gesundheitsamt Verbraucherschutzamt		Bauamt	Jugendamt Sozialamt		
Produktbereich 0: Zentrale Verwaltung	Produktbereich 01: Einwohner- und Personenstandsangelegenheiten	Produktbereich 02: Rechts-, Wirtschafts- und Ordnungsangelegenheiten		Produktbereich 03: Bauangelegenheiten	Produktbereich 05: Jugend-, Grund- und Sozialangelegenheiten		
<i>Produktgruppe 01</i> Zentrale Unterstützung der Aufgaben- und Ressourcensteuerung, Aufgaben- und Leistungsunterstützung	<i>Produktgruppe 03</i> Einwohnerangelegenheiten einschl. Sozialleistungen und Wohnungsangelegenheiten	<i>Produktgruppe 05</i> Rechtsentscheidungen und Vertretung in gerichtlichen und anderen Verfahren einschl. Rechtsservice	<i>Produktgruppe 13</i> Gesundheit	<i>Produktgruppe 08</i> Städtebauliche Planung, Realisierung	<i>Produktgruppe 16</i> Jugendhilfe		
			<i>Produktgruppe 14</i> Umweltschutz	<i>Produktgruppe 09</i> Bauaufsicht und Bodenverkehrsangelegenheiten	<i>Produktgruppe 17</i> Grundsicherung u. Sozialhilfe		
<i>Produktgruppe 02</i> Zentrale Fachaufgaben (Bevölkerungsschutz, Sport, Stadtteilkultur, Bürgerhäuser, u. sonst. Freizeitzentren sowie Wahlen/ Volks-/ Bürgerbegehren und -entscheide)	<i>Produktgruppe 04</i> Personenstandsangelegenheiten	<i>Produktgruppe 06</i> Gewerbe- und Ordnungsangelegenheiten	<i>Produktgruppe 15</i> Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinärangelegenheiten	<i>Produktgruppe 11</i> Tiefbauwesen			
				<i>Produktgruppe 12</i> Städtisches Grün und Naturschutz			

Ortsamt Vier- und Marschlande

Die Abteilungen des Ortsamtes finden sich in den fachlich entsprechenden Produktbereichen und -gruppen wieder.



1. VERWALTUNGSDEZERNAT

Leitung: Klaus Wolters, Tel. 42891-2003/2004

	2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen	109,06	107,4	96,15 ¹
Sachkostenbudget			
Ansatz und Rest Vorjahr	59.860	61.684	67.367
Ausgaben	42.211	45.281	56.608
übertragbarer Rest	14.649	16.403	10.759
betreute Fachausschüsse	Bezirksversammlung, Hauptausschuss, Fachausschüsse für Wirtschaft und Arbeit, für Sport und Kultur, für Haushalt und Vergabe		

1.1 Verwaltungsamt (Zentrale Unterstützung der Aufgaben- und Ressourcensteuerung)

1.1.1 Allgemeine Abteilung

Leitung: Otto Steigleder, Tel. 42891-2005

	2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen	32,26	28,3	26,76

Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit

	2002	2003	2004
Anzahl der Sitzungen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse	103	103	91*)
Anzahl der der Bezirksversammlung vorgelegten Drucksachen	603	625	532*)
Anzahl der Beiträge/Stellungnahmen zu Drucksachen der Bezirksversammlung und deren Fachausschüsse	161	156	184
Aufwendungen für Bezirksabgeordnete und Fraktionen	508.160	566.366	577.046**)
Eingaben an die Bezirksversammlung	41	46	51
Eingaben an die Bezirksamtsleitung	133	112	139

*) Die teils niedrigeren Werte sind darauf zurückzuführen, dass bedingt durch die Neuwahl im Februar/März 2004 fast keine Sitzungen stattgefunden haben.

¹ Mit Beginn des Jahres 2004 hat das Bezirksamt zur Steuerung seines Personalkostenbudgets unter anderem ein Kennzahlensystem eingeführt, durch das sich die Abbildung der realen budgetrelevanten Beschäftigungsvolumina einer Abteilung darstellen lässt. Diese Zahlen werden ab dem Jahr 2004 im Tätigkeitsbericht ausgewiesen, sodass es hieraus resultierend im Vergleich zum Vorjahr zu Abweichungen kommen kann.



**) Die Fraktionszuschüsse für Januar 2005 sind noch im Dezember 2004 abgeflossen, ansonsten wäre der Betrag aufgrund des Wahlergebnisses (weniger Fraktionen in der Bezirksversammlung) im Vergleich zum Vorjahr geringer ausgefallen.

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Die Anzahl der Eingaben an die Bezirksversammlung unterlag weiterhin nur geringen Schwankungen. Auch im Jahr 2004 waren die inhaltlichen Schwerpunkte von Eingaben an die Bezirksversammlung überwiegend bei Verkehrsangelegenheiten. Die inhaltlichen Schwerpunkte bei den Eingaben an die Bezirksamtsleitung waren Bau-, Grün-, Verkehrs- und Sozialhilfeangelegenheiten.

Neben der ausschussbegleitenden Tätigkeit waren folgende Aufgaben zu bewältigen:

- Vorbereitung und Durchführung der Bürgerschafts-/ Bezirksversammlungswahlen am 29.02.2004 sowie Volksentscheid: „Gesundheit ist keine Ware“
- Neubildung aller Fachausschüsse der Bezirksversammlung Bergedorf
- Organisation der Neubildung des Jugendhilfeausschusses
- Vorbereitung und Durchführung der Europawahl am 13. Juni 2004 sowie des Volksentscheides: „Mehr Bürgerrechte – ein neues Wahlrecht“.
- Vorbereitung und Durchführung der Schöffenwahl, Amtszeit 2005-2008
- Vorbereitung und Durchführung der Wahl der ehrenamtlichen Richter am VG/OVG, Amtszeit 2005-2008
- Vorbereitung und Durchführung der Wahl der ehrenamtlichen Richter am Sozialgericht
- Organisation der Neubildung des Widerspruchsausschusses im August 2004
- Organisation der Veranstaltung : „Ein Abend für das Ehrenamt“ am 14.09.2004
- Organisation und Durchführung des 16. Helfertages am 30.11.2004
- Fortsetzung der Einstellung des Bezirksamtes in das Internet unter "Hamburg.de".
- Mitarbeit im Arbeitskreis und den Arbeitsgruppen Tourismus
- Mitarbeit im Arbeitskreis Sternwarte
- Mitarbeit in den Arbeitskreisen Neues Wahlrecht u. Volksentscheid
- Redaktionsarbeit für die Neuauflage des Hamburg-Handbuches(Ausgabe 2004/2005)

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Im Rhythmus von 14 Tagen fanden bei der Bezirksamtsleitung Pressegespräche / Pressekonferenzen statt, die vorzubereiten und zu begleiten waren.

Regelmäßig, d.h. nahezu täglich gibt es Kontakte mit der regionalen und überregionalen Presse - bei besonderen Anlässen auch mit Rundfunk und Fernsehen.

Vorbereitung für die Vornahme von:

Ehrungen:	2002	2003	2004
Eiserne-, Diamantene-, Goldene-, Gnadenhochzeit	4	3	3
90., 100. und jeder weitere Geburtstag über 100	161	162	178

Bei 90. Geburtstagen hat seit 2004 die Senatskanzlei die ausschließliche Versendung von Glückwunschkarten übernommen.

Ehrungen zu den 100.Geburtstagen und zu den Ehejubiläen werden weiterhin von den Bezirksämtern durchgeführt.



- Fortsetzung der Arbeiten für ein Internet-Portal unter dem Domainnamen „bergedorf.de“. Hier sollen alle Internetauftritte Bergedorf betreffend zusammengeführt werden.
- Mitarbeit bei der Einführung eines digitalen Wahlverfahrens
- Redaktionsarbeit für die nächste Auflage der Broschüre „Der Bezirk Bergedorf“
- Organisation und Durchführung der Nachwahlen im Jugendhilfeausschuss im 1. Quartal 2005
- Organisation und Durchführung der Neuwahl der Seniorenvertretung im April/Mai 2005
- Organisation und Durchführung des Rathaus-/Stadtfestes Ende August 2005
- Organisation und Durchführung des Jahresempfanges des Bezirksamtes am 26.08.2005
- Organisation und Durchführung des 17. Helfertages der Bezirksversammlung im November 2005
- Volksbegehren „Hamburg stärkt den Volksentscheid“ und „Rettet den Volksentscheid“ im Nov./Dez. 2005
- Organisation und Durchführung des Adventsbasars sowie des(der) Spiegelsaalkonzerte(s)

Gebäudemanagement

Aufgabe und Entwicklung in 2004

	2002	2003	2004
Anzahl der zu unterhaltenden eigengenutzten Gebäude	32	32	30
Höhe des Bewirtschaftungsvolumens für eigengenutzte Gebäude	835.415	813.284	1.021.470*)
Nutzfläche der zu unterhaltenden eigengenutzten Gebäude in m ²	18.705	18.717	18.626
- davon angemietet in m ²	14.196	14.208	14.164
durchschnittliche Bewirtschaftungskosten für eigengenutzte Gebäude je m ²	3,72	3,62	4,57*)
durchschnittliche Mietkosten je m ²	6,55	6,61	6,60

*) erhöhte Kosten wegen Veränderung bei der Heizkostenzahlung. Jahresrechnung + monatliche Abschläge in einem Jahr. Ab 2005 Einpendelung auf die Vorjahreszahlen.

Ziele für 2005

- Weitere Baubegleitung der Erneuerung der Glasfassaden des Lichtwarkhauses (2. Bauabschnitt)
- Renovierung des Niedergangs zum Rathauskellers, Abschluss der Arbeiten auch des „Ratskellers“ nach Grundrenovierung in Anlehnung an die historische Ausführung von 1927
- Baubegleitung der Sanierungen der GWG in und an den Dienstgebäuden
- Restaurierung der Decke im Foyer des Rathauses
- Verlegungen von Dienststellen
- Außenrenovierung des Spielhauses „Blaue Welle“
- Übernahme des „Postgebäudes“ für die ARGE
- Prüfung, das Rathaus zu illuminieren

- Mitwirkung bei der Realisierung des Projektes „Rathausenerweiterung“



Zentrale Fachaufgabe "Katastrophenschutz"

Der Schwerpunkt der Aufgaben des Sachgebietes „Zivil- und Katastrophenschutz“, lag in diesem Jahr auf dem Themenbereich „Schulung der Mitglieder des Regionalen Katastrophendienststabes (RKD)“.

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Katastrophenschutz	2002	2003	2004
Anzahl der Katastrophenschutzübungen	2	2	2
Anzahl der Schulungen	11	12	8
Anzahl der Einsätze	2	0	0

Ziele für 2005

- Vorbereitung und Durchführung von 3 Übungen
 - 03.09.2005 Sturmflutübung
 - 21.10.2005 Deichverteidigungsübung
 - 26.11.2005 Krümmel-Übung
- Teilnahme an der Aufbauübung Notfallstation Jenfeld am 4.6.2005
- Schulung der Stabsmitglieder in ihren Aufgabenbereichen
- Fortsetzung der Anwenderschulung „digitale Lagedarstellung“
- Neuorganisation der personellen Besetzung des RKD

Zentrale Fachaufgabe "Sport"

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Neben der Betreuung der 82 im Bezirk vertretenen Sportvereine auch im Hinblick auf die Vergabe von Nutzungszeiten für Sportplätze und Turnhallen und insbesondere die Betreuung der staatlichen Sportstätten gab es folgende Aktivitäten:

- Feriensportaktionen in den Frühjahrs- und Sommerferien
- Ehrung von 250 Sportlerinnen und Sportlern am 8. und 11. Mai für herausragende sportliche Leistungen in 2004
- Begleitung des Neubaus Vereinshaus für den VfL Lohbrügge auf dem Gelände der Wilhelm-Lindemann-Sportanlage im Rahmen der Sozialen Stadteilerneuerung
- Begleitung des Neubaus des Umkleidehauses Fritz-Reuter-Platz
- Fertigstellung der Sanierung des Umkleidehauses auf der Sportanlage Curslack-Neuengamme
- Sanierung der Platzwartwohnung Sander Tannen
- Installation eines neuen Ballfanggitters am Grandplatz auf der Sportanlage Neuallermöhe-Ost nach Einspruch gegen Sportlärm durch einen Anlieger
- Sanierung der Brücke im Eingangsbereich Daniel-Hinsche-Straße auf der Sportanlage Billtal - Stadion



Größe aller Sportflächen in m ²	419.827	432.808	432.808
Durchschnittlicher Pflegezustand der Sportstätten in %	78	80	78
Durchschnittliche Unterhaltungskosten je m ² Sportfläche	1,48	1,52	1,54

Ziele für 2005

- Sportstättenverwaltung
 - Einsatz für einen Verbleib im Bezirk
 - Bei anderer Entscheidung: Vorsorge treffen für Verlagerung
- Feriensportaktion in den Frühjahrs- und Sommerferien
- Sportlerehrungen für herausragende Leistungen in 2004
- Begleitung der Fertigstellung des Neubaus des Vereinshauses VfL Lohbrügge auf dem Gelände der Sportanlage Wilhelm Lindemann im Rahmen der Sozialen Stadteilerneuerung
- Ggf. Abschluss eines Sportrahmenvertrags mit dem VfL Lohbrügge
- Fertigstellung der neuen Sporthalle auf der Sportanlage Curslack-Neuengamme
- Fertigstellung der Sanierung des Umkleidehauses auf der Sportanlage Curslack-Neuengamme
- Fertigstellung des Neubaus des Umkleidehaus Fritz-Reuter-Platz
- Neuanschluss der Trainingslichtanlage auf der Sportanlage Elversweg
- Abschluss der Renovierungsarbeiten Badewärterhaus Sommerbad Altengamme
Beschaffung einer neuen Umwälzpumpe Sommerbad Altengamme
- Begleitung Neubau Vereinshaus VfL Lohbrügge auf dem Gelände der Wilhelm-Lindemann-Sportanlage im Rahmen der Sozialen Stadteilerneuerung
- Billtal- Stadion: Erarbeiten eines Nutzungskonzepts unter Berücksichtigung der Lärm- und Verkehrsproblematiken

Koordinator für Aussiedler- und Asylbewerberfragen (KÜA)

Die Aufgaben des KÜA sind seit 2002 in die Allgemeine Abteilung eingegliedert. Der Arbeitsschwerpunkt lag wie im Vorjahr in der Herrichtung und Verwaltung von Unterkünften für Asylbewerber. In den bezirklichen Unterkünften einschließlich der zwischengenutzten Wohnungen der SAGA stehen mit Stichtag 31.12. insgesamt zur Verfügung:

Anzahl der Unterkunftsplätze in den bezirklichen Einrichtungen		
2002	2003	2004
273	178	178

Von der SAGA werden z.Zt. noch 3 Häuser/Wohnungen genutzt. In der Gemeinschaftsunterkunft August-Bebel-Str. 210 sind ca. 80 Personen (nur Familien) untergebracht.

Unter der Trägerschaft pflegen & wohnen bestehen folgende Unterkünfte:

- Pavillon-/Containerdörfer:
- Curslack Neuer Deich 80 (260 Plätze)
- Curslack Neuer Deich 78 (260 Plätze)
- Rothenhauschaussee 100 (ca. 650 Plätze)

- Reinbeker Redder 173 „Hirtenland“ (ca. 360 Plätze; Räumung im Mai 2005)
- Unterkunft (Festgebäude) für bleibeberechtigte Familien, Obdachlose und Aussied-



ler Rahel-Varnhagen-Weg 12-24 (270 Plätze)

Stadtteilkultur

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Im Bereich der Stadtteilkultur waren neben der Betreuung und Beratung von etwa 120 kulturellen Gruppen, Vereinen, Initiativen und Organisationen die Anträge zur Förderung kultureller Projekte zu bearbeiten.

Förderung kultureller Projekte	2002	2003	2004
Anzahl der gestellten Anträge	20	21	17
davon bewilligt	20	21	17
Gesamtvolumen der gestellten Anträge	32.000	37.300	40.330
davon bewilligt	23.300	22.330	23.475

Daneben wurden folgende Projekte und Aufgaben wahrgenommen:

- Übernahme der Bearbeitung der Zuwendungsgewährung für das Kultur- und Geschichtskontor Reetwerder von der Kulturbehörde
- Neuorganisation der Aufgaben des Lichtwarkausschusses im Zusammenhang mit den Aufgaben der Stadtteilkultur und der angestrebten Kooperation mit der Stäitsch Theaterbetriebs GmbH und der Ohnsorg -Theater GmbH
- Erarbeitung bzw. Verlängerung von Rahmenvereinbarungen zwischen dem Bezirksamt und den Bürgerhäusern bzw. dem Stadtteilkulturzentrum LOLA
- Mitwirkung bei der Bestandssicherung des Hasse – Archivs
- Mitarbeit im Landesrat für Stadtteilkultur und seinen Arbeitskreisen
- Mitarbeit bei der Erarbeitung der Förderrichtlinien für die Gewährung von Zuwendungen an Bürgerhäuser, Freizeitzentren, Begegnungsstätten und ähnlichen Einrichtungen
- Mitarbeit bei den Vorbereitungen für den 5. Hamburger Ratschlag für Stadtteilkultur am 19. und 20. November 2004 in der Fremdsprachenschule Mittelweg
- Vorbereitung und Durchführung eines Konzertes „Dornröschen, Der kleine Däumling und andere Klaviergeschichten“ am 26. November 2004 im Spiegelsaal

Institutionelle Förderung des Stadtteilkulturzentrums LOLA	2002	2003	2004
Zuwendung in €	196.000	196.000	196.000
Gesamtzahl der Besucher	66.931	64.559	60.526
durchschnittlicher Zuschuss pro Besucher im Stadtteilkulturzentrum in €	2,93	3,03	3,24
Anteil der staatl. Zuwendungen an den Gesamtausgaben des Zentrums in %	41	41	42

Der Veranstaltungsbetrieb war bis zur Fertigstellung der Saalerweiterungsarbeiten im September 2004 eingeschränkt.



Betriebskostenzuschuss Bürgerhaus Neuallermöhe-Ost	2002	2003	2004
Zuwendung in €	34.000	34.000	34.000
Gesamtzahl der Besucher			16.460
durchschnittlicher Zuschuss pro Besucher im Stadtteilkulturzentrum in €			2,07
Anteil der staatl. Zuwendungen an den Gesamtausgaben des Zentrums in %			52
Betriebskostenzuschuss Bürgerhaus KulturA	2002	2003	2004
Zuwendung in €	46.650	47.875	47.775
Gesamtzahl der Besucher			42.882
durchschnittlicher Zuschuss pro Besucher im Stadtteilkulturzentrum in €			1,11
Anteil der staatl. Zuwendungen an den Gesamtausgaben des Zentrums in %			57
Betriebskostenzuschuss Arge-Pavillon Berged.-West, P 5	2002	2003	2004
Zuwendung in €	6.000	6.000	6.000
Gesamtzahl der Besucher			6.300
durchschnittlicher Zuschuss pro Besucher im Stadtteilkulturzentrum in €			0,95
Anteil der staatl. Zuwendungen an den Gesamtausgaben des Zentrums in %			18
Betriebskostenzuschuss Bürger- u. Jugendhaus Lohbr.	2002	2003	2004
Zuwendung in €	8.000	8.000	8.000
Gesamtzahl der Besucher			3.593
durchschnittlicher Zuschuss pro Besucher im Stadtteilkulturzentrum in €			2,23
Anteil der staatl. Zuwendungen an den Gesamtausgaben des Zentrums in %			65
Sondermittel		2003	2004
Anzahl der gestellten Anträge		62	49
Gesamtvolumen der gestellten Anträge		418.000	315.695
davon bewilligt – Betriebsmittel – Volumen		25	23
davon bewilligt – Investitionen – Volumen		35.900	33.220
		15	10
		56.800	37.450



Soziale Stadtteilentwicklung

Die Johann-Daniel-Lawaetz-Stiftung erhielt vertragsgemäß 125.300 € für die Quartiersentwicklung Lohbrügge-Nord und 20.000 € für den Verfügungsfond Lohbrügge Nord.

Für 3 Projekte der Sozialen Stadtteilentwicklung wurden 1.285.265 € bewilligt, davon u.a. 1.138.735 € an den VfL Lohbrügge für den Neubau des Vereinshauses auf der Wilhelm Lindemann Sportanlage (s. Abschnitt 1.4 –Soziale Stadtteilentwicklung-).

Ziele für 2005

- Einführung des Datenbanksystems INEZ zur Automatisierung des Zuwendungswesens
- Vorbereitung und Durchführung des Rathausfestes am 26. August 2005 in Zusammenhang mit dem Stadtfest und dem Fest der Nationen
- Umsetzung der Regelungen der Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen an Bürgerhäuser, Freizeitzentren, Begegnungsstätten und ähnliche Einrichtungen

Lichtwark-Ausschuss

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Der Lichtwark-Ausschuss bereichert das Bergedorfer Kulturleben mit folgendem Angebot: Theateraufführungen, Konzerte und die Jugend-Wettbewerbe im Theater „Haus im Park“.

Theateraufführungen und Konzerte

Nach dem Ausscheiden der bisherigen Geschäftsführerin des Lichtwarkausschusses hat das Bezirksamt folgende personelle Veränderung vorgenommen: Die ganze Stelle der Geschäftsführerin wurde eingespart, statt dessen eine halbe Mitarbeiter-Stelle neu besetzt und die Geschäftsführung dem Leiter der Allgemeinen Abteilung übertragen. Diese Maßnahme war aus Kostengründen notwendig und konnte so eine Fortführung des Lichtwark-Theaterbetriebs und der Jugendwettbewerbe sicher stellen. Die für die Saison 2004/2005 eingekauften Theaterstücke waren bis dato unterschiedlich besucht. Ab der Saison 2005/2006 gilt eine mit der Stäitsch Theaterbetriebs GmbH und der Ohnsorg-Theater GmbH abgeschlossene Kooperation, wonach die Kooperationspartner im Auftrag des Lichtwarkausschusses die Gestaltung und Durchführung des Theaterangebots übernehmen. Die Gespräche über die Programm- und Termingestaltung haben inzwischen stattgefunden. Fast unverzichtbar, da einmalig für die gesamte Region, sind weiterhin für die älteren Mitbürger (vor allem Seniorengruppen) die Nachmittagsvorstellungen und der Theaterbus am Abend.

Veranstaltungen im Theater "Haus im Park"

	2001/2002	2002/2003	2003/2004
Anzahl der Veranstaltungen	28	28	25
Anzahl der Abonnenten	864	736	596
Anzahl der "freien" Besucher	3990	4020	3.089
Auslastung der Veranstaltungen	72,25 %	68,39%	57,5%



Jugendwettbewerbe

Die Bergedorfer Jugendwettbewerbe fördern eindrucksvoll künstlerisch aktive Kinder und Jugendliche. Ihre Durchführung wird durch ehrenamtliche Juroren und finanzielle Unterstützung des Lichtwark-Vereins ermöglicht.

25. Jugend-Theatertage

11 Gruppen mit Darstellern zwischen 5 und 23 Jahren zeigten Aufführungen auf sehr gutem bis gutem Niveau.

44. Jugendmusikanten-Wettstreit

135 junge Musiker wetteiferten an 4 Tagen um gute Plätze. Das Niveau war durchgängig sehr hoch. Wieder konnte an mehrere Teilnehmer für ihr Vorspiel die höchste Punktzahl vergeben werden. Höhepunkt war das abschließende Preisträgerkonzert mit starker Beteiligung.

Teilnehmerzahlen	2002	2003	2004
Musikanten-Wettstreit	129	164	135
Theater-Tage	6	10	11

Ziele 2005

- Umstellung des Programmeinkaufs (Altonaer Theater und Ohnsorg-Theater)
- Übernahme des Kartenverkaufssystems des Altonaer Theaters
- Schulung der beiden Mitarbeiter
- Vorbereitung und Durchführung der Jugend-Musik- und Jugendtheatertage im Mai/Juni 2005

1.1.2 Personalabteilung

Leitung: Ralf Benthien, Tel.: 42891.2087

	2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen	7,91	8,4	6,47

Aufgabe und Entwicklung in 2004

In 2004 war die Arbeit der Personalabteilung zum einen weiterhin durch erforderliche Einsparungen im Personalhaushalt und die Einstellungsregelungen des Senats (Einstellungsstopp) und zum anderen durch umfangreiche organisatorische Änderungen geprägt.

Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in einer ARGE Hartz IV (Arbeitsgemeinschaft der Bundesagentur für Arbeit und der Freien und Hansestadt Hamburg) stellte die Personalabteilung vor eine besondere Herausforderung. Unter vorerst sehr unklaren Rahmenbedingungen war Personal aus den Bezirken für die ARGE zu gewinnen. Hier war immer wieder ein Spagat zwischen berechtigten Fragen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den dürftigen Informationen zu bewältigen. Nach den Auswahlverfahren waren dann außerdem Absprachen mit abgebenden Behörden und das Kontakthalten zu den Ausgewählten bis heute nötig.



Durch das Projekt interner Arbeitsmarkt (PIA) des Personalamtes ergaben sich auch in 2004 Änderungen in der Personalarbeit des Bezirksamtes. Die bereits im letzten Jahr gültigen neuen Regelungen zum Einstellungsverfahren führten zu einem umfangreicheren Verfahren als bisher.

Zum Ende des Jahres wurden außerdem erste Mobilitätsmeldungen aus strukturellen Gründen an PIA abgegeben. Eine endgültige Unterbringung der Personen innerhalb des Bezirksamtes war aufgrund der angespannten Personalsituation nicht möglich. Auch hier waren intensive Beratungen der Betroffenen und zu Beteiligten durch die Personalabteilung zu leisten.

Die Änderung der „Dienstanweisung über Zuständigkeiten bei Beschäftigung Dritter auf Wunsch oder mit Billigung des Bezirksamtes Bergedorf“ in 2004 hat zusätzlichen Arbeitsaufwand hervorgerufen. In ihr wurde festgelegt, dass die verbindliche Vereinbarung mit Dritten über den Einsatz von Personen im Sinne dieser Dienstanweisung in der ausschließlichen Zuständigkeit der Personalabteilung liegt. Dadurch wird die Beachtung der haushalts-, arbeits-, personalrats-, versicherungs- und steuerrechtlichen Vorgaben zukünftig optimaler sichergestellt. Die Personalabteilung führt darüber hinaus eine aktuelle Übersicht über alle durch Dritte Beschäftigte im Bezirksamt Bergedorf, die nicht Praktikanten oder Hospitanten sind.

Auch die Einführung des neuen Beurteilungswesens mit den neuen Beurteilungsrichtlinien und -vordrucken verursachten einen hohen Aufwand und Beratungsbedarf in der Personalverwaltung. Von hier wurden alle Erst- und Zweitbeurteiler/innen sowie alle zu beurteilende Mitarbeiter/innen über ihre Beurteilungs- und Beurteilungsgesprächstermine informiert.

Von den Routineaufgaben ist darüber hinaus erwähnenswert, dass von der Altersteilzeit inzwischen 38 Arbeitnehmer/innen und 8 Beamte/innen Gebrauch gemacht haben. Diese an Altersteilzeit interessierten Mitarbeiter/innen wurden intensiv beraten.

Daneben wurde die vom personalärztlichen Dienst für das Personal mit Publikumsverkehr angebotene Gripeschutzimpfung für ca. 40 Personen durchgeführt, ferner die Bildschirmuntersuchung für ca. 39 Personen.

Als Fortführung und Ergänzung des Gesundheitsmanagements und anlässlich der z.T. bereits genannten gravierenden Reformen und Umstrukturierungen (Hartz IV, Hamburg-Service, Verwaltungsreform) diskutierten die Führungskräfte des Bezirksamtes in zwei Optimierungsworkshops unter externer Moderation u.a. das Thema ‚Unterstützung in Veränderungsprozessen‘. Dabei wurden Materialien für die Begleitung dieser Prozesse erarbeitet.

Für alle Beschäftigten des Bezirksamtes wurden auf einem Gesundheitstag in den Räumlichkeiten der TSG Bergedorf Maßnahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung vorgestellt, die dann in der zweiten Jahreshälfte in Form von zwei Kursen, verschiedenen Vorträgen zu Gesundheitsthemen und Bewegungspausen in vier verschiedenen Dienstgebäuden stattfanden. Diese verschiedenen Angebote wurden insgesamt von ca. 100 Beschäftigten genutzt.

Auch in 2004 gab es wieder eine rege Beteiligung (17 Teams à 3 Personen) an der AOK-Aktion ‚Mit dem Rad zur Arbeit‘. Das neue Angebot eines Rauchentwöhnungskurses wurde von insgesamt 9 Teilnehmern genutzt.

Der Prozess der Teamentwicklung konnte in vier Fachbereichen fortgeführt und begleitet werden. Als Einleitung für einen Teamentwicklungsprozess in einem neuen Fachbereich wurde ein Coaching einer Führungskraft organisiert.



Kennzahlen	2002	2003	2004
Anzahl von Fortbildungstagen pro Beschäftigten	1,7	1,7	1,3
∅ Fortbildungsausgaben je Beschäftigten in €	100	106	97
∅ Krankenquote in %	6	5,8	6
Quote (in %) der Schwerbehinderten	8,05	8,06	9,39%

Das Bezirksamt beschäftigte (Mittelwert aus drei Stichtagen):		2002	2003	2004
Beamte		200	197	192
davon (in %)	Weiblich	59	59	59
	Männlich	41	41	41
	Teilzeitbeschäftigt	30	29	27
	beurlaubt o.ä.	8	8	7
Angestellte		318	316	301
davon (in %)	Weiblich	59	59	60
	Männlich	41	41	40
	Teilzeitbeschäftigt	31	31	31
	Weiblich	81	83	83
	Männlich	19	17	17
	beurlaubt o.ä.	7	7	7
Arbeiter		61	57	54
davon (in %)	Weiblich	20	20	22
	Männlich	80	80	78
	Teilzeitbeschäftigt	12	14	13
	Weiblich	78	76	86
	Männlich	22	24	14
	beurlaubt o.ä.	3	2	2
Geringfügig u. sonstige Beschäftigte		6	6	2
Auszubildende (gewerblich)		6	7	9
Beschäftigte insgesamt		590	583	558
in Relation zur Einwohnerzahl (1Beschäftigte: X Einwohner)		51	50	47
Honorarkräfte		150	153	149

Ziele für 2005

- Professionalisierung der dezentralen Personalauswertungen
 - Mitarbeit an der Weiterentwicklung des Datawarehouse
 - Berichtswesenunterstützung bei der Personal- und Nachwuchsbedarfsplanung
 - Vierteljährliche Lieferung von aufbereiteten Fehlzeitendaten an jeden Fachbereich
- Umsetzung des bezirklichen Gesundheitsmanagements, u.a.
 - Erstellung des zweiten Gesundheitsberichtes
 - Fachvorträge zu Gesundheitsthemen (mind. 1 pro Monat)
 - Fortführung der Bewegungspause unter externer Anleitung
- Neues Beurteilungswesen:
 - Konzeption und Installation von Beurteilerkonferenzen
 - Entwicklung von Anforderungsprofilen für Tätigkeiten im Bauamtsbereich als bezirksamtsübergreifende Grundlage für Beurteilungen
 - Entwicklung von Maßnahmen für Coaching von Vorgesetzten und Mitarbeitern
- Einsetzung des Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gesprächs im betrieblichen Bereich
- Neuordnung der Fortbildung



- Überführung des bezirklichen Infoorders der Personalabteilung in das Personalportal des Personalamtes

1.1.3 Haushaltsabteilung

Leitung: Hans Fuhrmann, Tel. 42891-2010

	2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen	8,69	8,4	8,33

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Da die (neugewählte) Bürgerschaft den Haushalt 2004 erst am 18.6.2004 beschließen konnte, war die erste Hälfte des Bewirtschaftungsjahres durch die Restriktionen der Vorläufigen Haushaltsführung mit erheblichem zusätzlichem Arbeitsaufwand belastet. Neben der mehr als verdoppelten Fallzahl der Mittelverteilungsbuchungen führten insbesondere immer wieder angeforderte Einzelfallentscheidungen über die Zulässigkeit der Erteilung und Abrechnung von Aufträgen im Rahmen der restriktiven vorläufigen Bewirtschaftungsregeln zu einer außergewöhnlichen Bindung von Personalkapazitäten in der Haushaltsabteilung. Darüber hinaus haben veränderte politische Prioritätensetzungen, Behördenumstrukturierungen und Systemveränderungen (z.B. Doppelhaushalt) sowie begleitende und vorbereitende Maßnahmen im Rahmen senatsseitig entschiedener Projekte (INEZ, Doppik usw.) die vorhandenen Ressourcen der Haushaltsabteilung stark in Anspruch genommen. Dessen ungeachtet ist es mithilfe mehrfacher konzentrierter Sondereinsätze gelungen, den inhaltlichen und terminlichen Anforderungen der formalen Haushaltsverfahren gerecht zu werden und auch im internen Betriebsablauf nennenswerte Störfälle zu verhindern.

Gesamtumsatz in TEUR	2002	2003	2004
Einnahmen	9.397	8.440	6.766 ¹
Ausgaben	97.338	72.694	72.153
Bauinvestitionen/Beschaffungen	16.964	10.821	9.723
Sach-, Fach- und Betriebsausgaben	80.374	61.873	62.430
Barumsätze in TEUR	2002	2003	2004
Einnahmen	3.382	3.881	3.580
Ausgaben	3.563	3.944	3.619

Ziele für 2005

Jahresübergreifend vorrangiges Ziel ist wie stets die sachlich korrekte und vollständige Abwicklung der termingebundenen Pflichtaufgaben im Zusammenhang mit der Aufstellung, Bewirtschaftung und Abrechnung des Haushalts sowie im Kassengeschäft.

Diese in ihren Schwerpunkten und ihrer Außenbindung nicht veränderliche Aufgabenstruktur der Haushaltsabteilung lässt in der Regel wenig Raum für prozesshafte Vorhaben oder spektakuläre Projekte („Der Haushalt folgt der Aufgabe!“).

Dennoch sieht die Aufgabenplanung der Haushaltsabteilung abweichend bzw. ergänzend zum laufenden Geschäft für 2005 nachstehende Maßnahmen vor:

¹ Umschichtung der Liegenschaftseinnahmen i.H.v. rd. 1,7 Mio/€ in den Einzelplan der Finanzbehörde



- Sicherstellung der Transparenz und der korrekten Zuordnung der Personal- und Sachkosten im Zusammenhang mit Hartz IV zwischen den Kostenträgern Bezirksamt und Bundesagentur für Arbeit
- Inhaltliche und redaktionelle Anpassung des Controllings/Berichtswesens im Zuwendungsbereich an die automatisierten Auswertungsmöglichkeiten des INEZ-Verfahrens
- Organisation und Aufnahme der Anlagenbuchhaltung im SAP-Modul Doppik
- Überprüfung, Selektion, Aktualisierung, Zusammenfassung und Überarbeitung von SAP-Anwenderleitfäden, -Merkblättern und -Arbeitshinweisen mit der Zielsetzung der Auflage eines praxisgerechten SAP-Anwender-Handbuches für die Mittelbewirtschaftung

1.1.4 Organisationsabteilung

Leitung: Ingo Meier, Tel. 42891-2019

	2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen VA4	15,04	12,33	14,03

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Die Organisationsabteilung hat die Arbeitsschwerpunkte:

- Aufbau- und Ablauforganisation, qualitative und quantitative Stellenwirtschaft, Fragen des Raumbedarfes sowie Begleitung des Vorhabens Rathuserweiterung / Dienstleistungszentrum am Bahnhof.
Der Prozess zur Konsolidierung im Personalhaushalt nach den Jesteburger Senatsentscheidungen war auch im Jahr 2004 zu begleiten.
- Begleiten der bezirksamtsinternen Reorganisationsprozesse (in 2004: Verbraucherschutzamt, Garten- und Tiefbau).
Die neu geschaffene Aufbauorganisation löst Notwendigkeiten aus, neue Schnittstellen gemeinsam mit den Fachbereichen zu beschreiben und evtl. Folgemaßnahmen zu beurteilen.
- Optimieren der Auswertungsmöglichkeiten der Personal- und Budgetdaten gemeinsam mit der Personalabteilung.
Die Datenbestände zur Personal- und Stellenwirtschaft müssen vor Ort und durch eigene Mechanismen weiter synchronisiert werden, weil zentrale Verknüpfungen nicht verfügbar sind.
- Modernisierungsaktivitäten
Handlungsfelder des Modernisierungsprozesses werden weiterhin aus der Projektbearbeitung heraus in die Linie übertragen und damit verstetigt. So ist die Moderation des Verfahrens zur Erstellung des Beitrages zur Produktinformation für den Haushalt Bestandteil der Aufgaben der Organisationsabteilung. Die Funktion des zentralen Controllings ist Daueraufgabe geworden. Das Betriebliche Vorschlagswesen gehörte ebenfalls zum Aufgabenspektrum. Der Prozess für alle „Ziel- und Leistungsvereinbarung“ wird laufend begleitet.



- Planen, Koordinieren, Realisieren und Betreuen von Vorhaben der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) innerhalb des Bezirksamtes und Betreuen der unterschiedlichen Verfahren und der Anwender.
Das Schwergewicht lag bei der regelhaften Ersatzbeschaffung nach den in der Stadt geltenden Abschreibungszyklen sowie der Ergänzung der Netzwerkkomponenten zur Steigerung der Leistungsfähigkeit bei steigenden Anforderungen an die Übertragungsleistung. Der bezirksamtseigene Schulungsraum stand für eigene Schulungen zur Verfügung.
- Mitwirken in den überbezirklichen/-behördlichen Projekten zur Neuordnung der IuK- (neu: IT-) Organisation bzw. Administration „ITB“ und „ESARI/30k“.
Die personelle Mitwirkung in den Projekten geschieht mit erheblichen Aufwand.
- Rollenklärung nach Neuordnung der bezirklichen IT-Organisation und Wahrnehmen der Federführungsaufgaben auch für die IT-Organisation im Federführungsbereich des Bezirksamtes. Die Rollenklärung zwischen dem IT-Dienstleister, der zentralen bezirklichen und der dezentralen IT-Organisation war mit Leben zu füllen. Nach Neuorientierung der Federführung auch für das Geschäftsfeld IT waren neue Aufgabenzuordnungen zu schaffen.
- Mitwirken am Projekt „Hamburg-Service“.
Das Projekt „Hamburg-Service“ ist im August/September in den „stillen Echtbetrieb“ versetzt worden. Dafür musste das erforderliche „Hamburg_Service-Informationssystem“ mit den für das Bezirksamt relevanten Daten gefüllt werden. Die Grundversion war zu optimieren und Veränderungen nachzupflegen.

Ziele für 2005

- Vollständige und termingerechte Zulieferung von Unterlagen und Stellungnahmen in Senats- und Bürgerschaftsangelegenheiten.
- Abschluss der Reorganisation des Bauamtes (Aufgabenbeschreibungen, Eingruppierungen) bis Ende des 2. Quartals 2005
- Begleitung des Verwaltungsreformprozesses inkl. Entflechtung für das Bauwesen
- Neuorganisation des „SGB XII-Amtes“ inkl. Mitarbeit in einem überbezirklichen Arbeitskreis zur Entwicklung eines neuen „Personalbedarfsfeststellungssystemes“
- Übergang der Aufgaben und Aufbau der „Fachstelle für Wohnungslosenhilfe“
- Optimierung und Pflege des Personalkostenberichtswesens für das Bezirksamt mit der Personalabteilung
- Planungen eines Dienstleistungszentrums am Bahnhof
- Teilhabe an Maßnahmen zum Aufbau von e-Government in Hamburg (Virtuelles Bauamt)
- Wahrnehmen der Funktion des „Hamburg Service-Redakteurs“ zur Optimierung und Aktualisierung der Dienstleistungs-, Organisation und Personendaten; Moderation des Prozesses zur Entwicklung des Konzeptes zur telefonischen Erreichbarkeit; Unterstützung des Bauamtes beim Entwickeln der im Hamburg Service hinterlegten Dienstleistungsdaten für den Federführungsbereich.



1.2 Einwohneramt

(Einwohnerwesen einschließlich Ausländerangelegenheiten, Sozialleistungen und Wohnungswesen)

Leitung: Siegward Zur, Tel. 42891-2098

	2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen	31,0	30,43	30,56

Aufgabe und Entwicklung 2004

Im Jahr 2004 hat das Einwohneramt weiter nach Möglichkeiten zur Optimierung der Kundenbetreuung und von Geschäftsprozessen gesucht und in die Praxis umgesetzt, soweit auch wirtschaftliche Gesichtspunkte solche Veränderungen opportun erscheinen ließen.

In konsequenter Fortsetzung der Qualitätszirkelarbeit „Öffnungszeiten“ wurde die Kundenbedienung und die Sachbearbeitung mit Einführung aufeinander abgestimmter Sprechzeiten und verlässlicher Zeiten für Terminvereinbarungen im gesamten Bereich des Einwohnerwesens deutlich verbessert. Die allgemeinen Sprechzeiten wurden zwar eingeschränkt, wobei aber die Frühsprechzeit am Dienstag und die Spätsprechzeit am Donnerstag beibehalten wurde. Das Angebot der Terminvereinbarungen gleicht diese Einschränkung aber aus. Nach zögerlichem Beginn wird das Angebot mehr und mehr genutzt. Damit wird eine spürbare Entlastung in den allgemeinen Sprechzeiten erreicht und die Einschränkung dieser Zeiten zugunsten der Terminvergaben gerechtfertigt.

Das Kundenecho auf diese Veränderungen war durchweg positiv.

Auch die neuen Kundenbedienungsabläufe an den Informationsschaltern im Bürgerzentrum Bergedorf und die neue Geschäftsverteilung im Ausländerabschnitt haben sich bewährt und werden beibehalten.

Die Optimierung der Aufgabenbewältigung durch Schaffung und Ausbau der Möglichkeit, Sachbearbeiterinnen für den Einsatz an unterschiedlichen Arbeitsplätzen auszubilden, hat sich nicht nur bewährt, sondern war mehrfach Grundvoraussetzung dafür, trotz z.B. langfristiger Krankenausfälle und saisonal bedingter Arbeitsspitzen in den verschiedenen Aufgabenbereichen des Einwohnerwesens ohne Personalverstärkung auszukommen.

Vorhandene Arbeitsrückstände wurden vollständig abgebaut.

Neue Aufgaben im Einwohner- und insbesondere im Ausländerwesen konnten ohne Personalzuwachs oder Anordnung von Mehrarbeit aufgefangen werden.

Allgemeine Kennzahlen	2002	2003	2004
Bevölkerungszahl im Bezirk Bergedorf ¹	116.190	117.076	117.973
Gesamtwohnungszahl	51.648	51.833	52.296
Davon Sozialwohnungen ²	13.926	13.339	12.675

¹ Jeweils zum 31.12. des Vorjahres.

² Diese Zahlen werden von der Wohnungsbaukreditanstalt ermittelt. Der Sozialwohnungsbestand vergrößert sich um die neu hinzugebauten Wohnungen, und verringert sich um jene, die aus der Bindungspflicht nach dem Wohnungsbindungsgesetz nach Ablauf der gesetzlichen Frist herausfallen (im Durchschnitt ca. 38 Jahre).



Abteilung für Einwohnerdaten Bürgerzentrum Bergedorf (BüZ/B)	2002	2003	2004
Anzahl der erteilten Personaldokumente ¹	26.448	20.469	18.127
Anzahl der An-, Um- und Abmeldungen	17.267	12.242	12.626
Schriftliche Auskünfte (weniger wg. Abgabe nach BüZ/Nam)	21.942	21.685	14.910
Summe aller Leistungen ²	84.650	72.338	63.344

Bürgerzentrum Neuallermöhe (BüZ/Nam)			
Anzahl der erteilten Personaldokumente	7.496	4.640	4.724
Anzahl der An-, Um- und Abmeldungen ¹	3.600	3.997	4.238
Schriftliche Auskünfte	7.026	Nur noch gemeinsam mit Vm erfasst	13.559
Summe aller Leistungen	28.382	28.068	34.875

Gesetzliche Veränderungen, technische Veränderungen / Verbesserungen

Mit Einführung der technischen Neuerung "online-Zugriff auf das Melderegister durch Dritte" ist im September 2003 für Privatpersonen und insbesondere für andere Dienststellen innerhalb der FHH die Möglichkeit eingeführt worden, selbständig über Inter- bzw. Intranet auf das Melderegister zugreifen zu können. Dadurch sollen die telefonischen und schriftlichen Melderegisterauskunftsanfragen erheblich verringert und eine deutliche Arbeitserleichterung in den Meldedienststellen erreicht werden.

Nach den Feststellungen von DATAPORT wird die Möglichkeit des online-Zugriffs zwar in rasch steigendem Maße genutzt. Die Zahl der telefonisch erbeten Melderegisterauskünfte ist auch merklich zurückgegangen; konkrete Zahlen sind nicht erhoben worden.

Eine spürbare Verringerung der schriftlichen Auskünfte konnte jedoch nicht festgestellt werden. Über die Ursachen kann zur Zeit nur spekuliert werden. Möglich ist, dass durch eine (gesetzlich bedingte) Verschlechterung der Qualität des Melderegisters mehrfach nach denselben Personen nachgefragt wird.

Der im Herbst 2004 in die Pilotphase eingetretene telefonische HamburgService, d.h. die Einrichtung eines gemeinsamen Call Centers für die hamburgische Bezirksverwaltung, sollte insbesondere zu einer Verlagerung der Beantwortung telefonischer Auskünfte führen. Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Projektes in die Praxis haben einen meßbaren Erfolg bisher verhindert.

Die mehrfachen Änderungen in der Steuergesetzgebung haben sich insbesondere bei der Erteilung von Lohnsteuerkarten, hier Lohnsteuerkarten mit der Klasse 2, erheblich bemerkbar gemacht. Ein deutlich größerer Arbeits- und Beratungsaufwand hat Effizienzgewinne an anderen Stellen vollständig in Anspruch genommen.

Die Terrorismusbekämpfung hat ihre Auswirkungen bis in die Ausländerabteilung. Hier ist mit der Einführung einer aufwendigen Sicherheitsüberprüfung bestimmter Ausländer deutlich mehr Arbeit zu bewältigen.

Trotz Kontinuität der Gesetzeslage wird preiswerter bzw. "bezahlbarer" Wohnraum wieder deutlich mehr nachgefragt als angeboten. Dieses kann aber wohl eher auch als eine Folge

¹ Setzt sich zusammen aus Personalausweisen, vorläufigen Personalausweisen, Reisepässen, vorläufigen Reisepässen und Kinderausweisen als Passersatz.

² Die Daten sind aus der Betriebsdatenstatistik für die Einwohnermeldedienststellen entnommen. Hierunter fallen z.B. auch Führungszeugnisse, Ausstellen von Lohnsteuerkarten und Eintragung von Anschriften in Kfz-Scheine. Die Betriebsdatenstatistik wird zentral für alle EA-Dienststellen Hamburgs in der zentralen Meldestelle der Bezirksämter Harburg erstellt. Sie wird ab 2002 Hamburg weit einheitlich ausgewertet.



der allgemeinen wirtschaftlichen Situation als auf besondere wohnungspolitische Umstände zurückzuführen sein. Streitigkeiten im Mietpreiswesen, die ein Einschreiten der Verwaltung nötig machen, haben jedenfalls nicht zugenommen.

Die sog. unternehmensbezogene Wohnungsvergabe wurde nicht nur auf die GWG und die SAGA beschränkt, sondern durch einen Kooperationsvertrag auf viele Träger öffentlich geförderten Wohnraumes ausgedehnt. Damit sollte das (wohnungs-)politische Ziel, schwer vermittelbare Klienten nicht nur in öffentlich geförderten Wohnraum unterzubringen, erreicht werden. Eine spürbare Erleichterung oder Verbesserung der täglichen Arbeitspraxis in dem veränderten Benennungsverfahren betr. die vordringlich Wohnungssuchenden konnte nach Beobachtungen in Bergedorf bisher nicht erreicht werden.

Ausländerabschnitt

	2002	2003	2004
Verpflichtungserklärungen nach § 84 Ausländergesetz (Einladungen an Besucher aus dem Ausland)	2.741	2.470	2.250
Anzahl der erteilten Aufenthaltsgenehmigungen	1.970	2000	1.800
Anzahl der abgelehnten Aufenthaltsgenehmigungen	50	50	45

Wohnraumschutz

Wohnberechtigungsbescheinigungen	2002	2003	2004
Gesamt	2.344	2.394	2.288
Davon			
§5-Scheine	1.755	1.716	1.552
Dringlichkeitsscheine	506	587	671

Wohngeld, Erziehungsgeld, Mietbeihilfen, Lastenzuschüsse, Unterhaltssicherung

	2002	2003	2004
Zahl der Haushalte, die Wohngeld oder Lastenzuschuss erhalten	3.531	4.481	4.163
Anzahl der Haushalte, die Erziehungsgeld erhalten	1.715	1.735	1.661
Anzahl der Haushalte, die Mietverbilligung erhalten	169	165	157
Anzahl der bewilligten Anträge auf einmalig oder laufende Leistung nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG)	179	131	150

Folgende Veränderungen für die tägliche Arbeitspraxis werden in 2005 erwartet bzw. sind vorbereitet oder in Vorbereitung:

Die Umstellung der Administration und des Service im Einwohnerwesen durch ESARI (Effizienzsteigerung der Arbeit durch Reorganisation der IuK-Strukturen) hat ganz erhebliche Kapazitäten für die Vorbereitung der Umstellung gebunden. Die Umstellung ist für April 2005 vorgesehen.

Die Vorbereitungen und Schulungen zur Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes hat im 4. Quartal 2004 den mit Abstand breitesten Raum eingenommen. Die vollständige Ablösung



des bisher geltenden Ausländerrechts durch das neue Aufenthaltsgesetz, Freizügigkeitsgesetz/EU, Integrationskursverordnung, Ausländerdatenverarbeitungsverordnung, Ausländeraltersangabendateiverordnung sowie durch zahlreiche Änderungen von Vorschriften betr. Asyl, Visa, Arbeitsaufnahme und Erwerbstätigkeit u.a. haben weitreichende Folgen bis hin zur Gewährung von Erziehungsgeld; die vollen Auswirkungen werden erst nach Inkrafttreten am 01.01.2005 sichtbar werden.

Auch die Auswirkungen von Hartz IV in die Bereiche Wohngeld und Erziehungsgeld müssen abgewartet werden. Hier wird aber eher eine Entlastung als eine zusätzliche Belastung prognostiziert.

Dass die Änderung von gesetzlichen Vorschriften auch Auswirkungen auf die Datenverarbeitungsprogramme haben, ist keine Neuerung an sich.

Die bevorstehende Ablösung des IuK-Verfahrens DIWOG (Dialogverfahren Wohngeld) durch ein völlig neues System wird aber nicht nur Neues, sondern soll auch Entlastung in der Sachbearbeitung mit sich bringen; dieses könnte ggf. an einem integrierten Personalbemessungssystem abzulesen sein.

Auch das Datensystem MEWES (Meldewesen) soll durch eine neues, bereits in Vorbereitung stehenden Verfahren abgelöst werden.

Die seit langem geforderte Einführung von DATA-Warehouse in der Melde- und in der Ausländerabteilung wird nach den bisherigen Erwartungen u.a. die Anforderungen an ein verlässliches Personalbemessungssystem erfüllen.

Die Vorbereitung und Umsetzung dieser und weiterer, insbesondere auch organisatorischen Veränderungen im Einwohnerwesen durch Einrichtung einer Fachstelle für Wohnungslosenhilfe im Grundsicherungs- und Sozialamt, durch die Bezirksverwaltungsreform, durch räumliche Umzüge von Teileinheiten im Zuge verbesserter Nutzung von Verwaltungsgebäuden haben insbesondere die Leitungskräfte in ganz erheblichen Umfang gebunden und dazu gezwungen, fachliche Sachbearbeitung mehr und mehr auf die Sachbearbeiterebene zu verlagern.

Alle Veränderungen insbesondere mit technischem Hintergrund haben in ständig zunehmenden Umfang auch die Frage nach Aufteilung von Arbeit in Front- und Backoffice aufgeworfen. Diese relativ neue Art von Aufgabenerledigung wird auch in naher Zukunft verstärkte Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen.

Ziele für 2005

Das fachliche Ziel in 2004 hinsichtlich der durchschnittlichen Wartezeit in Minuten für den Ausländerabschnitt konnte nicht eingehalten werden. Unvorhersehbare und nicht zu kompensierende Personalengpässe (u.a. seit mehr als 6 Monaten anhaltender Ausfall wg. Erkrankung) haben die Zielerreichung unmöglich gemacht. Auch im Abschnitt für Einwohnerdaten gab es unvorhersehbare Personalfluktuationen und erhöhte Notwendigkeit, durch Personalausgleich in den Bürgerzentren Neullermöhe und Vier- und Marschlande die Öffnungszeiten zu garantieren.

Beibehaltung bisheriger und neue Ziele

- Beibehaltung einer guten Note in der Kundenzufriedenheit. Voraussetzung zur Messung ist aber eine externe Erhebung.
- Entscheidung über Anträge oder Sachstandsmitteilung (Zwischennachricht) mit verbindlicher Zusage über den Erledigungszeitpunkt an Kunden nach Antragsannahme binnen 4 Wochen vom Zeitpunkt des Vorliegens der entscheidungsrelevanten Unterlagen, für den Ausländerabschnitt Zwischennachricht nach Antragseingang binnen 14 Tagen.



- Verringerung des Publikumszulaufes in die Dienststellen durch standardmäßiges Verweisen auf den Postweg, wo immer dieser möglich ist.
- Entzerrung der Publikumsströme durch weiterhin konsequente Ausnutzung und Werbung der bzw. für die Terminvergabe.
- Durch die beiden vorgenannten Maßnahmen keine Ausweitung/Verlängerung der Wartezeiten¹
 - im Bürgerzentrum Bergedorf von durchschnittlich 16 Minuten,
 - in der Ausländerbehörde von durchschnittlich 38 Minuten.
- Fehlzeitenquote nicht höher als 6,0 v.H.
- Umsetzung des neuen Ausländerrechts
- Einrichtung einer Fachstelle für Wohnungslosenhilfe gemeinsam mit dem Grundsicherungs- und Sozialamt
- Umzug der Wohnungsabteilung in das Dienstgebäude Duwockskamp

1.3 Standesamt

Leitung: Peter Kurschildgen, Tel. 42891-2500

	2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen	8,92	8,75	8,83
Geburtsbeurkundungen	782	774	784
Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt (§4 Abs. 3 StAG)	39	34	33
Sterbefallbeurkundungen	884	924	844
Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Geburts- und Sterbefallbeurkundungen bei Vorliegen vollständiger Anträge in Tagen	5	5	4,5
Anmeldungen der Eheschließung (Aufgebote)	770	699	756
Davon mit Ausländerbeteiligung	151	129	109
Eheschließungen	641	621	629
Beurkundungen von Kirchenaustrittserklärungen	706	649	583

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Die in den Jahren 2003/2004 eingeleiteten Maßnahmen zur Modernisierung des Standesamtes und zur Verbesserung der Kundenbedienung haben die gewünschten Erfolge erzielt:

- Die neuen Sprechzeiten sowie die Erweiterung der Bestellpraxis haben sowohl bei den Kunden als auch bei den Bediensteten Anklang gefunden.
- Die Verbesserungen der Kundenbedienungsabläufe haben dazu beigetragen, die durchschnittliche Besucherwartezeit von 12 auf 10 Minuten zu reduzieren.

¹ Die Wartezeiten sind nur gemessen für Kunden, die nach dem sog. Vorchecken eine Nummer erhalten haben. Nicht gemessen werden die Wartezeiten für jene Kunden, die nach dem Vorchecken das Amt verlassen haben/mussten, oder die sofort am Info-Tresen, d.h. de facto ohne Wartezeit, bedient worden sind.



- Das Serviceangebot in der Zusammenarbeit mit dem Bethesda Allgemeines Krankenhaus Bergedorf bei Geburtsbeurkundungen war erfolgreich. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit konnte von 7 auf 6 Tage reduziert werden.
- Der Nichtraucherschutz und die Umsetzung des Gesundheitsmanagements haben das Wohlbefinden der Bediensteten gesteigert.
- Die Erhöhung der Fachkompetenz wird auch weiterhin durch die Teilnahme der Bediensteten an Fortbildungsveranstaltungen des Landesverbandes der hamburgischen Standesbeamten sowie der Fachakademie abgestrebt und gewährleistet.
- Die Dekoration des Standesamtes zu Ostern, im Herbst und zu Weihnachten ist ein fester Bestandteil zur weiteren Verbesserung des vorhandenen Ambientes und wird durch neue Ideen ständig ergänzt.

Ziele für 2005

- Abschluss der Umstellung der Familienbuchsuchkartei (ca. 59.000 Karteikarten) auf elektronische Erfassung.
- Angebot von mindestens 110 Eheschließungsterminen im Bergedorfer Schloss.
- Verbesserung des Angebotes von Eheschließungen außerhalb des Standesamtes in einem Modellversuch.
- Steigerung der Kundenzufriedenheit durch das Angebot von 20 Eheschließungsterminen am 20.05.2005.
- Benotung der allgemeinen Kundenzufriedenheit auf der Basis der laufenden Kundenbefragung nicht schlechter als 2,0.
- Verbesserung des Serviceangebotes durch das Angebot von Eheschließungen am 14.02.2005 (Valentinstag).



1.4 Beauftragte für Beschäftigungsförderung und soziale Stadtteilentwicklung

Dr. Ingrid Stöckl, Tel. 428.91.2530

Aufgabe und Entwicklung in 2004

1. Soziale Stadtteilentwicklung Lohbrügge-Nord

Das Gebiet Lohbrügge-Nord ist seit dem Jahr 2000 in das Programm der Hamburger Stadtteilentwicklung (STEP) aufgenommen. Ziel ist, diesen Stadtteil, der durch den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel besonders belastet ist, zu fördern und sowohl die Lebenssituation vor Ort wie auch die Außenwahrnehmung des Stadtteils zu verbessern. Auf der Grundlage eines integrierten Handlungskonzeptes sind daran verschiedene Institutionen, Ressourcen und ehrenamtliche Kräfte beteiligt. Die einzelnen Entwicklungsprojekte werden in der Regel bis zu 50% durch öffentliche Mittel, die in der bezirklichen Verwaltung sind, mitfinanziert. Im Berichtsjahr waren dies rund 1,2 Mio Euro.

Im Einzelnen war der Berichtszeitraum 2004 hinsichtlich der Quartiersentwicklung Lohbrügge-Nord geprägt durch die konkrete Umsetzung der beiden Großprojekte

- **Saalerweiterungsbau des Stadtteilkulturzentrums LoLa und**
- Bau des Vereinshauses des VFL Lohbrügge

und die intensive Vorbereitung zum Neubau des Jugendclubs Lohbrügge-West.

Vereinshaus VFL: In 2004 konnte sowohl die Grundsteinlegung zum Bau des Vereinshauses des VFL mit Stadtentwicklungssenator Freytag als auch das Richtfest gefeiert werden. Der Einzug in das neue Gebäude und somit die Aufnahme neuer Sportangebote und verbesserter Trainingsmöglichkeiten ist für die erste Jahreshälfte 2005 geplant.

LoLa: Der Saalerweiterungsbau der Lola wurde fertiggestellt und von der Kultursenatorin im September eingeweiht.

Jugendclub Lohbrügge-West: Neben der Konzeptentwicklung, der Abstimmung der Trägerschaft und der Raumplanung für den neuen Jugendclub Lohbrügge-West gab es hinsichtlich der Abstimmung über den Standort am Bornbrook große Schwierigkeiten mit den beteiligten Behörden. Noch in 2004 konnte aber der Bauantrag hinsichtlich der Umnutzung des Bolzplatzes gestellt werden und im ersten Quartal 2005 soll der Bauantrag für das Gebäude des Jugendclubs auf dem Schulgelände Bornbrook erfolgen.

Neben diesen größeren Vorhaben sind im Entwicklungsquartier unter kontinuierlicher Beteiligung von Anwohnern und sonstigen Akteuren aus Lohbrügge eine Vielzahl an unterschiedlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation hinsichtlich des Wohnens, der Integration und der Aufwertung des Quartiers durchgeführt worden:

- **Wohnumfeldmaßnahmen** bei den Hochhäusern an der Korachstraße und um die Blockbebauung rund um die Mendelstraße und Grandkoppelstieg.
- **Maßnahmen zur Gestaltung der Außenanlagen von Schulen** und somit zur sportlichen (und Freizeit-) Nutzung durch die Schülerinnen und Schüler wurden durch die Sanierung des **Schulhofes Bornbrook**, und der Außenanlagen in der **Schule Max-Eichholz-Ring** und der **Gesamtschule Lohbrügge** durchgeführt.



- **Erweiterung des Parkantenhauses** zur Verbesserung und Ausweitung der Kinderbetreuung
- **Aktive Beteiligung und Information von Bürgerinnen und Bürgern** des Stadtteils zum Teil in Arbeitsgruppen (AG Jugend, AG Bürgerhaus,...), in Arbeitskonferenzen (AK Freizeit, AK Grün) und einer Filmgruppe zum Thema Migration. Ein öffentliche Veranstaltung im September 2004 auf dem Lohbrügger Markt und in der Aula der Gesamtschule zog eine positive Zwischenbilanz der Quartiersentwicklung.
- **Der Stadtteilbeirat**, der regelmäßig einmal monatlich zusammentritt, regt neue Maßnahmen an, informiert und entscheidet über kleinere Projekte, die aus dem Verfügungsfonds finanziert werden: Sprachkurse für Migranten, Stadtteilführer, Stadtteilfeste, Kinderfeste, kleinere bauliche Investitionen, etc.

Weiterentwicklung des hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms (Step-Programm):

Im Berichtsjahr wurde die fachliche Diskussion über die Fortentwicklung des hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms für die Jahre 2004 bis 2008 begonnen, die von den Ergebnissen der durchgeführten Evaluationsstudie geprägt war. Vor diesem Hintergrund – und mit dem Ziel der Neuanmeldung weiterer Quartiersentwicklungsgebiete wurden auch in Bergedorf Recherchen zur wirtschaftlichen, städtebaulichen und sozialen Struktur mehrerer Quartiere durchgeführt. Nach dem Abstimmungsprozess mit den politischen Vertretern in der Bezirksversammlung hat das Bezirksamt die Quartiere Lohbrügge Süd-Ost und Bergedorf-Süd zur Aufnahme in das neue Step-Programm vorgeschlagen.

2. Beschäftigungsförderung

Das Jahr 2004 war im Bereich der Beschäftigungsförderung geprägt durch die öffentliche Diskussion um Hartz IV und die Umsetzung des neuen SGB II:

- die Entscheidung Hamburgs, eine Arbeitsgemeinschaft aus FHH und Arbeitsagentur (ARGE) zur Umsetzung des SGB II zu gründen;
- die Planungen zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten (sog. 1-€Jobs) für arbeitslose, jedoch arbeitsfähige Leistungsbezieher und
- die Umstellung der Förderrichtlinien für die Beschäftigungsträger.

Die Einführung eines Interessensbekundungsverfahrens der BWA zur Einholung von verschiedenen Angeboten zur Beschäftigungsförderung bedeutet für viele Hamburger, wie auch für den Bergedorfer Beschäftigungsträger vor dem Hintergrund der Konkurrenzfähigkeit eine große und schwierige Umstellung im Beschäftigungs- wie auch Qualifizierungsangebot, dessen Auswirkungen erst im Jahr 2005 zum Tragen kommen werden.

Während die Arbeitslosigkeit in gesamt Hamburg leicht rückläufig war, zeigte sich auf dem Bergedorfer Arbeitsmarkt keine Besserung. Im Bezirk Bergedorf sind die Arbeitslosenzahlen noch angestiegen und auch die Zahl der nicht vermittelten Jugendlichen in Ausbildungsplätze und Arbeit konnte trotz der Anstrengungen verschiedener lokaler Akteure nicht vermindert werden.

Der Entwicklungsstand des Bergedorfer Arbeitsmarktes im Dezember 2004:

Im Dezember 2004 waren im Bezirk Bergedorf 7.321 Menschen als *arbeitssuchend* registriert; das sind 549 Personen bzw. 8,1 v.H. mehr als im Vorjahr. *Arbeitslos* gemeldet waren im Dezember 2004 insgesamt 5.139 Personen; das sind 150 Personen mehr als im Vorjahr. Damit lag die Arbeitslosenquote ¹⁾ in Bergedorf im Dezem-



ber 2004 bei 10,1 % und war noch unter dem Hamburger Durchschnitt von 10,7 % geblieben. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Bergedorfer Arbeitslosenquote jedoch um 0,3 % angestiegen.

1) Arbeitslosenquote bezogen auf alle abhängig zivilen Erwerbspersonen
(Quelle: Arbeitsmarktreport Bezirk der Agentur für Arbeit Hamburg vom 4.1.2005)

Vor diesem Hintergrund war der Berichtszeitraum geprägt durch

- eine intensive Beratung und Information der freien Träger hinsichtlich der Auswirkungen der neuen gesetzlichen Grundlagen
- der Unterstützung des Bergedorfer Netzwerkes zur Beschäftigung und Qualifizierung von besonderen Problemgruppen des Arbeitsmarktes, insbesondere von Behinderten und die Einrichtung einer neuen Betriebsstätte am Gojenbergsweg
- Mitarbeit in der Bergedorfer Ausbildungsplatzinitiative zur Erstellung des Bergedorfer Lehrstellenatlas und der direkten Information von Schulabgänger/innen während der Bergedorfer Ausbildungstage im CCB
- Initiierung von neuen ESF-Projekten „lokales Kapital für soziale Zwecke“.
Zwei der LOS-Projekte
 1. „Lingua“ mit dem Ziel der Sprachförderung und der Unterstützung der Arbeitsaufnahme von Migrantinnen aus Allermöhe und
 2. „Pro Job“ mit dem Ziel des Erwerbs von modernen Schlüsselqualifikationen (wie EDV und internet-Nutzung) zur Unterstützung der Arbeitsaufnahme für arbeitslose Frauen im Step-Gebiet Lohbrügge-Nord sollen ab 2005 für die Dauer von 2 Jahren umgesetzt werden.

Ziele für 2005:

- Beratung der freien Träger bei der Durchführung von Arbeitsgelegenheiten und Hilfestellung bei der Vermittlung
- Koordination der Bergedorfer Beschäftigungsförderungsprojekte und Unterstützung hinsichtlich ihrer Konsolidierungsprozesse
- Bauantrag und Grundsteinlegung für den Jugendclub Lohbrügge-West
- Erstellen einer (Alternativ-)lösung für ein Bürgerhaus
- Information und Festigung der Beteiligungsstrukturen unterschiedlicher Akteure im Entwicklungsprozess von Lohbrügge-Nord
- Planung und Anmeldung der neuen Step-Gebiete, Konzeptionierung und Ausschreibung der Quartiersentwicklungsträgerschaft.



2. RECHTS-, GESUNDHEITS- UND VERBRAUCHERSCHUTZDEZERNAT

Leitung: Angela Braasch-Eggert, Tel. 42891-2028/2029

		2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen		31,18	18,7 (ohne Liegen-schaftsamt)	44,75 (mit dem Verbrau-cherschutzamt)
Sachkostenbudget				
Ansatz und Rest Vorjahr	Soll	28.620	29.479	35.617
Ausgaben	Ist	22.123	23.999	34.474
übertragbarer Rest		6.497	5.400	1.143
betreute Fachausschüsse		Bezirksversammlung und Hauptausschuss		

- 1) Mit dem 01.07.2003 wurden das Rechtsdezernat sowie das Gesundheits- und Umweltschutzdezernat zum Rechts-, Gesundheits- und Verbraucherschutzdezernat.

Im Berichtsjahr war es im Dezernat wichtig, das Verbraucherschutzamt in seiner neuen Zusammensetzung zu konsolidieren, im Gesundheitsamt Stellennachbesetzungen in der Leitungsfunktion und im Schularzt- und Helferinnenbereich zu erreichen sowie in der 2. Jahreshälfte die Reform des Sozialhilferechts („Harzt IV“) mit umsetzen zu helfen.

2.1 Rechtsamt

	2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen	4,5	4,5	4,15

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Die Fallzahlen im Rechtsamt sind gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen, liegen aber im Durchschnitt der letzten 3 Jahre und damit im Rahmen der üblichen Schwankungsbreite. Zugenommen hat die Zahl der Widersprüche wieder bei Bauprüf- und Bauangelegenheiten sowie Wirtschafts- und Gewerbeangelegenheiten, während sie bei den Jugend- und Sozialhilfe- und den Ausländersachen nach großen Steigerungen im Vorjahr wieder zurückgegangen ist. Erfreulich ist, dass durch höhere Erledigungszahlen in fast allen Bereichen der Bestand an Akten, die unerledigt ins nächste Jahr übernommen werden, verkleinert werden konnte.

Der Anteil der zugunsten oder überwiegend zugunsten von Bürgern abgeschlossenen Widerspruchsverfahren kann nicht allein als bloße Zahl als Qualitätskennziffer für richtige oder falsche Entscheidungen von Sachbearbeitern in den Fachämtern gewertet werden. Häufig reichen Bürger im Widerspruchsverfahren noch Unterlagen nach, die dann die Angelegenheit in einem anderen Licht erscheinen lassen. Das trifft z.B. auf Einwohneramtsverfahren zu.

Während sich die Zahl der Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht auf dem durchschnittlichen Niveau bewegt, haben die Klagen deutlich zugenommen. Von den 133 im vergangenen Jahr eingegangenen Klagen entfallen 123 auf die erste, 10 auf die Berufungsinstanz. Der größte Anteil der Klagen betraf Jugend- und Sozialhilfeangelegenheiten (61), gefolgt von Bausachen (31) und – mit deutlichem Abstand – Ausländerangelegenheiten (7). Bei den Berufungsverfahren führen Bausachen mit 6 Streitfällen.

Bedauerlich ist, dass die Verfahrensdauer generell wieder zugenommen hat. Im Rechtsamt dauerten Widerspruchsverfahren im Durchschnitt 181,1 Tage. Hier haben personelle Engpässe eine Rolle gespielt, die sich in einem kleinen Rechtsamt wie dem Bergedorfer besonders auswirken. Zwar konnte für die Elternzeit eines Mitarbeiters eine juristische Nachwuchskraft als Vertretung gewonnen werden. Die volle Leistungsfähigkeit ist auf diese Weise aber nicht zu erreichen. Wirklich bedenklich sind die Verfahrensdauern beim Verwaltungs- und Oberverwal-



tungsgericht. Während Antragsverfahren im Schnitt 82,4 und Beschwerdeverfahren 105,1 Tage benötigten, dauerten Klagverfahren vor dem Verwaltungsgericht 435,8 Tage, Berufungsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht sogar 536,7 Tage. Schneller gehen glücklicherweise Eilverfahren in Sozialhilfesachen, die gelegentlich sogar innerhalb von 10 Tage entschieden werden. Leider hat das Rechtsamt auf die Verfahrensdauer keinerlei Einflussmöglichkeiten.

Der vor 2 Jahren begonnene Modellversuch Telearbeitsplatz ist fortgeführt worden mit 1½ Anwesenheitstagen wöchentlich im Bezirksamt.

Ziele für 2005

- Im ersten Quartal 2005: Erledigung der Altfälle nach dem BSHG
- Unterstützung der Fachämter bei der Umsetzung großflächig eingeführten neuen Rechts (SGB XII; ZuwanderungsG)
- Optimierung der Verfahrensdauer in Widerspruchsverfahren; zeitnahe Antwort auf Anfragen aus den Fachämtern
- Ständige Qualitätssicherung der Referendarausbildung auf Grundlage der im Vorjahr durchgeführten Qualifizierungsbedarfsanalyse
- Ggf. Mithilfe bei der Eingliederung neuer Mitarbeitergruppen im Zuge der Verwaltungsreform

Rechtsentscheidungen und Vertretung in öffentlich-rechtlichen Verfahren einschließlich Rechtsservice

<u>Widerspruchsverfahren</u>	2002	2003	2004
<u>Zugang</u>	465	557	508
erledigt			
- (überwiegend) zugunsten des Amtes	386	461	468
- (überwiegend) zugunsten der Gegenseite	63	70	73
Bestand am 31.12.	269	310	262
		295 ¹	
von diesen Widerspruchsverfahren entfielen auf			
- Bauprüf- und Bauangelegenheiten			
- Zugang	90	78	88
- erledigt	91	84	97
- davon zugunsten d. Widersprechenden	15,4 %	20,2 %	9,3 %
- Rest	91	85	76
- andere Angelegenheiten des Bauamtes			
- Zugang	26	29	32
- erledigt	31	26	31
- davon zugunsten d. Widersprechenden	9,7 %	23,1 %	12,9 %
- Rest	18	21	22
- Jugend- und Sozialhilfeangelegenheiten			
- Zugang	194	320	256
- erledigt	160	280	265
- davon zugunsten d. Widersprechenden	14,3 %	12,5 %	13,6 %

¹ Wegen Bereinigung um ein Großverfahren mit 15 Einzelverfahren geänderter Wert



- Rest	86	126 ¹	102
- Einwohneramtangelegenheiten			
- Zugang	44	30	30
- erledigt	42	35	32
- davon zugunsten d. Widersprechenden	16,7 %	0 %	36,5 %
- Rest	13	8	6
- Wirtschafts- und Gewerbeangelegenheiten			
- Zugang	43	37	52
- erledigt	46	32	56
- davon zugunsten d. Widersprechenden	13,0 %	9,4 %	17,9 %
- Rest	19	24	20
- Gebührenangelegenheiten			
- Zugang	32	32	31
- erledigt	42	31	35
- davon zugunsten d. Widersprechenden	16,7 %	12,9 %	5,7 %
- Rest	25	26	22
- Ausländerangelegenheiten			
- Zugang	36	31	19
- erledigt	36	28	25
- davon zugunsten d. Widersprechenden	19,4 %	17,9 %	20 %
- Rest	16	19	13

Verfahren vor den Gerichten

(Zivil-, Sozial und Verwaltungsgerichte)

	2002	2003	2004
<u>Antragsverfahren I. und II. Instanz</u>			
- anhängig wurden	54	86	76
- abgeschlossen wurden	64	87	71
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	4	18	2
- Bestand	13	12 ²	16
<u>Hauptsacheverfahren I. und II. Instanz</u>			
- anhängig wurden	99	94	133
- abgeschlossen wurden	111	87	97
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	14	19	13
- Bestand	139	131	167
<u>Rechtsservice</u>			
Zugang	417	432	382
Erledigung	366	421	383
Rest	175	186	185
<u>Verfahrensdauer in Tagen</u>			
<u>Verfahren im Bezirksamt</u>	201,5	175,0	198,1
- davon Widerspruchsverfahren	176,3	155,1	181,1
<u>Gerichtsverfahren</u>			

¹ nach Bereinigung eines Großverfahrens nur noch ein Rest von 111 Fällen

² siehe Fußnoten 1 und 2



- Antragsverfahren	121,3	52,5	82,4
- Beschwerdeverfahren	240,9	58,9	105,1
- Klageverfahren	553	424,2	435,8
- Berufungsverfahren	343,9	473,8	536,7

2.2 Gesundheitsamt

Leitung: Angela Braasch-Eggert, Tel. 42891-2028,

	2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen	25,77	30,59	23,02

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Die seit dem 01.07.2003 freie Stelle der Fachamtsleitung konnte trotz Genehmigung einer externen Ausschreibung auch in 2004 nicht nachbesetzt werden. Deshalb ist ein Auswahl-Access-Verfahren durchgeführt worden, das das erste seiner Art im Bezirksamt ist.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit hat sich das Gesundheitsamt am Hamburger Gesundheitstag zum Thema „Gesundheit älterer Menschen“ im Oktober 2004 beteiligt. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe aus Vertretern unterschiedlicher Organisationen und Institutionen ins Leben gerufen, die eine Podiumsveranstaltung vorbereitete, die unter der Verantwortung der AWO im Lichtwarkhaus durchgeführt wurde und einen „Markt der Möglichkeiten“ im CCB plante. Organisiert wurde diese Veranstaltung vom Gesundheitsamt, das außerdem in der Lamprechtstraße eine Sonderimpfaktion gegen Grippe für ältere Mitbürger/innen angeboten hat. Insgesamt erfolgten 44 Impfungen. Aus Personalgründen wurde 2004 die wöchentlich stattfindende Impfsprechstunde auf ein Mal monatlich reduziert. Da diese Impfsprechstunde weiterhin regen Zuspruch erfährt, ist beabsichtigt, im Jahre 2005 weitere Termine anzubieten, sobald die Personallage dies zulässt. Wegen der Personalprobleme musste die Mütterberatung in Kirchwerder eingestellt werden.

Medizinische/amtsärztliche, zahnmedizinische, sozialpädagogische und psychologische Gutachten und Stellungnahmen dienen dem Ziel, Entscheidungshilfen für die Verwaltung aus fachlicher Sicht bereitzustellen. Die Gutachten werden nach Aktenlage, Untersuchung im Amt oder nach Hausbesuch erstellt. Die vereinbarte Bearbeitungsdauer von 30 Tagen wurde im Durchschnitt des Gesundheitsamtes und in fast allen einzelnen Bereichen erreicht.

Für 2005 ist eine Teilnahme am Weltgesundheitstag am 07.04.2005 in Vorbereitung, der das Thema „Gesundheit von Müttern und Kindern“ hat und durch eine zentrale Informationsplattform im KIFAZ-Allermöhe begleitet wird.

Die Einarbeitung der neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie die inhaltliche Ausfüllung der Umorganisation in Fachdienste und Fachbereiche einschließlich der räumlichen Zusammenlegung von Dienststellen wird im Jahr 2005 eine wichtige Rolle spielen.



Gesundheitswesen Gesundheitsvorsorge

Fachbereich Schulärztlicher/-zahnärztlicher Dienst
Säuglings-/Kleinkinderbetreuung (GA 21)

Veränderungen schulärztlicher Aufgaben und Arbeitsinhalte haben sich durch die Novellierung des Schulgesetzes mit dem Schuljahr 2003/2004 ergeben. Dies bedeutet die flächendeckende Schuleingangsuntersuchung, Untersuchungen von 4 ½ -Jährigen und Untersuchungen von Schulkindern am Ende der Grundschulzeit. Pro Jahrgang ist von etwa 1400 Einschülern auszugehen.

Aufgrund der personellen Besetzung in der Schularztstelle Bergedorf war es nicht möglich, für das Schuljahr 2004/2005 die im Gesetz genannten Ziele zu erreichen. Von 1445 gemeldeten Einschülern konnten nur 654 (45,26 %) untersucht werden. Weiter ist die Untersuchung der Schüler nach Beendigung der Grundschulzeit gänzlich unterblieben.

Die Situation wird sich 2005 trotz Nachbesetzung von Stellen nicht sofort verbessern, weil eine intensive Einarbeitung der neuen Kräfte (Ärztin, Arzthelferin) ab 01.01.2005 erfolgen muss. Darüber hinaus ist wegen Altersteilzeit eine halbe Schularztstelle ohnehin nicht besetzt.

Zu berücksichtigen ist weiterhin, dass bei Einführung des neuen Kinderbetreuungsgesetzes weitere zusätzliche Aufgaben auf die Schularztstellen zukommen. Über zusätzlichen Personalbedarf zur Erfüllung dieser neuen Aufgabe ist eine Entscheidung noch nicht getroffen. Die Schulärzte sind nebenher noch in der Mütterberatung tätig und decken die Impfsprechstunden ab.

Vom Schulzahnärztlichen Dienst werden alle schulpflichtigen Kinder bis zur 6. Klasse, einschließlich der Vorschulkinder, zahnmedizinisch untersucht, und es werden Empfehlungen zur Behandlung ausgesprochen. Ein Antrag an die Landesarbeitsgemeinschaft für Jugendzahnpflege (LAJH) auf Einsatz einer Prophylaxehelferin in Bergedorfer Schulen ist positiv beschieden worden.

Erste Auswirkungen der Gesundheitsreform auf die Erstellung zahnärztlicher Gutachten für das Grundsicherungs- und Sozialamt (GS) sind 2004 sichtbar geworden. Die Anzahl der Gutachten ist hinsichtlich der Erstattungsbeträge der errechenbaren Zuschüsse durch GS gegenüber dem Vorjahr niedriger ausgefallen.

Im Jahr 2004 wurden 126 Gutachten mit einem Gesamtvolumen von 114.587,83 € erstellt, von denen 47,7 % (Kosten 54.680 €) befürwortet wurden.

Ziele für 2005

- Erhöhung der Zahl der durchgeführten Schuleingangsuntersuchungen um 10%
- Verbesserung der datengeführten Dokumentation mit dem Ziel kommunaler Gesundheitsberichterstattung
- Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit durch Teilnahme an Aktionen, wie dem Weltgesundheitstag und dem Rathausfest.



	2002	2003	2004
Anzahl der TeilnehmerInnen an Veranstaltungen im Rahmen der Gesundheitsförderung/-vorsorge	2.988	rd. 2.500 ¹⁾	470 ²
In den Mütterberatungsstellen durchgeführte Beratungen und Untersuchungen durch Ärzte einschließlich Beratungen durch nichtärztliches Personal	3.005	3.158	3.142
Anzahl der Hausbesuche im Rahmen der Gesundheitsvorsorge bei Säuglingen und Kleinkindern	449	420	369 ²
Anzahl der Untersuchungen und Beratungen durch Schulärzte	4.148	4.137	3.237 ²
Anzahl der in Klassen bei Schulkindern durchgeführten Hospitationen durch Schulärzte	531	429	101 ²
Anzahl der Impfungen (Mütterberatung, Schulärztlicher Dienst, Impfsprechstunde)	1.439	1.120	599 ^{2,3}
Anzahl der Untersuchungen und Beratungen durch die Schulzahnärztin	6.621	7.291	7.490

- 1) Neben den regelmäßigen Veranstaltungen zur Gesundheitsförderung und Prävention wurden im Jahre 2003 besondere Aktivitäten anlässlich des Rathausfestes (Informationsstand) und des Nationalen Impftages durchgeführt. Für beide Veranstaltungen wurden keine Aufzeichnungen über die Besucherdaten geführt, so dass die Angaben zum Geschäftsbericht 2003 insgesamt nur geschätzt werden können.
- 2) Rückgänge waren bei den übrigen gesundheitsfördernden Veranstaltungen zu verzeichnen wegen Langzeiterkrankung zweier Ärzte.
- 3) Rückläufig durch die Beendigung des Impflückeninterventionsprogrammes an Bergedorfer Schulen.

Gesundheitshilfen und Gutachten

- Jugendpsychiatrische Dienst (JpD), GA 27

Eine Fachärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie, ein Psychologe und ein Sozialarbeiter beraten Eltern, deren Kinder eine geistige, seelische oder mehrfache Behinderung haben bzw davon bedroht sind, in Fragen der Diagnostik, Therapie und Rehabilitation. Das Team bietet Diagnostik für Minderjährige an, die sich nicht altersgemäß entwickeln oder sich auffällig verhalten, hilft in Krisensituationen und erstattet Gutachten für das Jugendamt und andere behördliche Dienststellen.



- **Beratungsstelle für Körperbehinderte, GA 28**

Die Beratungsstelle vermittelt bedarfsorientierte Hilfen für körperbehinderte und von Behinderung bedrohte Menschen.

Die Aufgabe umfasst persönliche Unterstützung bei Fragen, die in Zusammenhang mit einer Behinderung stehen, Beratung zu sozialhilferechtlichen Fragen und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen, Begleitung und Koordinierung weitergehender Hilfen sowie Stellungnahmen zu Anfragen anderer Dienststellen. Als sinnvolle Maßnahme hat sich die Kontaktaufnahme zu sozialen Einrichtungen im Bezirk erwiesen.

- **Sozialpsychiatrische Dienst (SpD), GA 29**

Der SpD bietet Hilfen und Schutzmaßnahmen für volljährig psychisch Kranke, geistig Behinderte und deren soziales Umfeld an. Er ist sowohl ein Kriseninterventionsdienst als auch eine Beratungsstelle. Regelmäßig finden Gruppen für Betroffene und Angehörige statt

Ziele für 2005

- Erprobung des neuen Begutachtungsverfahrens behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder zur Frühförderung in einem KTH
- Teilnahme an einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Handlungsleitlinien für den Umgang mit „Stalking“

	2002	2003	2004
Anzahl der Klientenkontakte im JpD insgesamt	677	673	628
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	68	56	61
Anzahl der Klientenkontakte in der Beratungsstelle für Körperbehinderte insgesamt	610	402	662
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	131	84	64
Anzahl der Klientenkontakte im SpD insgesamt	2.244	1.847	1.742
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	526	419	404
Anzahl der vom SpD veranlaßten Unterbringungen	19	27	20
Anzahl der Gruppentermine im SpD	61	60	60
Anzahl der medizinischen/amtsärztl., zahnmedizinischen, sozialpädagogischen, psychologischen Gutachten und Stellungnahmen	2.232	2.292	1.772
- davon Gutachten für den Sozialhilfeträger	1.987	2.066	1.230
Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei der Erstellung von Gutachten /Stellungnahmen in Tagen	18,5	19,22	19,68



Gesundheitsschutz, Heimaufsicht

Infektionsschutz

Der Abschnitt hat die Aufgabe, gesetzlich meldepflichtige Erkrankungen und Erregernachweise einzelfallbezogen abzuklären, geeignete Maßnahmen zum Schutz der Öffentlichen Gesundheit zu veranlassen und die anonymisierten Daten an das Institut für Hygiene und Umwelt zur Zusammenstellung und Weiterleitung an das Robert-Koch-Institut Berlin zu geben. Darüber hinaus werden Gemeinschafts- und Gesundheitseinrichtungen hygienisch beraten.

Die Heim- und Pflegeaufsicht stellt sicher, dass die Rechte stationär und ambulant pflegerisch versorgter Bergedorfer ihre Berücksichtigung finden.

Ziele für 2005

- mindestens 50 %ige Aufklärung der Ursachen von Enteritis-Erkrankungen junger Kindergartenkinder und Personen in der Lebensmittelbranche
- Weiterführung der programmatischen Struktur- und Prozessqualitätssicherung sowie Heimaufsicht, erstmalige Durchführung einer Ergebnisqualitätsprüfung in Senioreneinrichtungen
- Begehung von 2 Kindertagesheimen monatlich zur Sicherstellung „guter hygienischer Praxis“ mit dem Ziel der Verminderung von Gesundheitsgefährdung und umwelthygienischen Risiken
- Erstellung eines Feinkonzeptes „Aufsicht über ambulante Pflegedienste“

	2002	2003	2004
Anzahl der bearbeiteten meldepflichtigen Infektionsfälle	355	308	310
Anzahl der örtlichen Hygieneüberprüfungen (einschließlich Krankenhausbesichtigungen)	14	22	12
Anzahl der jährlichen Begehungen von OP- und Intensivbereichen in Krankenhäusern in % (insgesamt 3 Einrichtungen)	3	3	5
Anzahl der Heimbefuche/-begehungen	13	25	37
Anzahl der bearbeiteten Beschwerden	7	5	11

2.3 Verbraucherschutzamt

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Mit dem 1.1.2004 wurden die Abteilung für Umweltschutz und das Veterinäramt mit den früheren Arbeitsbereichen des Wirtschafts- und Ordnungsamtes im Verbraucherschutzamt zusammengelegt. Die damit einhergehenden Einsparungen in der Leitungsebene wurden durch Stellenaufstockung (VS 20 und VS 43) und Umverteilungen von Arbeit so weit wie möglich aufgefangen.

Die Innendienststatistik – eine wesentlich Grundlage für das Benchmarking – konnte im vergangenen Jahr hinsichtlich des Detaillierungsgrades und der Inhalte der Kennzahlen



überbezirklich abgestimmt werden. Auch ist der Aufbau einer verbesserten Datenerfassung und Auswertung durch den Einsatz von IuK-Technik gelungen.

Ziele für 2005

- Zusammenführung der Arbeitsbereiche des Verbraucherschutzamtes im Dienstgebäude am Bult und Vorbereitung des Umzuges
- Aufgabenentwicklung und Ressourceneinsatz in den nächsten 2 Jahren
- Ausrichtung und Durchführung des Stadtfestes
- Der erhebliche Leistungsumfang des VS für den LBV (Kfz-Stillegungen) soll gegenüber dem LBV abgerechnet werden und damit Kostenerstattungen für das Bezirksamt erbringen.

Zu den Kennzahlen aller Fachdienste sei angemerkt, dass einige neue bzw. veränderte Darstellungen enthalten sind. Einige Felder mussten daher offen bleiben, weil die Zahlen in der hier dargestellten Art in den Vorjahren so noch nicht erfasst wurden.

Besch.Volumen Amt für Verbraucherschutz:	2002	2003	2004
		18,6	17,58

Fachdienst Lebensmittelüberwachung/Wochenmärkte

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Mit der Kontrolle von Lebensmitteln- und Bedarfsgegenständen leistet der Fachdienst einen aktiven Verbraucherschutz im Spannungsfeld zwischen den wirtschaftlichen Interessen von Anbietern und Gewerbetreibenden auf der einen und dem Interesse des Verbrauchers an einwandfreien Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen auf der anderen Seite. Ein besonderes Problem stellen Gaststätten und Imbissbetriebe dar mit ihren häufigen Betreiberwechseln und dem Fehlen von Anforderungen hinsichtlich deren Qualifikation.

Die Lebensmittelkontrolleure überwachen routinemäßig und anlassbezogen

- die Hygiene beim Umgang sowie bei der Zubereitung und Aufbewahrung von Lebensmitteln,
- die Qualitätsstandards angebotener Lebensmittel und Bedarfsgegenstände,
- die Einhaltung baulicher Anforderungen und Zustände, die sich aus den Hygienevorschriften ergeben und einen unmittelbaren Einfluss auf die Hygiene von Lebensmitteln haben.

Das zusammen mit dem Institut für Hygiene und Umwelt und den Bezirken entwickelte Planprobenkonzept für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände wurde fortgeführt. Neben Stichproben waren die Verdachts-, Verfolgs- und Beschwerdeproben, die sich auf dem sehr hohen Niveau des Vorjahres stabilisiert haben, Bestandteil der Planproben. In diesem Zusammenhang festgestellte Mängel waren vom Verbraucherschutzamt zu verfolgen.

Mit der Planung, Organisation und Abwicklung von Wochenmärkten deckt der Fachdienst ein weiteres bedeutendes Aufgabenfeld ab.

Die mit Senatsdrucksache für den 1.1.04 angekündigte Überweisung der vollständigen Ressourcenverantwortung für die Wochenmärkte auf die Bezirksamter wurde bislang nicht umgesetzt, weil notwendige Vereinbarungen für eine einheitliche Form der Gebührenfest-



legung noch nicht abschließend getroffen werden konnten. Für das Jahr 2004 konnte die Gebühr von 2,80 € aufrechterhalten werden.

Von der für die Marktbesucher angebotenen „Dauernutzung“ und damit verbundenen Möglichkeit einer bargeldlosen Überweisung machen trotz der Werbung dafür nur 38 (etwa 10 % der Stände aller Märkte) Gebrauch.

Die fachlichen Ziele für das Jahr 2004 konnten weitgehend erreicht werden; so wurde das bis dahin mit der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit (BWG) entwickelte Planprobensoll im Zusammenhang mit der Beprobung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen zu 100 % erfüllt.

Ebenso konnten 100% der Gaststätten einer Risikoanalyse in lebensmittelhygienischer Hinsicht unterzogen werden. Eine Überprüfung der Tageskonzessionen mit Blick auf lebensmittelhygienische Anforderungen war nur zu 66 % erreichbar, weil dies meist mit Betriebszeiten in den Abendstunden sowie an Wochenenden und daher mit entsprechenden Überstunden für die Mitarbeiter verbunden ist.

Ziele für 2005

- 100%ige Überprüfung aller Betriebe, die einer Kontrollpflicht nach § 22 Pflanzenschutzgesetz unterliegen.
- 100% aller übrigen Lebensmittelbetriebe (neben den Gaststätten) sollen einer Risikoanalyse im Hinblick auf die Lebensmittelhygiene nach „Hamlet“ unterzogen werden
- Umstellung des bisherigen Planprobenkonzeptes mit einer Einzelhandels orientierten Probenahme auf schwerpunktmäßige Probenentnahme bei Herstellern und Importeuren
- Beteiligung an der Durchführung des Stadtfestes
- Kontrolle von 70% der nach § 12 Gaststättengesetz erteilten Gestattungen (Tageskonzessionen)

Verbraucherschutz	2002	2003	2004
Gewerbebetriebe insgesamt	7.881	8193	8540
davon überwachungspflichtige Betriebe i.S.d LMBG einschl. Marktstände	948	1041	1147
mobile Betriebe (aus Anlass von Veranstaltungen)	275	685	732
In diesen Betrieben erfolgten insgesamt: Kontrollen und Beratungen	3727	4971	3945
Probenentnahmen	470	512	637
Weitere Beanstandungen anderer Lebensmittelkontrollbehörden		52	43



Zahl der <u>Lebensmittel</u> betriebe nach Artikel 14 Abs. 2 der RI. des Rates 89/397 EWG		829	936
hiervon kontrollierte Be- triebe		661	878
Ambulanter Handel mit Lebensmitteln – Anzahl der nach LMHV und SchankVO überwa- chungspflichtigen Stän- de auf Wochenmärkten und Veranstaltungen		1135	1165
anlassbezogene Kon- trollen	600	691	784
Betriebe, die einer Kon- trollpflicht nach § 22 Pflanzenschutzgesetz unterliegen	neu	11	17
davon kontrolliert	neu	11	15

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit und der Aussagefähigkeit neu aufgebaut und inhaltlich verändert:

Veranstaltung von be- zirklichen Wochen- märkten	2002	2003	2004
Gesamtzahl der Wochenmärkte	311	312	315
Gesamtzahl der Stände über alle Markttag	18460	18800	18738
Maximal mögl. Frontmeter auf- geteilt nach Märkten	Auslast.	Auslast.	Auslast.
Di / Bergedorf 708			80 %
Mi / Lohbrügge 590			81 %
Do / Bergedorf West 333			98 %
Fr / Bergedorf 708			95 %
Sa / Lohbrügge 590			100 %
Sa / Fleetplatz 244			64 %
Ø Auslastungsgrad über alle Märkte [%]			86 %



Fachdienst Wirtschafts- und Gewerbeangelegenheiten

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Gewerbeabteilung:

Der Fachdienst ist zuständig für die An-, Ab- und Ummeldungen von Gewerbebetrieben. Dabei müssen zahlreiche Spezialgesetze beachtet und z.T. umfangreiche Voraussetzungen erfüllt werden. Daneben werden bestehende Gewerbe überprüft und Verstöße gegen bestehende Bestimmungen ggf. geahndet.

Die Abteilung organisiert die 5 alljährlich wiederkehrenden Feste. Hierbei tritt das Bezirksamt als Veranstalter auf. Es handelte sich um:

- den Frühjahrsmarkt auf dem Frascatiplatz (7 Tage)
- den Zollenspieker Pfingstmarkt (3 Tage)
- den Zollenspieker Herbstmarkt (4 Tage)
- den Lohbrügger Herbstmarkt vom (7 Tage)
- den Bergedorfer Weihnachtsmarkt (32 Tage).

Ferner war der Fachdienst in 78 weitere Veranstaltungen (z.B. Sportvereinsjubiläen, Heimatfeste, Rosenfest) durch entsprechende Erlaubnisverfahren involviert.

Neben den Aufgaben als Veranstalter ist der Fachdienst bei den durch das Bezirksamt wie den privat veranstalteten Volksfesten und Märkten durch die Erteilung gewerbe- und gaststättenrechtlicher Genehmigungen sowie dazu notwendiger Beratungen eingebunden. Dementsprechend beziehen sich die Kontrolltätigkeiten des Außendienstes auf gewerberechtliche sowie auch auf lebensmittelrechtliche Tatbestände. Er nimmt seine Aufgaben dabei schwerpunktmäßig außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeiten an den Abenden, Wochenenden oder Feiertagen wahr.

Im Rahmen weiterer ordnungsrechtlicher Aufgaben spielten die in 2004 wachsenden Probleme im Zusammenhang mit der HundeVO eine Rolle. Die Vorgangszahlen sind in 2004 abermals gestiegen. Der Trend, gefährliche Hunde illegal einzuführen und zu halten, wird durch unterschiedliches Recht innerhalb Deutschlands und vor allem durch das vollständige Fehlen entsprechender Regelungen im EU-Ausland sowie nicht mehr stattfindende Grenzkontrollen verstärkt.

Die Polizei ermittelt vermehrt im Bereich des Jugendschutzgesetzes und stellte dabei diverse Verstöße fest. Stichworte sind hier der Verkauf von Alkoholika an Jugendliche sowie Internetcafés, die Jugendlichen den Zugriff auf Internet-Spiele für Erwachsene ermöglichen. Die sich anschließenden Ordnungswidrigkeitenverfahren gestalten sich für das Verbraucherschutzamt aufgrund fehlender Einsicht auf Seiten der Gewerbetreibenden als z.T. recht schwierig.

Aufgrund vorliegender Hinweise auf den Einsatz unzulässiger Geldspielgeräte (sog. Fun-Games) wurden durch das Verbraucherschutzamt im vergangenen Jahr die Spielhallen in Bergedorf mit hoher Intensität kontrolliert. Ziel der Maßnahme war der Abbau dieser Geldspielgeräte. Die durchgeführte Schwerpunktaktion kann als erfolgreich betrachtet werden, weil neben dem Betrieb zahlreicher Fun-Games auch unzulässige Bonus-/Rabattsysteme sowie in einigen Fällen strafrechtlich relevante Tatbestände aufgedeckt werden konnten. Die gewerbe- und ordnungsrechtlichen Maßnahmen stellten sich dabei zum Teil wegen der Einschaltung von Anwälten als besonders arbeitsintensiv und langwierig heraus.



Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	2002	2003	2004
Festsetzungen von Veranstaltungen nach § 69 GewO (Marktfestsetzungen ohne Wochenmärkte)	28	21	28
Zahl der Beschwerden, die auf Außennutzung von Gaststätten zurückzuführen sind (bei einer Anzahl von 130 Außennutzungen)	6	13	2
Zahl der gaststättenrechtlichen Erlaubnisverfahren:	369	349	276
davon Vollkonzessionen (Erlaubnisse nach § 2 GastG)	66	51	48
davon Tageskonzessionen (Gestattungen nach § 12 GastG)	303	298	188 ¹

Zahl der Gewerbean-, -um und -abmeldungen	2.300	2385	2549
Gewerbeuntersagungen, Erlaubniswiderrufe und -versagungen	45	39	57
Bearbeitete Anträge nach §§ 7, 8 und 9 HWO	36	30	33
Spielhallenstandorte	18	18	18
Spielhallen	22	22	23
vorhandene Geldspielgeräte in Spielhallen ²	172	172	186
Sondernutzungserlaubnisse nach dem Hamb. Wegegesetz	58	77	104 ³
Ausnahmen von der Sperrzeit	14	11	7

¹ Die Zahl der Gestattungen ist im Vergleich zum Vorjahr niedriger, weil in 2004 lediglich die Bescheide und nicht die daraus resultierende Anzahl von Ständen (Anpassung an die Erfassung in anderen Bezirksamtern) erfasst wurden

² ohne die in Gaststätten aufgestellten Automaten

³ Zur Anpassung an die Erfassung in anderen Bezirken erstmals einschließlich Versagungen



Weitere Arbeitsbereiche	2002	2003	2004
Vorgänge nach Hundeverordnung in denen Handeln von VS gefordert war; davon hat VS	49	61	66
die Hundehaltung reglementiert (Leinen- und Maulkorbzwang)	13	18	20
die Haltung eine „gefährlichen Hundes“ verboten oder wegen „Unzuverlässigkeit“ eines Halters untersagt	13	1	3
Tötung oder Sicherstellung veranlasst			4
Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet	23	16	24
Weitere ordnungswidrigkeitenrechtliche Verfahren nach anderen Rechtsgrundlagen (z.B. GewO, GastG, KrW-/AbfG und JuSchG)		76	132
Ausstellung von Fischereischeinen	274	289	275

Ziele für 2005

- Erledigung der Ersuchen um Gewerbeauskünfte spätestens 3 Wochen nach Eingang bei VS2 (ausgenommen Urlaubs- und Vertretungszeiten)
- Stichprobenkontrollen hinsichtlich der ordnungsgemäßen Lagerung von Feuerwerkskörpern.
- Durchführung des Stadtfestes
- Abschluss der Schwerpunktaktion Spielhallen

Fachdienst Veterinärwesen / Lebensmittelsicherheit

	2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen	1,54	2,00	0,8 ¹

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Tierseuchenbekämpfung

Im vergangenen Jahr gab es mehrer Ausbrüche der „Amerikanischen Faulbrut“ der Bienen im Bezirk Bergedorf. Die Bienenstichverordnung schreibt umfangreiche amtliche Tätigkeiten vor.

Die Untersuchungen aller Schlachttierkörper von über zwei Jahre alten Rindern wurden lückenlos überwacht. Bisher gab es in Hamburg keinen BSE-Fall.

¹ Berücksichtigt unbesetzte Veterinärstelle über 2 Monate (August, September) = rd. 0,2 Anteile



Das in 2002 begonnene Verfahren zur Bekämpfung einer Herpesvirusinfektion der Rinder, in das je nach Betriebsart und Seuchenstatus nahezu alle Rinderbestände einbezogen werden, um die Seuche bundesweit zu tilgen, wurde fortgeführt.

	2002	2003	2004
Anzahl der Tierseuchen- und Tierseuchenverdachtsfälle	123	132	180
Anzahl der Kontrollen (incl. prophylaktischer Kontrollen von Tieren und Waren tierischer Herkunft)	1.783	1.990	2060

Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung

Der gesundheitliche Verbraucherschutz beginnt bei der Gewinnung von gesundheitlich unbedenklichen Lebensmitteln in der landwirtschaftlichen Urproduktion und umfasst in der Folge alle Stufen der Lebensmittelverarbeitung und des Lebensmittelhandels bis hin zum Verbraucher. Vorbereitung bzw. Umsetzung umfassender Gesetzesreformen auf diesem Gebiet.

	2002	2003	2004
Anzahl der zu überwachenden Lebensmittelbetriebe	694	694	700

Tierschutz

Ein facettenreiches Aufgabengebiet ist die Überwachung der Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorgaben. Bestimmte Einrichtungen wie etwa Tiertransportunternehmen, Wanderzirkusse, Pensionstierhaltungen, Tieraussstellungen sind regelmäßig zu kontrollieren. Darüber hinaus wird Bürgerbeschwerden über Tierhaltungen nachgegangen. Festzuhalten ist ein nach wie vor zunehmendes Tierschutzbewusstsein in der Bevölkerung.

	2002	2003	2004
Anzahl der durchgeführten Tierschutzkontrollen	148	132	155
Anzahl der Begutachtungen und Beurteilungen gefährlicher Tiere	69	76	85

Ziele für 2005

- Einführung von EDV-Software, z. B. auf dem Sektor Tierseuchenbekämpfung.
- Vorbereitung bzw. Umsetzung umfangreicher Gesetzesreformen insbesondere im Bereich Tierseuchenbekämpfung und Lebensmittel- bzw. Fleischhygieneüberwachung.



Fachdienst Umweltschutz

	2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen	4	4	3 ¹

Aufgaben und Entwicklung in 2004

Aufgabe der Abteilung ist es, schädliche Einwirkungen auf die Umwelt zu unterbinden bzw. ihrer Entstehung vorzubeugen. Im Hinblick darauf liegen die Schwerpunkte der Tätigkeiten in den Bereichen technischer und gesundheitlicher Umweltschutz. Die Aufgaben können wie folgt umrissen werden:

Hoheitliche Aufgaben:

- koordinierende Aufgaben innerhalb des Bezirksamtes
- gutachterliche Tätigkeiten für andere Dienststellen des Bezirksamtes
- allgemeine Beratung und Information der Öffentlichkeit sowie einzelfallbezogene Beratung von z.B. Bürgern, Bauwilligen, Anlagenbetreibern und Architekten.
- Mitwirkung in der Bauleitplanung und im Baugenehmigungsverfahren.

Personelle Veränderungen ergaben sich im Bereich der Umweltberatung und der Abteilungsleitung. Die Stelle der Umweltberatung wird seit 1.1.04 nur noch mit 0,5 Stellanteilen wahrgenommen. 0,3 Stellenanteile entfallen zukünftig auf den Bereich des Immissionschutzrechtes mit Schwerpunkt Umweltprüfung innerhalb der Bauleitplanung. Diese Prüfung erhält innerhalb der B-Planverfahren zukünftig einen größeren Stellenwert, wird häufiger eingefordert und nimmt damit auch ein größeres Maß an Ressourcen in Anspruch. 0,2 Stellenanteile werden seit 1.1.04 durch die neu zugewiesenen Aufgaben der Fachkraft für Arbeitssicherheit in Anspruch genommen. Zumindest für die Zeit der Ausbildung zeichnet sich jedoch deutlich ab, dass dieser Zeitanteil bei weitem nicht ausreicht. Eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit (Arbeitsprogramm für 2004) war aus diesem Grunde nicht möglich, was auf die Einhaltung des Planes für die Teilnahme an und Durchführung von Informationsveranstaltungen ebenso zutraf.

Mit der Zusammenlegung der Stellen WI-L und GU40 in der Stelle des VS-L entfielen für den Arbeitsbereich des Fachdienstes für Umweltschutz erhebliche Ressourcenanteile für die reinen Aufgaben der Abteilungsleitung, wie auch für Teile der Sachbearbeitung. Dieses konnte im vergangenen Jahr nur begrenzt aufgefangen werden. Die Zahlen gingen daher in Teilen zurück.

Die im Vorjahr überbezirklich entwickelten Verfahren zur Durchführung der LösemittelVO konnten in 2004 vollständig umgesetzt werden. Die Aufgabe bestand insbesondere darin, die Betriebe zu erfassen und die notwendigen Informationen für eine Beurteilung nach der LösemittelVO zusammen zu tragen. Die betroffenen Betriebe zeigten sich äußerst schlecht informiert und zu einem großen Teil unwillig, so dass neben dem ohnehin erforderlichen Prüfaufwand auch ein erheblicher Beratungsaufwand hinsichtlich der lt. LösemittelVO notwendigen betrieblichen Reduzierungsanstrengungen im Zusammenhang mit der Emission von Lösungsmitteln erforderlich war.

Hinsichtlich der Güte des Trinkwassers in Gebäudeinstallationen, aus denen Wasser für die Öffentlichkeit abgegeben wird, konnte das gesteckte Ziel von 12 mit 19 überprüften Anlagen deutlich überschritten werden. Nur in einem Falle wurde eine erhebliche Belastung mit Legionellen festgestellt. Der betroffene Anlagenteil wurde in Absprache mit dem Betreiber vorübergehend stillgelegt und einer thermischen Sanierung unterzogen. Nach dem Ergebnis der Kontrolluntersuchungen war diese Maßnahme als erfolgreich zu bezeichnen.

¹ VS 40 ist hierin nur noch mit 0,2 Stellenanteilen berücksichtigt



Ziele für 2005

- Sicherstellung gesundheitlich einwandfreier Wasserqualität in öffentlichen und gewerblichen Frei- und Hallenbädern durch Einhaltung der Grenzwerte zur Bakteriologie
- stichprobenartige Kontrolle von 15 Trinkwasserversorgungsanlagen, aus denen Wasser an die Öffentlichkeit abgegeben wird, z.B. Altenheime, Krankenhäuser, Kindergärten Schulen u.a.

	2002	2003	2004
Anzahl der Überwachungsvorgänge	453	517	389
Anzahl der Anträge n. LärmVO od. BimSchG	53	64	31
Anzahl der Beratungen	1.665	1.674	1157
Anzahl der Beratungen pro 1000 Einwohner	14,3	14,4	10,0
Anzahl der Veröffentlichungen (Presseartikel, Faltblätter und Broschüren)	5	5	3
Anzahl der Informationsveranstaltungen	9	8	5
Bericht ü.bakt. Wasserquali. in öffentl.+ gewerbl.Schwimmb.	96	93	88
Überprüfung v. 5 Hofstellen gem. Düngemittelanwendungsverordnung		5	5
Beprobung von Hausinstallationen in Einrichtungen, die Trinkwasser für die Öffentlichkeit abgeben			19



3. BAUDEZERNAT

Leitung: Volker Hempel, Tel. 42891-2055

		2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen		125,02 ¹	122,7 ¹	126,91 ²
Sachkostenbudget in €				
Ansatz und Rest Vorjahr	Soll	127.195	130.475	152.438
Ausgaben	Ist	118.269	113.085	127.638
übertragbarer Rest		5.108	17.390	24.800 ³
betreute Fachausschüsse		Stadtplanungsausschuss, Fachausschüsse für Landschaftsplanung, Grünangelegenheiten und Umweltschutz, für Bauangelegenheiten, für Verkehr und Inneres, sowie gelegentlich für Sport und Kultur		
Schriftliche Anfragen/Eingaben aus der Bevölkerung		125	86	105
Einnahmen insgesamt in €				
	Soll	3.019.127	2.814.015	2.524.759
	Ist	2.599.063	2.611.111	2.283.825
Ausgaben insgesamt	Ist	18.101.133	14.808.801	13.078.356

Das Bauamt hat auch in 2004 wieder wesentliche und entscheidende Beiträge zur Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung geleistet und wird weiterhin neue und für Bergedorf wichtige Entwicklungen fördern, begleiten und für ihre Realisierung die unerlässlichen öffentlich-rechtlichen Voraussetzungen schaffen. Dies bedeutet, dass räumliche Ordnungsvorstellungen entworfen und Planrecht geschaffen oder verändert werden müssen. Dies bedeutet auch, dass Projektentwickler, Investoren, Nutzer akquiriert, beraten und begleitet werden müssen; weiterhin, dass Bauherren beraten und nach Antragstellung möglichst kurzfristig zu bescheiden sind, dass vorhandene Infrastruktur unterhalten und zusätzlich erforderliche geschaffen werden muss.

Für das Baudezernat sind rückblickend für 2004 folgende Schwerpunkte zu nennen:

- ZOB und Flächen des Bahnhofsvorplatzes

Diese beiden eng miteinander verknüpften Projekte standen weiterhin im Vordergrund der Bemühungen um Sicherung und Ausbau des Standortes Bergedorf als Einzelhandelsstandort, um zeitgemäße Ertüchtigung des ÖPNV-Knotens am Bahnhof Bergedorf und um Aufwertung des Stadtbildes und der Aufenthaltsqualität in dem am stärksten aufgesuchten Bereich der Innenstadt.

Im Berichtsjahr wurde mit wesentlicher Unterstützung des Bauamtes das Wettbewerbsverfahren der Liegenschaftsverwaltung zur Vergabe der Grundstücke im Bahnhofsvorplatzbereich durchgeführt. Zur Realisierung bestimmt wurde der erstplazierte Investor, die Fundus-Gruppe, zugleich Eigentümer des CCB. Als der zweitplazierte Bieter wurde die DGAG, eine in Hamburg mehrfach mit ähnlichen Projekten hervorgetretene Gruppe als Nachrückerin ausgewählt.

¹ Ohne die Baudienststellen des Ortsamtes

² inklusive Mitarbeiter der ehemaligen Wasserwirtschaft des Ortsamtes

³ Hohe Restebildung im Hinblick auf den Neubau der Garten- und Friedhofsabteilung am Kampweg und damit verbundene Aufwendungen



Die Anhandgabe an Fundus war für Ende des Berichtsjahres vorgesehen, wurde aber im Hinblick auf das Einzelhandelsgutachten (aufgrund der Überlegungen für eine Stärkung des Bereiches am Mohnhof) im Einvernehmen zurückgestellt. Die Stadt, die Fundusgruppe und die VHH nutzen die Zwischenzeit, um ihre Planungen weiter voranzutreiben. Die Entscheidung über die Anhandgabe der Flächen am Bahnhofsvorplatz soll nach Vorlage des Gutachtens in der 1. Hälfte des 2. Quartals 2005 getroffen werden.

Danach können Senat und Bürgerschaft mit dem Projekt „Bau des hochliegenden ZOB“ und „Erweiterung der Handelsflächen am neuen ZOB“, einschließlich der Fachmarktfächen südlich der B5 befasst werden. Nach Zustimmung können dann die vorliegenden Planungen für den hochliegenden ZOB und seine Einbindungen ins umliegende Straßennetz ausführungsfähig durchgearbeitet werden.

- Neugestaltung des Sachsentores

Die Neugestaltung des Sachsentores ist erfolgreich abgeschlossen worden. Nach vorübergehenden bauzustandsbedingten Irritationen bei einer Reihe von Bürgern herrscht nun allgemein Zufriedenheit über das elegante und stark aufgewertete Erscheinungsbild der „Einkaufsmeile“ vor. Die Ziele des Vorhabens können als sehr gut erreicht angesehen werden. Weitere Maßnahmen im Umfeld sind beabsichtigt, können aber nur im begrenzten Rahmen der Haushaltsmittel angepackt werden.

- Schleusengraben

Die Flächen beiderseits des Schleusengrabens haben nach Auffassung des Amtes ein enormes Aufwertungspotential. Dieses zu verdeutlichen und zu entwickeln, ist Ziel eines Workshops, der sich an alle Grundeigentümer, an potentielle Investoren und alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen richtet. Der Workshop, der diesen Raum in den Blickpunkt des allgemeinen Interesses stellen und dem Gebiet Entwicklungsimpulse geben soll, wurde im Berichtsjahr im wesentlichen inhaltlich, organisatorisch und finanziell vorbereitet.

- Möbel-Rück

Dieses Projekt ist aufgrund des Verhaltens des Grundeigentümers und des in Aussicht genommenen Nutzers im Berichtsjahr in den Hintergrund getreten. Dennoch besteht das Interesse des potentiellen Nutzers fort und das Amt hofft, dass im Jahre 2005 die Voraussetzungen vonseiten des Grundeigentümers soweit vorangeschritten sind, dass die Arbeiten an einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufgenommen werden können.

- Ehemaliger Güterbahnhof

Eine weitere Konversionsfläche im Umfeld des Schleusengrabenbereichs. Ende 2004 haben erste Gespräche mit dem Grundeigentümer stattgefunden.

- Billebadprojekt

Das Projekt für das neue Billebad ist im Berichtsjahr gut vorangekommen. Der Bauherr rechnet mit Fertigstellung um die Jahresmitte 2005, die Bürger freuen sich auf die Eröffnung.

- Wohnungen am Billebad

Der einstufige Realisierungs-Wettbewerb mit 5 Teilnehmern wurde Anfang des Berichtszeitraumes entschieden. Aus den fünf qualitativ sehr hochwertigen Arbeiten wurde als beste Arbeit die der Architekten „Böge Lindner“ ausgewählt. Die Realisierung der knapp 90 Wohneinheiten in hochzentraler Lage mit Blick auf Bille und Schlosspark kann erst in Angriff genommen werden, wenn das neue Billebad und seine Zuwegungen vollständig hergestellt sind.

- AK-Bergedorf Gelände Gojenbergsweg

Das Bauamt hat mitgewirkt an der Vorbereitung und Durchführung des Angebotsverfahrens unter mehreren Investoren um das Grundstück des ehemaligen Allgemeinen Krankenhauses Bergedorf am Gojenbergsweg. Die Verfahrenshoheit haben die wirtschaftliche Nachfolgerin des AK und die Liegenschaftsverwaltung. Zum Jahresende war aus dem Angebotsverfahren ein kleinerer Kreis von Anbietern ausgewählt worden, mit denen die Grundeigentümer nun in Verhandlungen stehen. Neben Wohnnutzungen in verschiedenen Ausprägungen sind Nutzungen des Geländes in verschiedenen Formen des betreuten Wohnens und Pflagens von alten Menschen bis hin zur Verknüpfung mit medizinischen



Dienstleistungen angeboten worden. Je nachdem, welcher Bieter letztlich den Zuschlag erhält, entsteht oder entfällt das Erfordernis, einen Bebauungsplan aufzustellen. Das Bauamt wird weiterhin förderlich mitwirken.

3.1 Verwaltungsabteilung

Die Verwaltungsabteilung nahm – neben wachsenden Controllingaufgaben - auch in 2004 wieder schwerpunktmäßig eine Geschäftsführungs- und Koordinierungsfunktion sowohl für bauamtsinterne Gesprächskreise, als auch bezirksamtsübergreifend im Rahmen der Federführung wahr. Der Wegfall des Senatsamtes für Bezirksangelegenheiten verursachte im Hinblick auf die Federführungsfunktion des Bauamtes Bergedorf einen deutlich höheren Arbeitsaufwand als in den Vorjahren – was sich fortsetzen wird -.

	2002	2003	2004
Eröffnungstermine und Nachrechnung der Ausschreibungsangebote	120	101	48

3.2 Planungsabteilung

Leitung: Arne Dornquast (Tel. 428.91-2058); bis 31.07.2004 Eckehard Kolwa

		2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen		12,89	11,3	11,14
Einnahmen in €	Soll	1.000	1.000	1.000
	Ist	707	342	885
Ausgaben in €		92.223	225.000	218.894
Anzahl der im Verfahren befindlichen Bebauungspläne ¹⁾		22	23	23
Größe der im Verfahren befindlichen Bebauungspläne in ha ¹⁾		939	938	750,9
Anzahl der Bebauungspläne, für die frühzeitige Bürgerbeteiligungen durchgeführt wurden		6	1	2

1) Stichtag 31.12.; erfasst werden Bebauungspläne, für die Grobabstimmungen durchgeführt wurden oder vorbereitet werden

Aufgabe der Planungsabteilung ist, die städtebauliche Entwicklung und Ordnung und die Entwicklung von Natur und Landschaft im Bezirksamtsbereich durch Planung zu leiten sowie die bezirklichen Interessen bei Planungen Dritter zu vertreten.

Die Planungsabteilung erbringt im Wesentlichen folgende Leistungen mit unterschiedlichem Gestaltungsspielraum:

- Erarbeitung von Struktur-, Funktions- und Entwicklungsplänen,
- Mitwirkung an der Erarbeitung von teilräumlichen und thematischen Entwicklungsplänen,



- Vorbereitende Arbeiten für Bebauungs- und Landschaftspläne,
- Durchführung von Bebauungs- und Landschaftsplanverfahren,
- Veränderungssperren (§ 14 BauGB) und Veränderungsverbote (§ 8 HmbNatSchG),
- Erarbeitung von Erhaltungsverordnungen,
- Fachliche Stellungnahmen aus städtebaulicher und landschaftsplanerischer Sicht,
- Vertretung bezirklicher Belange bei städtebaulichen und landschaftlichen Planungen und Rechtsetzungsverfahren anderer Dienststellen,
- Betreuung von Wettbewerbsverfahren,
- Standortsuche und -planung,
- Aufgaben der Umsetzung städtebaulicher Planung,
- Koordination großer Vorhaben der Stadtentwicklung,
- Unterstützung von Maßnahmen, die der Standortgunst Bergedorfs dienen,
- Federführende Steuerung der Abstimmung fachlicher Belange bei der Weiterentwicklung der Digitalen Bebauungsplanung in Hamburg,
- schriftliche und mündliche Stellungnahmen aus städtebaulicher und landschaftsplanerischer Sicht zu Planungsvorhaben Dritter und zu Bauvorhaben, insbesondere Schaffen der planungsrechtlichen Voraussetzungen für Zurückstellungen gemäß § 15 BauGB,
- Abwägungen nach § 125 (2) BauGB.

Das Arbeitsprogramm einer Planungsabteilung ist zu einem ganz wesentlichen Teil fremdbestimmt bzw. von der Zuarbeit anderer Dienststellen und der Beschlusslage politischer Gremien abhängig. Die Planungsabteilung verfügt nicht über die Möglichkeit, diesen Stellen und den politischen Gremien verbindliche inhaltliche oder zeitliche Vorgaben zu machen. Ebenso wenig sind Planungen und Vorhaben anderer Dienststellen oder Institutionen vorherzusehen, zu steuern oder in ihrem zeitlichen Ablauf zu beeinflussen. Angesichts dieser Rahmenbedingungen lassen sich für die Planungsabteilung regelmäßig nur qualitative Zielvorgaben formulieren.

Unter diesem Vorbehalt kommt den von der Planungsabteilung begleiteten Aktivitäten zum Ausbau und zur Vermarktung des Standortes Bergedorf besondere Bedeutung zu. Hier sind - trotz der eingeschränkten personellen Kapazitäten - erneut wichtige Beiträge zur Sicherung von Zukunftspotentialen geleistet worden.

Die Anzahl und die Größe der im Verfahren befindlichen Bebauungspläne hat nach stetiger Steigerung bis ins Jahr 2001 ein Niveau erreicht, das sich mit den vorhandenen Ressourcen nicht mehr erhöhen lässt. Die Ausgaben für Planungs- und sonstige Mittel sind nach einem außergewöhnlichen „Hoch“ im Jahre 2000 erheblich gesunken, da keine neuen Strukturuntersuchungen für größere Gebiete in Auftrag gegeben werden können, solange die Bebauungsplanverfahren, die sich von den vorhandenen Strukturuntersuchungen ableiten, nicht abgeschlossen sind. Durch die umfangreichen Abstimmungen, die im Rahmen von Bebauungsplanverfahren zu leisten sind, und durch den hohen formalen Verfahrensaufwand sind die Möglichkeiten, externe Auftragnehmer einzuschalten, stark begrenzt. Die Einführung der Umweltprüfung nach Europa- bzw. Bundesrecht in neuen Bebauungsplanverfahren erhöht den Aufwand weiter und bindet zusätzlich Ressourcen.

Die ab 2004 auf die Planungsabteilung Bergedorf übertragene federführende Steuerung der Abstimmung fachlicher Belange bei der Weiterentwicklung der Digitalen Bebauungsplanung in Hamburg belastet zwar erneut die Personalkapazitäten, bietet aber auch Möglichkeiten zur konstruktiven Mitwirkung bei der Erarbeitung zukünftiger Arbeitstechnologien.



3.2.1 Vorbereitende städtebauliche Planung

Durchführung von Veranstaltungen zur Profilierung des Standortes Bergedorf

Das Bezirksamt hat im ersten Halbjahr 2004 zwei Veranstaltungen zur Förderung des Standortes Bergedorf durchgeführt, an denen die vorbereitende städtebauliche Planung federführend mitgewirkt hat:

- Workshop zur Positionierung Bergedorf in der wachsenden Stadt Hamburg in Zusammenarbeit mit der Senatskanzlei (Bergedorfer Schloss),
- Investorenveranstaltung zur Werbung für den Standort Bergedorf in Zusammenarbeit mit der Hamburger Sparkasse.

Beide Veranstaltungen können im Ergebnis als erfolgreich gewertet werden, da einerseits mit vielen Beteiligten und Akteuren ein Grundkonsens über die Rolle Bergedorfs erzielt wurde und andererseits viele Investoren für Bergedorf interessiert werden konnten.

Entwicklung von Wohnbauflächen

Im Hinblick auf die Entwicklung von Wohnbauflächen haben die in 2003 begonnenen Planungen nördlich des Reinbeker Redder im Mittelpunkt gestanden. In Abstimmung mit dem schleswig-holsteinischen Umland wurde das vorhandene Konzept weiterentwickelt und somit die Voraussetzungen für die weitere gemeinsame Planung geschaffen.

Die von der Politik geforderte zügige Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens für den Bereich Hirtenland ließ sich nicht umsetzen, da von der Eigentümerseite nicht entsprechend mitgewirkt wurde.

Ebenso wurden die Planungen für den Bereich Südlich Rothenhauschausee weiterentwickelt. Aufgrund der schwierigen äußeren Rahmenbedingungen für diese Fläche konnte auch dieses Verfahren noch nicht wie geplant durchgeführt werden. Anfang 2005 werden seitens der Politik hier noch einmal grundsätzliche Entscheidungen notwendig sein.

Flächenkonversion

Neben den Flächen des AK Bergedorf (Krankenhausgelände und Schwesternwohnheim/Hubschrauberlandeplatz) am Gojenbergsweg wurden auch die Umnutzungsüberlegungen zum ehemaligen Gartenbaustützpunkt begleitet. Für das AK Bergedorf wurde 2004 das Auswahlverfahren durchgeführt, das allerdings noch nicht zum Abschluss gekommen ist. Bezüglich der Flächen des Schwesternwohnheims befindet sich die Stadt in konkreten Verhandlungen mit einem Nutzer.

Weiterhin wurden Gespräche zur Umnutzung des Güterbahnhofgeländes Bergedorf geführt, so dass hier in 2005 auch eine Konkretisierung erfolgen könnte.

Gewerbeentwicklung

Hinsichtlich der gewerblichen Entwicklung standen in 2004 aus planerischer Sicht die beiden großen Flächen im Bereich Mittlerer Landweg und südlich Brookdeich im Vordergrund. Während am Mittleren Landweg weiterhin die Frage der Verfügbarkeit der Flächen (Ersatzflächensuche für einen Landwirt durch die Behörde für Wirtschaft und Arbeit) im Vordergrund steht, wurde südlich Brookdeich das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans und des Landschaftsprogramms durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt weiterbetrieben und durch den Bezirk begleitet.

Schleusengraben

Für den Schleusengraben wurde in 2004 die Idee entwickelt, einen Prozess in die Wege zu leiten, der diesen Bereich letztendlich zu einem qualitativ hochwertigen Industrie- und Gewerbequartier machen soll. Es handelt sich hierbei um ein Leitprojekt im Rahmen des Stadtmarketing. Unter Einbeziehung der betroffenen Eigentümer, der Behörden, potenzieller Investoren und sonstigen Beteiligten soll mit Hilfe professioneller Berater ein Masterplan im Rahmen eines Entwurfsworkshops erarbeitet werden, der Bestandteil einer Vermarktungsstrategie für diesen Bereich sein soll. Ziel ist es, eine konsensuale Vorstellung über die



Entwicklung dieses Standortes zu entwickeln. Auf dieser Grundlage soll der Standort, der erhebliche Lagevorteile bietet, gemeinsam vermarktet werden. Es handelt sich hierbei um einen länger andauernden Prozess, zu dem der Entwurfsworkshop nur ein erster Schritt bzw. eine Initialzündung sein kann.

Die vorbereitende städtebauliche Planung ist hier federführend tätig.

Kindertag

Wesentlich beteiligt war die vorbereitende städtebauliche Planung an der Vorbereitung und Durchführung des Kindertages. Diese erfolgreiche Veranstaltung soll in 2005 erneut, allerdings mit verändertem Konzept, stattfinden. Bergedorf kann sich hiermit als kinderfreundlicher Bezirk profilieren.

3.2.2 Projektentwicklung, Projektsteuerung - Koordinatorin für große Städtebauprojekte

Zentrumserweiterung und ZOB-Umgestaltung Bergedorf

Tätigkeitsschwerpunkt der Koordinatorin war in 2004 die Abstimmung der Planungen für den neuen ZOB und für die Zentrumserweiterung auf dem heutigen ZOB-Gelände und südlich der B 5.

Die Neubauplanungen für den ZOB wurden soweit möglich (Abhängigkeit von der Zentrumsbebauung) fortgeführt. Es liegt ein abgestimmter Entwurf mit einem neuen verkleinerten Bahnhofsgebäude und zwei Parkebenen unter dem ZOB vor.

Die Bürgerschaftsdrucksache wurde ebenfalls abgestimmt und durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt weitestgehend fertiggestellt. Sie soll durch die Behörde Senat und Bürgerschaft vorgelegt werden sobald das Einzelhandelsgutachten vorliegt und die dann erwarteten Richtigkeitsentscheidungen vorliegen.

Aufwertungs- und Werbemaßnahmen für den Standort Bergedorf

Die Koordinatorin ist an vielfältigen Maßnahmen zur Stärkung der City beteiligt. Innerhalb des Bezirksamtes ist sie Themenbeauftragte für diesen Bereich. Schwerpunkte des Citymanagements waren

- die Fortführung des Aktionsprogramms City,
- die Begleitung der Einführung des Business Improvement Districts (BID) Sachsentor sowie
- die Begleitung der Sachsentorumgestaltung.

Bauvorhaben Neuallermöhe West

Die Koordinatorin bearbeitet zahlreiche Einzelanfragen und Beurteilungen aus Neuallermöhe-West sowie Neuallermöhe-Ost. Schwerpunkt im Berichtszeitraum war die Umplanung der Stadtkante für ca. 250 WE. Das erarbeitete Konzept wurde mit dem Stadtplanungsausschuss abgestimmt. In 2005 wird die erste Teilfläche durch die Liegenschaft ausgeschrieben. Weiterhin wird die Kunstjury des Kommunikations- und Kunstvereins zu dem Projekt „Kunst im öffentlichen Raum“ von der Koordinatorin als Jurymitglied begleitet.

Neubaugelände Dorfanger Boberg

Die Umsetzung der Bebauung des westlichen Teilbereichs wurde durch die Koordinatorin begleitet. Für Teilflächen wurden veränderte Bebauungsvorschläge vorgelegt und abgestimmt.

Neubau eines Schwimmbades mit einer Wohnanlage

Die Vorhaben Neubau Billebad und der Wohnungsbau in direkter Nachbarschaft werden seitens der Planungsabteilung durch die Koordinatorin begleitet, um eine zügige und qualitätsvolle Realisierung zu sichern.

3.2.3 Bebauungsplanung



Die meisten Bebauungsplanverfahren werden im Hinblick auf das Europarechtsanpassungsgesetz Bau und unter Berücksichtigung der Prioritätenliste des Stadtplanungsausschusses mit dem zeitlichen Ziel durchgeführt, dass sie Ende 2005 an die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) zur Genehmigung abgegeben werden können.

Für die Bebauungsplanverfahren Bergedorf 91 (südlich Rothenhauschaussee) und Bergedorf 96 (ehemaliger Gartenbaustützpunkt Gojenbergsweg) wurden mit den Fachbehörden und -dienststellen Einleitungsgespräche durchgeführt. Ob bzw. mit welchem Ziel die Verfahren weitergeführt werden, ist z. Zt. offen. Im Bereich Bergedorf 91 gefährdet eine unterirdische Gastransportleitung, über die das Bezirksamt von den Trägern öffentlicher Belange nicht informiert worden war, das Planungsziel. Für Bergedorf 96 wird, sobald die Finanzbehörde einen entsprechenden Bauantrag gestellt hat, geprüft, ob ein Bebauungsplanverfahren erforderlich ist.

Für die Bebauungsplanverfahren Altengamme 10 (Ortskern / Schule Altengamme) und Allermöhe 27 (Gewerbegebiet Allermöhe) wurden öffentliche Plandiskussionen durchgeführt und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingeleitet.

Die Bebauungsplanverfahren Altengamme 8 / Neuengamme 10, Altengamme 9 / Neuengamme 11 sowie Bergedorf 92 (Bille-Bad) wurden mit den Trägern öffentlicher Belange abgestimmt.

Das Bebauungsplanverfahren Bergedorf 92 wurde nach Abstimmung mit den Trägern öffentlicher Belange und der öffentlichen Auslegung inhaltlich abgeschlossen.

Der Bebauungsplanentwurf Curslack 15 (Auf der Böge West) wurde zwei Mal öffentlich ausgelegt, in den Gremien diskutiert und dem Stadtplanungsausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.

Der Bebauungsplanentwurf Curslack 16 (Auf der Böge Ost) wurde insbesondere mit dem im Gebiet ansässigen Großbetrieb abgestimmt. Die öffentliche Auslegung wurde durchgeführt, die Anregungen der Bürger wurden mit den Trägern öffentlicher Belange abgestimmt und dem Stadtplanungsausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.

Das städtebauliche Konzept für den Bebauungsplan Curslack 17 (Ortskern Curslack) wurde insbesondere mit dem Stadtplanungsausschuss abgestimmt und ausgearbeitet.

Der Bebauungsplanentwurf Kirchwerder 17 / Ochsenwerder 8 (Fünfhausen) wurde erneut mit den Trägern öffentlicher Belange und dem Stadtplanungsausschuss abgestimmt und öffentlich ausgelegt. Im Rahmen des Verfahrens wurden ein städtebaulicher Vertrag bezüglich der Versorgung mit Kindertagesheim-Plätzen sowie das bauliche Konzept für eine Seniorenwohnanlage abgestimmt und unterzeichnet.

Für die Bebauungsplanverfahren Kirchwerder 20 (Heinrich-Osterath-Straße Ost) und Kirchwerder 25 (Garten- und Landschaftsbau-Betrieb Warwischer Hinterdeich) wurde die öffentliche Auslegung ausgewertet. Die Pläne wurden von der Bezirksversammlung beschlossen und an die BSU mit der Bitte um Genehmigung abgegeben.

Im Bebauungsplanverfahren Allermöhe 28 wurden der Aufstellungsbeschluss gefasst, die Umweltprüfung eingeleitet und Abstimmungen mit GALA-Bau-Betrieben, der Hamburger Wirtschaftsförderung und der Finanzbehörde durchgeführt.

Der Bebauungsplanentwurf Neuengamme 7 (Stegelviertel) wurde zum dritten Mal öffentlich ausgelegt, mit den Trägern öffentlicher Belange und den politischen Gremien abgestimmt, danach von der BSU genehmigt und vom Bezirksamtsleiter festgestellt.

Die Entwürfe für die Bebauungsplanverfahren Kirchwerder 21 und 22 sowie Neuengamme 8 und 9 wurden ausgearbeitet, Neuengamme 9 wurde an die Träger öffentliche Belange zur Stellungnahme verschickt.



Der Bebauungsplanentwurf Neuengamme 12 wurde ausgearbeitet, mit Grundeigentümern abgestimmt und an die Träger öffentlicher Belange zur Stellungnahme verschickt. Die zahlreichen Stellungnahmen wurden ausgewertet. Das Verfahren wurde jedoch vom Stadtplanungsausschuss gestoppt, weil er neue Planungsziele verfolgt.

Das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplans Lohbrügge 87 (Dorfanger Boberg) wurde nach mehrmaligen Beratungen und Zustimmungen des Stadtplanungsausschusses eingeleitet. Hierzu wurden die Fachbehörden beteiligt, der Aufstellungsbeschluss abgestimmt und vom Bezirksamtsleiter gefasst. Das Verfahren wurde durch einen Beschluss des Hauptausschusses gestoppt und die Einstellung des Verfahrens mit den berührten Fachbehörden abgestimmt. Der Bezirksamtsleiter hat am 18.11.04 den Beschluss zur Aufhebung des Verfahrens gefasst.

Die Aufhebung der Veränderungssperre Curslack 16 wurde abgestimmt. Für einen Teilbereich von Curslack 17 wurde eine Veränderungssperre zur Sicherung der Planung erlassen.

Zum Thema "Entwicklung von Natur und Landschaft auf Grundlage von Bebauungsplänen" wurde ein Informationsblatt für die Bürger entworfen und mit dem Stadtplanungsausschuss abgestimmt (Stichworte: Umsetzung von Uferrandstreifen, Streuobstwiesen, Grabenbiotope).

Aus Mitteln des Fördersystems „Wachsende Stadt“ soll in Abstimmung mit der Bezirksversammlung die Planungsabteilung zeitlich befristet personell verstärkt werden. Insgesamt ist der Bezirk seinem Ziel, verlässliches Planungsrecht für den Bezirk zu schaffen, näher gekommen. Somit kann die gewünschte städtebauliche und landschaftsplanerische Entwicklung vom Bezirksamt und seinen politischen Gremien gesteuert werden, auch wenn eine Reihe von Plänen noch nicht rechtskräftig geworden sind.

3.2.4 Städtebaurechtliche Bauberatung, städtebauliche Stellungnahmen, Baukommission, Abwägungen nach § 125 Absatz 2 BauGB

Städtebauliche Auskünfte und Beratungen vor Antragsstellung werden von der Genehmigungsabteilung wahrgenommen. Die Planungsabteilung wurde in Einzelfällen beteiligt.

Städtebauliche Auskünfte wurden aber auf besonderen Wunsch bzw. bei direktem Einschalten durch den Antragsteller erteilt.

In der Baukommission Bergedorf wurden im Jahre 2004 aus dem Antragsvolumen der Genehmigungsabteilung ca. 400 Anträge beurteilt. Ein großer Anteil der zu beurteilenden Vorhaben liegt in Gebieten mit älterem Planungsrecht und entspricht nicht mehr der heutigen Genehmigungspraxis. Daher wurden in großer Zahl Befreiungen zum Planungsrecht geprüft. Eingeschlossen sind Anträge für Sondernutzungen auf öffentlichem Grund, z.B. zum Aufstellen von Warenständern, Tischen und Stühlen zur Bewirtung.

In der Baukommission Vier- und Marschlande waren, da für den größten Teil des Gebietes der Baustufenplan von 1955 gilt, in der Regel aufwändige Einzelbeurteilungen nach §§ 34 und 35 BauGB oftmals mit eingehender Ortsbesichtigung erforderlich.

3.2.5 Landschaftsplanung

Entwicklungsplanung

Im Bereich vorbereitende Landschaftsplanung wurde in enger interdisziplinärer Zusammenarbeit der Fachrichtungen "Städtebau" und "Landschaftsplanung" für einen Bereich nördlich der Straße Reinbeker Redder das Leitbild, welches die landschaftsstrukturellen Gegebenheiten mit beabsichtigten Bauflächenentwicklungen in Einklang bringt, auf weitere

Teilflächen in der Gemarkung Oststeinbek ausgedehnt und erfolgreich mit der Gemeindeverwaltung Oststeinbek abgestimmt.



Die landschaftsplanerische Voruntersuchung zur Bereitstellung von Kleingartenflächen im Raum Kirchwerder wurde fertiggestellt und in Verwaltung und Politik vorgestellt.

Weiter betreut wurde die von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt in Auftrag gegebene Untersuchung "Darstellung von Ausgleichsflächenpotentialen", da noch keine abschließende flächendeckende Untersuchung für den Bezirksamtsbereich vorgelegt wurde.

Im Rahmen des neu installierten Arbeitskreises Naturschutz (abteilungsübergreifend Planungs-, Genehmigungs- und Tief- und Gartenbauabteilung) wurde Kontakt mit den Naturschutzverbänden gehalten und maßgeblich an der Erarbeitung des Leitfadens „Strategie Vier- und Marschlande – Kulturlandschaft mit Zukunft – Ein Leitfaden für Politik und Verwaltung“ (vom Ortsausschuss Vier- und Marschlande am 16.11.2004 beschlossen) mitgewirkt.

Verbindliche Landschaftsplanung

In 2004 konnten nach Beschluss durch die Bezirksversammlung mit den Huckepack-Bebauungsplänen Kirchwerder 20 (Heinrich-Osterath-Straße Ost) und Kirchwerder 25 (GALA-Bau-Betrieb Warwischer Hinterdeich) zwei Pläne zur Genehmigung an die BSU abgegeben werden, in denen insbesondere die landschaftsplanerischen Festsetzungen zu den Uferschutzstreifen an der Gose-Elbe, zur extensiven landwirtschaftlichen Nutzung und zum Wechsel von Bebauung und Landschaft („Landschaftskorridore/ Landschaftsfenster“) ihren Niederschlag gefunden haben.

3.3 Genehmigungsabteilung

Leitung: Arne Dornquast, Tel. 42891 – 2058, bis 31.07. 2004 Eckhard Kolwa

		2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen		22,68	24,3	24,24
Einnahmen in €	Soll	1.322.513	1.193.517	745.759
	Ist	1.037.058	1.034.105	696.940
Ausgaben in €		11.574	6.590	8462

Das Konzept der Genehmigungsabteilung stellt darauf ab, dass alle wesentlichen zur Abwicklung eines Bauvorhabens erforderlichen Informationen, Genehmigungen und Erlaubnisse in einer Dienststelle eingeholt werden können. Der Bezirk Bergedorf hat hierfür hamburgweit die Vorreiterrolle übernommen. Kernstück der Abteilung ist die klassische Bauprüfabteilung mit all den dazugehörigen Aufgaben.

Ergänzt wird dieses Aufgabenspektrum um hoheitliche Aufgaben, die aus der Verwaltungsabteilung, der Tief- und Gartenbauabteilung, dem Naturschutzreferat, der Wasserwirtschaft und dem Einwohneramt übernommen wurden. Auch die Beratung zu Fragen des Städtebaus und der Baugestaltung erfolgt in der Genehmigungsabteilung.

Die Konzentration der kundenorientierten Aufgaben des Bauamtes in der Genehmigungsabteilung hat sich insofern positiv ausgewirkt, als Probleme in einem größeren baurechtlichen Zusammenhang beurteilt werden können, was zu reibungsloseren Entscheidungen innerhalb des Bauamtes und für den Kunden zur Verkürzung von Bearbeitungszeiten geführt hat.

Aufgrund der räumlichen Trennung und der lediglich im Kernbereich vertretenen Rechtsbereiche des Wege-, Wasser- und Naturschutzrechts sowie des Wohnraumschutzes konnte

die stark kundenorientierte Arbeitsweise leider nur zum Teil auf die Arbeit der Bauprüfdienststelle des Ortsamtes übertragen werden.



Bauaufsicht

Die Aufgaben der Bauaufsicht bei der Errichtung, Änderung und dem Abbruch baulicher Anlagen lassen sich wie folgt einteilen:

- Vollzug der städtebaulichen Planung
- Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, Verhinderung unzumutbarer Belästigungen
- Baupflege
- Vollzug von Anforderungen, die nach anderen Rechtsvorschriften an bauliche Anlagen zu stellen sind (soweit hierfür nicht andere Behörden zuständig sind)

Für den Bezirk (ohne den Ortsamtsbereich) ergeben sich folgende Fallzahlen und Einnahmen:

		2002	2003	2004
Wohnbauvorhaben		382	548	311
Anzahl genehmigter Wohnungen		260	375	106
Gewerbliche Bauvorhaben		102	98	115
Sonstige bauaufsichtliche Verfahren		500	621	1720*
Anzahl der Grundstücksteilungen		37	51	31
Anzahl der Owi-Verfahren		4	6	2
Einnahmen in €	Soll	598.754	566.915	475.296
	Ist	432.528	531.487	451086

* Erstmals wurden in 2004 Aktenausleihungen und –einsichten, Herstellung ordnungsgemäßer Zustände nach VawS und Haustechnik, Eingaben und Anfragen sowie Schornsteinfegerangelegenheiten in BaCom erfasst.

Das Jahr 2004 war, wie schon das Vorjahr, durch eine schwache Baukonjunktur geprägt. Bemerkenswert ist dennoch der bedeutsame Rückgang genehmigter Wohnungen. Die Ursache liegt darin begründet, dass in den Neubaugebieten Allermöhe und Dorfanger Boberg aufgrund der Marktlage fast keine Bauanträge mehr für den Geschosswohnungsbau gestellt wurde. In den anderen Gebieten des Bezirksamtes stellt sich die Wohnbautätigkeit immer noch zurückhaltend dar.

Wohnraumschutz und Haustechnik

Die Aufgaben des Sachgebietes sind:

Verhinderung der Zweckentfremdung von Wohnraum, Erhalten gesunder Wohnverhältnisse, Überwachung haustechnischer Anlagen auf Einhaltung regelmäßiger Überprüfung durch Sachverständige.

Bescheide über die Zweckentfremdung werden erforderlich, wenn Wohnungen für andere Zwecke als zum Wohnen genutzt oder wenn Wohngebäude abgebrochen werden. Mit der Genehmigung über die Zweckentfremdung ist Ersatzwohnraum nachzuweisen.



B/BA3 (auch für VM-Gebiet)	2002	2003	2004
Genehmigungen für die Zweckentfremdung von Wohnraum	5	5	7
Vorgänge Wohnraumschutz	164	132	115
Vorgänge Haustechnik	61	77	125

Abschnitt Umwelt

Im Abschnitt Umweltschutz der Genehmigungsabteilung sind folgende Aufgabenbereiche zusammengefasst:

- Gewässerschutz (Bauvorhaben in und unmittelbar an Gewässern, Gewässernutzungen, Gewässerverunreinigungen. Im Bereich des Gewässerschutzes sind Genehmigungsverfahren sowie Routinekontrollen auszuführen (z. B. Grabenschau, Einleitgenehmigungen).
- Naturschutz (Gehölzschutz, Ausgleichs und Ersatzmaßnahmen bei Bauvorhaben in Landschaftsschutzgebieten und im Außenbereich, Kontrolle der Ausgleichsmaßnahmen in B-Plangebieten).
- Grundstücksentwässerung; Regen- und Abwasserableitung bei Bauvorhaben, stichprobenartige Überprüfung von Anzeigen, anlassbezogene Überprüfung von Abwassermisständen, Festlegung von Hausanschlüssen an neu errichteten öffentlichen Sielanlagen (Erschließungsgebiete).
- Überwachung von Heizölbehältern bei Kleinf Feuerungsanlagen. Gegenstand der Überwachung von Heizölbehälteranlagen im Zusammenhang mit Kleinf Feuerungsanlagen ist einerseits die Entgegennahme von Anzeigen, andererseits aber auch die Kontrolle termingerechter Sachverständigenprüfungen sowie ggf. deren anlassbezogene Durchführung.

In allen Arbeitsbereichen ist die Umsetzung gesetzlich festgeschriebener Mindestanforderungen einzufordern bzw. zu überwachen.

B/BA 3 (auch für Vm – Gebiet)	2002	2003	2004
Ausnahmen nach der Baumschutzverordnung	468	392	444
Sonstige naturschutz- rechtliche Verfahren	144	203	102
Anzahl wasserrechtliche Verfahren	690	498	310
Anzahl anzeigepflichtiger Anlagen nach VAWS	1093	1093	1347
Owi-Verfahren	0	0	16
Anzahl der Widersprüche	11	22	7
Anteil der erfolgreichen Widersprüche in %	9	1	0
Einnahmen Soll	240.837	99.900	46.834
Ist			45.993

Sondernutzung

Sondernutzungsbescheide werden erforderlich, wenn eine Nutzung der öffentlichen Wegeflächen gewünscht wird, die über den Gemeingebrauch hinausgeht oder zum Schutz der öffentlichen Wege bestimmte Nutzungen unterbunden werden müssen. Als Beispiele für diese Nutzungen sind zu nennen: Das Aufstellen von Informationsständen für Parteien und Vereine, Aufstellen von Baugerüsten oder Schuttcontainern, Unter- und Überbauungen des öffentlichen Grundes mit privaten Leitungen, Werbeanlagen, Balkonen etc. und das unbefugte Abstellen von Kfz auf öffentlicher Fläche.



B/BA3 (auch für Vm-Gebiet)		2002	2003	2004
Anzahl der Sondernutzungen		1.556	1.830	2008
Anzahl der Owi – Verfahren		195	165	201
Einnahmen in €	Soll	251.604	254.492	223.630
	Ist	222.470	153.570	199.861

Die Anzahl der Sondernutzungen ist gestiegen, was aus dem Anstieg der kurzfristigen Sondernutzungen um 22 % resultiert. Die Anzahl der langfristigen Sondernutzungen hingegen ist etwas zurückgegangen. Die Anzahl der verfolgten Ordnungswidrigkeiten konnte um 30 % gesteigert werden. Dieses war durch den vorübergehenden Einsatz eines Verwaltungspraktikanten möglich.

Dem Einnahmeüberschuss für Sondernutzungen i.H.v. ca. 24.000,-- EUR steht ein Einnahmedefizit bei der Kfz-Beseitigung von ca. 33.000,-- EUR gegenüber. Der Überschuss spiegelt sich im Defizit des letzten Jahres wider, da kurz vor Jahresende 2003 eine große Anzahl von Gebühren haushaltstechnisch zum Soll gestellt wurden, deren Fälligkeiten jedoch erst im folgenden Kalenderjahr (2004) lagen.

3.4 Garten- und Tiefbauabteilung

Leitung: B/BA 40/1 Hans Grote, Tel. 4 28 91 20 69
 B/BA 40/2 Christine Els-Meltzer, Tel. 4 28 91 22 77

Zum 1.1.2004 hat die neue Garten- und Tiefbauabteilung nach intensiver Vorarbeit ihre Arbeit aufgenommen.

Für das gesamte Jahr 2004 war die Abteilung noch auf insgesamt 5 Standorte verteilt : Kampweg 4 (BA 41 teilweise, BA 43, BA 44), Chrysanderstraße 2 d (BA 41 teilweise, BA 42), August-Bebel-Straße 200 (Friedhofsbüro, Friedhofsrevier), Moorfleeter Deich 532 (Gartenbaurevier), Plettenbergstraße 12 c (Gartenbaurevier).

Erst mit der Fertigstellung der Neubauten am Kampweg 4 werden alle Mitarbeiter an einem Standort ihren Arbeitsplatz finden. Bis zu diesem Zeitpunkt bleiben viele Verfahrensabläufe innerhalb der Abteilung von diesem Provisorium beeinflusst, so dass sich die erhofften Synergie-Effekte erst ab Ende 2005 vollständig einstellen werden.

	2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen ^{1) 2)}	101,26	98,6	89,57
Soll-Einnahmen ³⁾	1.695.000	1.619.000	1.778.000
Ist-Einnahmen	1.561.000	1.576.000	1.586.000
Ausgaben ¹⁾	17.997.000	14.577.000	12.851.000

- 1) Zum 1.1.2004 sind die Tiefbauabteilung (B/BA 5) und die Garten- und Friedhofsabteilung (B/BA 6) zur Garten- und Tiefbauabteilung verschmolzen worden. Für 2002 und 2003 sind die Daten der beiden Abteilungen addiert worden.
- 2) Einschl. Auszubildende, ohne Mitarbeiter externer Beschäftigungsträger (HAB, Alsterarbeit etc.)
- 3) Gebühren, Arbeiten für fremde Rechnungen bei Wiederherstellungen nach Sondernutzungen



Ausbildung, Beschäftigungsmaßnahmen	2002	2003	2004
Anzahl Auszubildende GaLaBau Verwaltung	5 1	7 1	10,33 0
Anzahl ABM – Mitarbeiter über Freie Träger (Sprungbrett)	10	5	10
Anzahl Job Start – Mitarbeiter	5	0	0
Beschäftigungs - Tage straffällig ge- wordener Jugendlicher	135	130	125
Hamburger Arbeit Beschäftigungs- programm -Leichtarbeitsplätze ab 01.10.02	5 10		30 24
ANSCHUB-zum Erfolg Schule Richard-Linde-Weg	3	2	2

Aufgrund der zunehmend knapper werdenden Personal- und Haushaltsmittelausstattung werden die der Garten- und Tiefbauabteilung obliegenden Aufgaben und deren Bearbeitung im "Tagesgeschäft" in Prioritäten eingeteilt.

Priorität 1 (vorrangig zu erreichen)

- Gewährleistung der Sicherheit des öffentlichen Grundes
- Erhaltung des Abflussvermögens der städtischen Gewässer
- Gewährleistung stabiler Wasserstände
- Gewährleistung einer bedarfsgerechten Pflege und der Erhaltung der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen.
- Gewährleistung der Verkehrssicherheit der öffentlichen Grünanlagen und der Spielplätze
- Gewährleistung der Verkehrssicherheit der städtischen Bäume, insbesondere der Straßebäume
- Gewährleistung von Rufbereitschaft und Notmaßnahmen bei Betriebsstörungen
- Gewährleistung einer kundenorientierten Friedhofsverwaltung
- Hoheitliche Aufsicht über Natur- und Landschaftsschutzgebiete
- Fach- und zeitgerechte Beantwortung von Anfragen von Bürgern und politischer Gremien
- Abwicklung von Investitionsbauvorhaben in einer Höhe von bis zu 15 Mio. Euro p.a. an Straßen, Grünanlagen, Spielplätzen und Gewässern; für Erschließungen, Grundinstandsetzungen und Neu-, Um- und Ausbau, einschl. einer termingerechten und wirtschaftlichen Vorbereitung und Umsetzung

Priorität 2

- Substanzverbesserung der öffentlichen Verkehrsanlagen, Grünanlagen, Gewässer und Deiche
- Erhaltung und Entwicklung der städtischen Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes, Verbesserung der wasserwirtschaftlichen und ökologischen Verhältnisse
- Fach- und zeitgerechte Mitwirkung an Planungen Dritter

In 2004 sind insbesondere folgende Projekte und Aufgabenbereiche bearbeitet worden :

- Umsetzung von Unterhaltungsaufwendungen im gesamten Straßennetz des Bezirks in einem Volumen von ca. 1,4 Mio. Euro einschl. überplanmäßiger Verstärkungsmittel der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
- Umsetzung von Unterhaltungsaufwendungen an wasserwirtschaftlichen Anlagen in einem Volumen von ca. 1,3 Mio. Euro
- Entwurfsbearbeitung und Bauausführung für die Grundinstandsetzung des Billwerder Billdeiches in mehreren Bauabschnitten



- Grundinstandsetzungen am staatlichen Ent- und Bewässerungssystem in den Vier- und Marschlanden
- Grundinstandsetzungen im nachgeordneten Straßennetz in einem Volumen von ca. 1,2 Mio. Euro.
- Vorbereitung und Ausführung von diversen Erschließungsmaßnahmen
- Weiterführung des Straßenbaus in der Wohnerschließung Neuallermöhe-West
- Fertigstellung von zwei Spielplätzen in der Wohnerschließung Neuallermöhe-West
- Fertigstellung der Grünanlage Schlüterpark und Spielplatz St.Annenhof am Billwerder Billdeich
- Fertigstellung des Moslemgrabfeldes mit Feierhalle
- Fertigstellung des 1. Bauabschnitts zur Neugestaltung des Herzog-Carl-Friedrich-Platzes

Die Tätigkeit der Garten- und Tiefbauabteilung wird auch in folgenden Zahlen deutlich :

Angaben in Euro	2002	2003	2004
Investitionsmittel Straße ¹⁾	8.150.000	6.040.000	6.020.000
Davon: Honorarausgaben	400.000	510.000	260.000
Erschließungsmittel (Bau)	4.420.000	1.740.000	1.460.000
Neu-, Um- und Ausbau	300.000	460.000	1.060.000
Grundinstandsetzung	3.030.000	3.330.000	3.240.000
Investitionsmittel Gewässer und Deiche ¹⁾	960.000	560.000	853.000
Davon: Honorarausgaben	90.000	92.000	22.000
Erschließungsmittel (Bau)	0	0	0
Neu-, Um- und Ausbau	220.000	160.000	350.000
Grundinstandsetzung	650.000	308.000	481.000
Investitionsmittel Grünanlagen ¹⁾	3.120.000	2.560.000	2.580.000
Davon: Honorarausgaben	80.000	55.000	40.000
Erschließungsmittel	2.040.000	1.490.000	1.460.000
Neu-, Um- und Ausbau	650.000	700.000	760.000
Grundinstandsetzung	350.000	315.000	320.000

Unterhaltung Straße ¹⁾	2002	2003	2004
Angaben zum Anlagenbestand Fläche der zu unterhaltenden Straßen einschl. Nebenflächen in m ²	5.430.000	5.430.000	5.430.000
Aufgrabescheine	1.917	1.750	1.670
Ausgaben	1.350.000	1.670.000	1.186.000
Unterhaltung Gewässer und Deiche ¹⁾	2002	2003	2004
Angaben zum Anlagenbestand: Flächengröße in ha	415	415	415
Ausgaben	1.286.000	1.470.000	1.320.000

¹⁾ Aus unterschiedlichen Titeln

Unterhaltung Straßenbegleitgrün	2002	2003	2004
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße m ²	2.840.000	2.840.000	2.840.000
Anzahl der Bäume	18.971	19.100	19.400
Ausgaben	213.000	336.000	233.800



Unterhaltung Kleingärten	2002	2003	2004
Angaben zum Anlagenbestand			
Flächengröße in m ²	1.780.000	1.815.000	1.830.000
Anlagen	26	27	28
Ausgaben	82.000	50.000	55.000
Unterhaltung von Brücken und Ingenieur-Bauwerken	2002	2003	2004
Angaben zum Anlagenbestand			
Flächengröße in m ²	43.389	43.389	43.389
Anzahl	464	464	464
Ausgaben	95.000	75.000	32.000

Unterhaltung öffentl Grünanlagen	2002	2003	2004
Angaben zum Anlagenbestand			
Flächengröße m ²	7.055.556	7.500.500	7.500.500
Anzahl	216	218	218
Ausgaben	836.000	662.000	848.000
Einnahmen (Benutzungsgebühren, Schadensersatz, usw.)	Soll	18.688	13.163
	Ist	17.765	13.163
			24.056
			22.944

Friedhof		2002	2003	2004
Angaben zum Bestand				
Flächengröße in m ²		686.937	686.937	686.937
Investitionsausgaben		117.000	18.000	¹⁾ 300.000
Unterhaltungsausgaben		284.000	278.000	370.000
Bestattungen				
(Erdbestattungen)		351	331	308
(Urnenbestattungen)		389	427	392
Einnahmen in	Soll	1.329.000	1.256.000	1.220.000
	Ist	1.227.000	1.264.000	1.208.000
Kostendeckungsgrad in %		96	90	92

¹⁾ Neubau Moslemfriedhof

Naturschutzgebiete	2002	2003	2004
Angaben zum Bestand			
NSG : Die Reit, Kiebitzbrack, Zol- lenspieker	160.000	160.000	160.000
Flächengröße in m ²			
Ausgaben für Pflege	6.000	15.000	9.700

Amtshilfen ²⁾	2002	2003	2004
Ausgaben	350.000	320.000	278.000

²⁾ Unter Amtshilfe fallen z.B. Arbeiten für fremde Rechnung, Schnee- und Eisbeseitigung, Herrichtung von Depotcontainerstandorten



4. JUGEND-UND SOZIALDEZERNAT

Leitung: Pia Wolters, Tel. 42891-2300

	2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen	128,62	129,0	121,61
Sachkostenbudget in €			
Ansatz und Rest Vorjahr	Soll 60.376	63.328	54.491
Ausgaben	Ist 60.376	61.463	
übertragbarer Rest	0	1.865	

betreute Fachausschüsse	Jugendhilfeausschuss, Fachausschuss für Gesundheit und Soziales
-------------------------	-----------------------------------------------------------------

5.1 Jugendamt (Jugendhilfe)

	2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen ¹⁾	71,04	72,87	67,42

1) Das Beschäftigungsvolumen wird ab 2003 ermittelt.

Übergreifende Planung und Steuerung

Die Jugendhilfeplanung hat auch im Jahr 2004 weiter an der Vernetzung aller Träger der Jugendhilfe gearbeitet. Die beiden Arbeitsgemeinschaften nach § 78 KJHG tagen, nach erfolgreicher Einführung in 2003, weiterhin gemeinsam.

In 2004 wurde der Jugendhilfeplan für Bergedorf ständig ergänzt und in verschiedenen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses und in der AG nach § 78 KJHG diskutiert. Im Januar 2005 ist der Bericht im Jugendhilfeausschuss endgültig vorgestellt worden.

Der „Kindertag Bergedorf“, der am 18.06.04 durchgeführt wurde, war so erfolgreich, dass für 2005 ein 2. Kindertag geplant ist.

Im Zuge der Weiterentwicklung der Jugendhilfe und den damit verbundenen SAE Projekten (*Sozialräumliche Angebotsentwicklung*) wurde für Bergedorf-West das neue Projekt „Faktiv“ installiert.

Um einen wesentlichen Bereich der ambulanten Hilfen zur Erziehung weiterzuentwickeln wurden mit verschiedenen Trägern Kooperationen vereinbart und unter „BEREGIO“ eingeführt. Diese, auch kostensparende, Arbeitsweise und Entwicklung wurde im Herbst leider durch das Verwaltungsgericht unterbunden.

Zur Verbesserung der Qualität bei notwendigen Fremdplatzierungen von Kindern und Jugendlichen außerhalb ihrer Familie wurde ein Aufnahmemanagement geschaffen und eine Konzeption hierfür erstellt.

In 2004 wurden zudem noch 2 Datenbanksysteme neu eingeführt:

- Die Datenbank „HzE“ für die Hilfen zur Erziehung
- Die Datenbank „INEZ“ für den Zuwendungsbereich

Ziele für 2005

Durchführung des 2. Kindertages in Bergedorf sowie die Erstellung einer Geschäftsprozessanalyse mit der dazugehörigen Geschäftsprozessoptimierung. Weiterhin soll das wirtschaftliche Handeln im Jugendamt optimiert werden. Das Thema Suchtprävention soll ebenfalls verstärkt bearbeitet werden. Die Aufgabe der Jugendhilfeplanung wird ab 2005



nicht mehr mit eigener Stelle wahrgenommen, was zu Einschränkungen in dem Tätigkeitsbereich führen wird.

Offene Kinder und Jugendarbeit/Straßensozialarbeit

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Ab 2003 wurden die Konzepte der Zuwendungsbearbeitung umgesetzt. Hierbei wurde ein detailliertes Berichtswesen installiert.

Ab Oktober 2004 wurde mit der Datenerfassung im INEZ-Verfahren begonnen. Dies hat zu einer erheblichen Bindung der Arbeitskapazität geführt. In 2004 konnten die Verwendungsnachweisprüfungen für das Zuwendungsjahr 2003 deshalb nicht ganz abgeschlossen werden.

In 2004 kam als neues Weiterentwicklungsprojekt „F.aktiv - Schnittstellenprojekt Bergedorf-West“ hinzu, so dass im Zuwendungsbereich insgesamt 50 Projekte in 2004 betreut wurden. Hinzu kamen noch 4 einmalige Projekte im Bereich der Tronc-Abgabe sowie 2 größere Baumaßnahmenprojekte („Haus Warwisch“ und „Unser Haus“) mit einem Volumen von ca. 165 T€.

Auch wenn neue Maßnahmen der sozialen Stadtteilentwicklung zentral vom Verwaltungsdezernat übernommen wurden, werden bereits begonnene Maßnahmen durch das Jugend- und Sozialdezernat weiter betreut.

Ziele für 2005

Einführung des Datenbanksystems INEZ, wobei in der Anfangszeit mit Mehraufwand gerechnet wird, sowie die Projektförderung mit einem Volumen von ca. 2,8 Mio. Euro (ohne einmalige Förderungen, aber incl. Soziale Stadtteilentwicklung).

In den **Häusern der Jugend** wurde in 2004 weiterhin ein umfangreiches und differenziertes Programmangebot entsprechend der Rahmenkonzepte vorgehalten. Trotz bestehender Stellenvakanzen in beiden Einrichtungen gelang es erneut, die Regelöffnungszeiten konstant über fast 50 Kalenderwochen und eine 14-tägige Ferienreise ohne Ausfälle sicherzustellen. Im Jahresverlauf konnten in beiden Häusern erfreulicherweise jeweils die zweiten Erzieherstellen nachbesetzt werden.

Die konzeptionelle und veranstaltungsbezogene Zusammenarbeit beider HdJs hat sich weiter entwickelt. Sichtbare Ergebnisse dieser verbesserten Kooperation sind der gemeinsam herausgegebene „Monats-Flyer“, die mit Teilnehmern aus beiden Häusern durchgeführte Ferienreise sowie weitere kooperative Angebotsdurchführungen, unter anderem beim Bergedorfer Kindertag.

Das HdJ Heckkatzen ist seit 2004 nicht nur räumlicher Standort, sondern direkter Kooperationspartner eines neuen, von der Pestalozzi-Stiftung betriebenen Projektes „F.aktiv“ der sozialräumlichen Angebotsentwicklung.

Das Jahr 2004 war in zwei **Spielhäusern** geprägt durch den Personalwechsel der Leitungskräfte (Ruhestand der bisherigen Leiterinnen). Sehr positiv für den Fortbestand der Regelangebote war, dass in beiden Fällen ein praktisch nahtloser Übergang in der Leitungsposition erfolgen konnte.

Im übrigen lag die primäre Aufgabe der Spielhäuser in der kontinuierlichen Umsetzung des Rahmenkonzepts „Spielhaus der Zukunft“. Die Einbindung ehrenamtlichen Engagements in die Vormittagsangebote für nicht schulpflichtige Kinder stellt für die Leiterinnen weiterhin eine anspruchsvolle Aufgabe dar, verläuft in allen 4 Einrichtungen aber sehr erfolgreich. Die Schwerpunktsetzung bei den Nachmittagsangeboten für Schulkinder wurde beibehalten. Vereinzelt konnten hier sogar noch frühere „Lücke-Zeiten“ durch regelmäßig stattfindende Interessenangebote geschlossen werden.



Ein Angebotshighlight war für die Spielhäuser (im Verbund mit den Häusern der Jugend) die Beteiligung am 1. Bergedorfer Kindertag. Das vielfältige und aufeinander abgestimmte Spiel-, Erlebnis- und Informationsangebot über die gesamte Bergedorfer Schlosswiese veranschaulichte sehr deutlich, welches enorme haupt-, neben- und ehrenamtliche Leistungspotenzial in diesen offenen Kinderfreizeiteinrichtungen vereint ist.

Ziel für 2005

Kontinuierliche konzeptionelle Weiterentwicklung der Angebote und die aktive Teilnahme am 2. Bergedorfer Kindertag.

Abteilung B / JA I / KJ und GZ	2002	2003	2004
Anzahl der Stellen (Innendienst JA)	2,75	3	3
Bewirtschaftetes Finanzvolumen (Haus- haltsansätze) in T€	2.243	2.334	2.668

Kinder- und Jugendarbeit / Jugend- sozialarbeit	2002	2003	2004
Anzahl der kommunalen Einrichtungen, die Angebote der Kinder- und Jugend- arbeit bereitstellen	8	8	7
Häuser der Jugend	2	2	2
Spielhäuser	4	4	4
Projekte Straßensozialarbeit	2	2	1
Anzahl der Stellen in den kommunalen Einrichtungen (HdJ; SpH; Strastos)	13,60	13,28	14,50

Anzahl der Stellen bei freien Trägern	33	33	33
Anzahl der zuwendungsfinanzierten Stellen	28	27	27
Zuwendungsvolumen in T€ ¹⁾	2.243	2.334	2.668

1) Nominelles Gesamtvolumen aller Zuwendungsbescheide des betreffenden Kalenderjahres (incl. einmaliger kleinerer Investitionszuschüsse und temporärer Sondermaßnahmen).

Förderung der Erziehung in der Familie

Im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie wurden über Zuwendungen insgesamt 6 Projekte gefördert.

Das Kinder- und Familienhilfezentrum Lohbrügge hatte im März 2001 seine Räume in der Lohbrügger Landstraße 104 bezogen und die Arbeit aufgenommen. Die Entwicklung war gekennzeichnet durch die Weiterentwicklung bedarfsgerechter Angebote. Das Kifaz Lohbrügge hat sich aktiv beteiligt an der Vernetzung der Einrichtungen im Jugendbereich und pflegt eine gute Zusammenarbeit mit einigen Schulen, insbesondere mit der Schule Mendelstraße. Die angebotenen Kurse sind gut besucht. Die Arbeit im Kinder- und Familienhilfezentrum Neuallermöhe lief kontinuierlich weiter, die Nachfrage nach den dortigen Kursangeboten und Beratungsleistungen ist unverändert hoch.

Das Mütterzentrum im Reetwerder ist gekennzeichnet durch ehrenamtliche Arbeit. Entsprechend sind die Öffnungszeiten beschränkt. Die dort tätigen Frauen gestalten die Angebote bedarfsentsprechend und flexibel. Im Jahr 2004 fand ein Wechsel bei den Vor-



standsfrauen statt. Die neuen Vorstandsmitglieder müssen sich in die Aufgabe einarbeiten.

Hilfen zur Förderung der Erziehung in der Familie (sowie 1 Kooperationsprojekt m.d. JGH)	2002	2003	2004
Anzahl geförderter Projekte ¹⁾	6	6	6
Anzahl der zuwendungsfinanzierten Stellen	6,5	6,5	6,5
Zuwendungsvolumen in TE ²⁾	525	504	509
Anzahl der kommunalen Erziehungsberatungsstellen	1	1	1
Anzahl der Stellen in der Erziehungsberatung	3,5	3,1	3,5
Anzahl der Neuanmeldungen in der Erziehungsberatung	265	244	254
Anzahl der betreuten Familien	315	296	260

1) Regelmäßige Projektförderungen / Jahresförderungen.

2) Nominelles Gesamtvolumen aller Zuwendungsbescheide des betreffenden Kalenderjahres (incl. einmaliger kleinerer Investitionszuschüsse und temporärer Sondermaßnahmen).

Erziehungsberatungsstelle

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Die Erziehungsberatungsstelle Bornbrook leistet Jugendhilfe im Rahmen der SGB VIII. Sie bietet Kindern, Jugendlichen und Familien bei Erziehungsfragen, Verhaltens- und Leistungsstörungen und bei Kommunikations- und Beziehungsproblemen innerhalb der Familie Beratung und therapeutische Hilfen an.

Entwicklungstendenzen

Die Zahl der Eltern, die bereit sind, schon frühzeitig bei Problemen Hilfe in Anspruch zu nehmen, ist stark gestiegen. Das führt im Einzelfall dazu, dass der Beratungs- und Behandlungsumfang geringer und das Hilfsangebot wesentlich wirkungsvoller ist, als in den Fällen, bei denen sich aus Problemlagen schon schwere Störungen manifestiert haben.

Der Anteil von Alleinerziehenden bzw. von Familien, die nicht mehr in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung bestehen, ist weiterhin sehr hoch.

Verhaltensauffälligkeiten im Grundschulalter nehmen einen großen Raum in Anspruch. Motorische Unruhe, starke Konzentrationsstörungen, Aggressionen beeinträchtigen das Sozial- und Lernverhalten. In verstärktem Maße suchen mittlerweile sowohl Aussiedler als auch ausländische Familien die Erziehungsberatungsstelle auf.

Seit dem 01.01.2002 ist die Erziehungsberatungsstelle auch für Zuschüsse bei der Familienerholung zuständig.

Zum 01.07.2004 ging eine langjährige Mitarbeiterin der Erziehungsberatungsstelle in den Ruhestand. Ihre Stelle wurde 6 Monate bewirtschaftet.

Seit dem 01.01.2005 führen 3 Fachkräfte auf 2,75 Stellen die Beratung für die Erziehungsberatungsstelle in Bergedorf durch, zuzüglich einer Verwaltungskraft, die im April auschied. In bezug auf die Anzahl der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahren im Bezirk ist eine Stelle Beratung für ca. 8.560 Minderjährige zuständig.



Elternschulen

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Elternschulen arbeiten präventiv auf der gesetzlichen Grundlage des § 16 SGB VIII. Sie fördern durch ihre Angebote die eigenverantwortliche Wahrnehmung von Erziehungsverantwortung. Gleichmaßen haben Elternschulen die Aufgabe, junge Menschen in der Vorphase der Familiengründung auf Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vorzubereiten.

Angebote der Familienbildung sollen bei Konflikten und Krisen Lösungsmöglichkeiten zur eigenständigen Bewältigung aufzeigen. Darüber hinaus trägt Familienbildung dazu bei, das Gesundheitsbewusstsein zu stärken, Selbsthilfepotenziale zu erschließen und zur aktiven Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen anzuregen. Durch niedrigschwellige Angebote fördern die Elternschulen Kontakte und Erfahrungsaustausch und leisten Beiträge zur Verhinderung von Isolation.

Die Angebote der Elternschulen werden zweimal jährlich in einem Programmheft veröffentlicht. Die Angebotsstruktur besteht aus offenen Angeboten, festen Gruppen in Kursform sowie themenbezogenen Gruppen- und Einzelangeboten.

Für das vergangene Jahr konnte festgestellt werden, dass der Anteil ausländischer Kursteilnehmer, insbesondere bei den offenen Angeboten, stark zugenommen hat. Ebenso der Anteil der männlichen Besucher.

	2002	2003	2004
Anzahl der kommunalen Elternschulen	2	2	2
Anzahl der Kurse in kommunalen Elternschulen ¹⁾	126	130	130
Anzahl der Kursteilnehmer (ohne offene Angebote)	1.759	1.875	2.058
Anzahl der offenen Angebote in kommunalen Elternschulen	13	13	12
Anzahl der Teilnehmer von offenen Angeboten in kommunalen Elternschulen	1.802	1.971	2.262

1) Die Kurse können allgemein als voll ausgelastet angesehen werden.

Kindertagesbetreuung

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Die Abteilung für Kindertagesbetreuung besteht aus den Bereichen Kindertagesstätten, Kindergärten/Pädagogische Mittagstische und Tagespflege. Die wahrzunehmenden Aufgaben sind u. a. die Beratung der Eltern über Einrichtungen und Platzangebote, bei nicht bestehendem Rechtsanspruch die Prüfung und Zuordnung von Bewilligungskriterien, Vermittlung von behinderten Kindern in geeignete Integrationsgruppen, Berechnung von Teilnahmebeiträgen und Erteilung von Kita-Gutscheinen, Werbung und Qualifikation von Tagespflegepersonen.

Kennzeichnend für das Jahr 2004 waren die diversen Änderungen zur Verbesserung des Kita-Gutschein-Systems und die damit verbundenen nicht unerheblichen Schwierigkeiten insbesondere in der Beratung der Eltern. Gleichwohl ist es der Abteilung aufgrund der hohen Motivation gelungen, die gesteckten Ziele, Bescheiderteilung innerhalb von 15 Tagen nach Antragstellung, zu erreichen. Darüber hinaus wurde in der Tagespflege das Qualifizierungsprogramm weiterhin ausgeweitet.



Ziele für 2005

Umsetzung des KibeG mit dem erweiterten Rechtsanspruch für Elementarkinder auf eine fünfständige Betreuung inkl. Mittagessen sowie diversen weiteren Neuerungen zeitnah zu bewältigen. Die Rechtssicherheit der Bürger soll weiterhin durch zeitnahe Bescheiderteilung gewährleistet bleiben. Dabei soll der Kita-Gutschein gleich bei Antragstellung ausgestellt, mindestens jedoch innerhalb von 15 Tagen nach Antragstellung zugeschickt werden. Weiterhin wird das Ziel verfolgt, die in 2005 erwarteten Änderungen in der Elternbeitragsgestaltung und die daraus zunächst resultierende höhere Arbeitsbelastung durch damit verbundenen erhöhten Beratungsbedarf der Kunden trotz erheblicher Konsolidierung im Personalhaushalt der Abteilung so gut wie möglich zu bewältigen. Darüber hinaus wird der neugegründete Bezirkselfternausschuss über alle wesentlichen Inhalte informiert und ggf. beraten werden.

Eine wesentliche Aufgabe wird die Berechnung der Teilnehmerbeiträge für die Vorschulklassen und die Einziehung der entsprechenden Beiträge sein.

Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige, Eingliederungshilfe

2004 wurde weiter an der sozialräumlichen Ausrichtung des ASD gearbeitet. Die Einführung und Fortführung weiterer Schnittstellenprojekte in Lohbrügge (Re-aktiv des Trägers MIKO), Bergedorf-West (f.aktiv des Trägers Pestalozzi-Stiftung und die integrierte Tagesgruppe des Trägers LEB), Neuallermöhe / Bergedorf-West (Therapie und Kooperation des Trägers mittendrin!) und Neuallermöhe (Schnittstellenprojekt vom IB) in Kooperation mit dem ASD sind wichtiger Bestandteil der sozialräumlichen Weiterentwicklung.

Die Planungsräume 1 (Lohbrügge) und 2 (Bergedorf-West, Neuallermöhe Ost und West) sind gekennzeichnet durch einen erheblichen Bedarf an Hilfen zur Erziehung und eine hohe Anzahl von strittigen Scheidungen, insbesondere im Boberger Dorfanger und Neuallermöhe-West. In Bergedorf-Kern und Vier- und Marschlande werden derartige Belastungen nicht ganz so deutlich.

Über alle Planungsräume hinweg ist erkennbar, dass der Anteil der Familien mit einem psychisch erkrankten Familienmitglied steigt, ebenso der Beratungsumfang in Fällen mit strittigem Umgangsrecht (erweitert um den Personenkreis der Großeltern und ehemaligen Lebengefährten, die nicht leiblicher Vater oder Mutter sind, sondern „Sozialvater- oder -mutter“).

Das ursprünglich zugewiesene HzE-Budget wurde im Jahre 2004 erheblich überschritten.

Alle Teams des ASD setzen die fachliche Qualifizierung der Arbeit durch regelmäßige, wöchentliche kollegiale Beratung fort.

Ziel für 2005

- Unter Wahrung der Rechtsansprüche der Familien mit dem zur Verfügung gestellten Budget für Hilfen zur Erziehung auskömmlich zu wirtschaften.

Die Zielerreichung soll gewährleistet werden durch Steuerungsmaßnahmen im Bereich der Hilfeplanung, der Verlaufskontrolle sowie der Zeichnungsvorbehalte. Ferner wird auf die verstärkte Nutzung der oben beschriebenen Projekte zur Budgetentlastung gesetzt.

Als neuer Arbeitsbereich soll Mitte 2005 die Beratung von Zuwanderern ohne Bleiberecht und die Jugendhilfetätigkeiten in Einrichtungen zusammen mit dem Personal im ASD integriert werden.



Durchschnittsfallzahlen	2002	2003	2004
Anzahl der Betreuten in ambulanten Hilfen zur Erziehung (zum Stichtag 31.12.) (gem. §§ 28,29,30,31,32 SGB VIII)	135	137	148
Anzahl der Betreuten in Vollzeitpflege (gem. § 33 SGB VIII)	88	86	92
Anzahl der Betreuten in stationären Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 34, 35 SGB VIII)	162	153	161
Anzahl der betreuten seelisch behinderten Kinder und Jugendlichen (gem. § 35a SGB VIII)	36	22	23
- Zugewiesenes HzE-Budget in T€	9.590	9.363	8.653
- Ausgaben für HzE in T€	10.204	9.406	9.575

Pflegestellenberatung

Aufgabe und Entwicklung in 2004

2004 war dadurch gekennzeichnet, im Rahmen des hamburgweit durchgeführten Projektes „100 plus“ neue Pflegestellen durch eine spezielle Werbekampagne zu schaffen. Diese zielte insbesondere auf Familien ab, die bereit waren, auch ältere Kinder oder Geschwisterpaare aufzunehmen. Für die Pflegestellenberatung bedeutete dies, dass an deutlich mehr Informationsveranstaltungen für Pflegeeltern teilgenommen werden musste.

Trotz erheblichen personellen Aufwandes sind für Bergedorf lediglich 4 Familien zur Prüfung verblieben. Auch in 2005 sind weitere Anstrengungen notwendig, um Pflegefamilien für den obigen Zuschnitt zu finden.

Der Vertrag mit dem LEB über die Betreuung von Pflegefamilien läuft weiter. Die Kooperation zwischen LEB und Jugendamt ist positiv.

Ziele für 2005

Alle Bewerber innerhalb von 2 Monaten nach Eingang der Bewerbung als Pflegefamilie auf ihre Eignung hin überprüfen. Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich, um besonders auch für Geschwisterkinder und für ältere Kinder, die schwer zu vermitteln sind, geeignete Pflegefamilien zu finden.

Andere Aufgaben der Jugendhilfe

Unterhaltsvorschuss

Im Bereich Unterhaltsvorschuss werden Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) bearbeitet.

Der Unterhaltsvorschuss soll den Mindestunterhalt von Kindern bis zum 12. Lebensjahr sicherstellen, in Fällen, in denen der Unterhaltspflichtige den Unterhalt nicht leistet oder nicht leisten kann.

Die Mitarbeiter sind sowohl beratend tätig als auch im Bereich der Heranziehung von Unterhaltspflichtigen.

	2002	2003	2004
Anzahl der 0 bis unter 12jährigen Kinder, die UVG-Leistungen erhalten	1.158	1.187	1.321
- Ausgaben nach dem UVG in T€	1.580	1.645	1.790
- Einnahmen nach dem UVG in T€	340	272	251



Jugendgerichtshilfe

Die Jugendgerichtshilfe in Bergedorf ist als kleine Organisationseinheit besonderen Belastungen ausgesetzt. Die Schwere der Straftaten Jugendlicher zieht häufig langwierige Gerichts- oder Kammerverfahren nach sich. Das Diversionsprojekt hat 2004 erheblich dazu beigetragen, dass gerichtliche Gesprächs- und Betreuungsweisungen sowie Täter-Opfer-Ausgleiche zügig erledigt werden konnten.

Ziel für 2005

Fortführung der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen JGH und Diversionsprojekt

	2002	2003	2004
Eingangszahlen beim Bezirksjugendgericht	575	*	500
Anzahl der Projekt- und Betreuungsweisungen	41	29	27
Anzahl Täter-Opfer-Ausgleiche	27	27	48

*Ab 2003 werden diese Zahlen von der Fachbehörde nicht mehr erhoben.

Amtsvormundschaft/Beistandschaft

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Integriert wurden in 2004 die Zuständigkeiten für Amtshilfen des Bundesverwaltungsamtes (BVA) bei der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen aus dem Ausland. Diese Zuständigkeiten lagen vorher bei der Fachbehörde. Hinzugekommen sind auch Zuständigkeiten bei Beurkundungen nach § 59,1 Nr. 5 SGB VIII (Bereiterklärung nach § 7 Adoptionsübereinkommens-Ausführungsgesetz).

Diverse gesetzliche Veränderungen und Neuregelungen wurden in die Praxis aufgenommen: Hierzu gehörten vor allem Veränderungen bei den Vorschriften zur Vaterschaftsanfechtung (Recht des biologischen Vaters), Umgangsrechtsregelungen und Regelungen zur gerichtlichen Ersetzung der Sorgeerklärung des anderen Elternteiles, bei Trennung vor dem 01.07.98.

Hinsichtlich erweiterter Anforderungen ist auf die Regelung des Gesetzes zur Umsetzung familienrechtlicher Entscheidungen des BVG aufmerksam zu machen, die u.a. eine neue statistische Erhebung über abgegebene und ersetzte Sorgeerklärungen ab 2004 durch das Jugendamt erforderlich machen. Eine entsprechende Datensammlung und -aufbereitung wurde vorgenommen.

Die elektronische Mündelgeld- und Einnahmeverwaltung (MEV) wurde zwischenzeitlich zum Juli 2004 in die Praxis überführt. Hier gab es jedoch einige Nachbesserungen durchzuführen.

Der Regelungsaufwand für gerichtliche und außergerichtliche Unterhaltsfestlegungen wurde durch die veränderte Kindergeldanrechnung nachhaltig beeinflusst. Sehr viele Beistandschaften bewegen sich im Mangelbereich von Einkommen mit erheblichem Konflikt- und Streitpotential.

Ziele für 2005

Weiterhin möglichst rasch Unterhaltsregelungen für die Kinder treffen und Unterhaltsurkunden festschreiben. Der erreichte qualitativ hohe Standard der persönlichen Betreuung der Minderjährigen bei den Amtsvormundschaften und Pflegschaften soll gehalten werden. Zum 1.7.05 findet eine neue Unterhaltsanpassung der Regelbeträge statt. Hierbei werden zum großen Teil die Einkommen der Unterhaltspflichtigen neu berechnet und die sorgeberechtigten Elternteile informiert.



Nach Einführung des SGB II zum 1.1.05 werden im Rahmen der Heranziehung von Unterhaltsgeldern direkte Einflüsse unterhaltsrechtlich wirksam.
Die Anzahl an Unterhaltsmangelfällen wird sich durch das neue ALG II vermutlich erhöhen; dadurch ist ein erhöhter Beratungs- und Verhandlungsbedarf bei Müttern und Vätern zu erwarten mit erhöhtem Streit- und Konfliktpotential.

	2002	2003	2004
- Anzahl der Amtsvormundschaften	130	141	145
- davon für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	16	8	1
Anzahl der Beistandschaften	1.465	1.511	1.508
Anzahl der Urkunden und Sorgeerklärungen	743	776	676
Beratung und Unterstützung nach § 18 SGB VIII (Eingehende Beratung und Unterstützung in Unterhaltssachen)	190	152	302
Beratung und Unterstützung nach § 52 a SGB VIII (Telefonische und persönliche Beratungen vor und nach der Geburt)	719	730	634

5.2 Grundsicherungs- und Sozialamt

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Gegenüber 2003 ist die Anzahl der Hilfeempfänger nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) um rd. 600 und die Anzahl der Hilfeempfänger nach dem Grundsicherungsgesetz (GSiG) um rd. 70 gestiegen.

Die Anzahl der Hilfeempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ist leicht zurückgegangen.

Im ersten Quartal 2004 waren noch vielfältige Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung und in der Zusammenarbeit mit den Krankenkassen, insbesondere hinsichtlich der neuen Zuzahlungsregelungen, zu klären und umzusetzen.

Zunächst vorrangiges, zum Ende des Jahres nahezu alleiniges Ziel aller Aktivitäten bildete die Umsetzung der Hartz IV- Reform. Rund zwei Drittel sämtlicher Fälle war auf die neue Leistung Arbeitslosengeld 2 (Alg II) umzustellen, die übrigen Fälle mussten an Änderungen, die sich aus der Ablösung des BSHG und GSiG durch das neue Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) ergeben, angepasst werden.

Gleichzeitig waren sämtliche Mitarbeiter des Amtes aufgefordert, sich für die Mitarbeit in der neuen Organisationseinheit Hamburger Arbeitsgemeinschaft SGB II (Arge) oder für den Verbleib im Grundsicherungs – und Sozialamt zu entscheiden. Alle Mitarbeiter mussten für ihre zukünftige Aufgabe, sei es in der Arge oder im Grundsicherungs – und Sozialamt fachlich sowie bezogen auf die neue Software A2LL geschult werden.

Zusätzliche Unterstützungs- und Erfassungskräfte, die zeitlich befristet die Umstellungsarbeiten begleitet haben, waren zu schulen, einzuarbeiten und zu betreuen.

Um den Zugang zur Software A2LL zu ermöglichen, ist im letzten Quartal 2004 der Umzug der Abteilung Gesundheit und Pflege in das Bürgerzentrum Neuallermöhe sowie umgekehrt der dortigen Abteilung Fachstelle Arbeits- und Sozialhilfe in den Duwockskamp erfor-



derlich geworden. Die Aufgaben der Fachstelle sind vollständig in der Arge aufgegangen. Die Abteilung wurde zum Ende 2004 aufgelöst.

Verbunden mit der Leistungsumstellung mussten die im Rahmen des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes den Krankenkassen zur Versorgung gemeldeten Fälle abgemeldet und ggf. neu angemeldet werden.

Der in 2003 im Rahmen der Missbrauchsbekämpfung erweiterte Sozialdatenabgleich musste im 2. Halbjahr 2004 vor dem Hintergrund der notwendigen Umstellungsarbeiten auf das Arbeitslosengeld 2 ausgesetzt werden.

Ziele für 2005

- Mit dem SGB XII wurde für die Arbeit des Grundsicherungs- und Sozialamtes eine neue Rechtsgrundlage geschaffen, die ab dem 01.01.2005 das BSHG und das GSiG abgelöst hat. Die Klärung offener Rechtsfragen, die Schulung in diesem Rechtsgebiet und die Sicherstellung der rechtsfehlerfreien Anwendung des neuen Regelwerkes bilden den fachlich-inhaltlichen Schwerpunkt für das Jahr 2005.
- Zugleich sind Zuständigkeitsfragen in der Abgrenzung zum SGB II zu klären und bei Überschneidungen die Zusammenarbeit mit der Arge zu organisieren.
- Konzentration der Bearbeitung aller Leistungen des Grundsicherungs- und Sozialamtes an einem Standort.
- Im Rahmen der Neuordnung des Hilfesystems für Wohnungslose wird die Ausführung der Aufgabe zum 01.07.2005 von der Behörde für Soziales und Familie auf die Bezirksämter übertragen. Vor Ort sind im ersten Kalenderhalbjahr die notwendigen Organisations- und Arbeitsstrukturen zu schaffen, Schulungen durchzuführen u.v.m..
- Die Schuldnerberatung des Bezirksamtes wird, nachdem ein freier Träger diese Aufgabe seit Dezember 2004 im Bezirk wahrnimmt, aufgelöst.
- Zur Missbrauchsbekämpfung soll der Sozialdatenabgleich wieder aufgenommen werden.

Allgemeine Kennzahlen des Grundsicherungs- und Sozialamtes

Kennzahl	2002	2003	2004
Empfänger (HE) von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG	8.175	8.330	8.951
Anzahl der Empfänger pro 1.000 Einwohner	70	71	75
Durchschnittliche Ausgaben pro HE in €	226	230	224
Empfänger von Grundsicherungsleistung nach dem GSiG	--	628	698
Anzahl der Empfänger pro 1.000 Einwohner	--	5	6
Durchschnittliche Ausgaben pro HE in €	--	278	285



Anzahl der Empfänger nach dem AsylbLG	1.575	1.369	1.344
Anzahl der Empfänger pro 1.000 Einwohner	14	12	11
Durchschnittliche Ausgaben pro Person gem. AsylbLG in €	283	280	286



6. ORTSAMT VIER- UND MARSCHLANDE

Leitung: Dirk Brahm, Tel. 42891-2350

		2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen		44,38	42,0	26,08 ¹
Sachkostenbudget in €				
Ansatz und Rest Vorjahr	Soll	58.823,55	64.973,83	23.680,24 ²
Ausgaben	Ist	49.753,72	64.359,71	23.333,75
übertragbarer Rest		9.119,83	614,12	346,49
betreute Fachausschüsse		Ortsausschuss und Unterausschüsse		

6.1 Verwaltungsabteilung

	2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen	3,0	3,0	3,0

Neben den im Folgenden aufgeführten Leistungen wird die Verwaltungsabteilung auch tätig für das Statistikamt Nord, indem in Amtshilfe die Durchführung der statistischen landwirtschaftlichen Erhebungen, wie z. B. Agrarberichterstattung, Bodennutzungshaupterhebung u. a. für das Gebiet der Vier- und Marschlande koordiniert wird.

Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit

	2002	2003	2004
Anzahl der zu betreuenden Gremien	3	3	3
Anzahl der Sitzungen	27	27	23
schriftliche Vorlagen insgesamt	140	111	83
davon Stellungnahmen / Beiträge der Verwaltung ³	44	48	37

6.2 Bürgerzentrum

	2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen	3,63	3,50	3,50

Im "Bürgerzentrum Vier- und Marschlande" werden publikumsintensive Verwaltungsdienstleistungen der Wirtschafts- und Ordnungsabteilung und der Einwohnerabteilung in einer Service-Einheit zusammengefasst wahrgenommen.

Es bietet weiterhin von allen Bürgerzentren der Freien und Hansestadt Hamburg den umfassendsten Service "aus einer Hand" an.

Vom Personal des Bürgerzentrums wird auch die Zahlstelle mit einem nicht unerheblichen Aufwand bedient. Den größten Anteil machen hier die Sozialhilfebarauszahlungen aus. Ab Januar 2005 ist eine starke Reduzierung aufgrund der Einführung von Arbeitslosengeld II

¹ zum 1.1.2004 wurde Vm/BA 5 in die Garten- und Tiefbauabteilung des Bezirksamtes integriert

² Budgetverringerung durch die Abgabe von Vm/BA 5

³ incl. Antworten auf schriftliche Anfragen



zu verzeichnen. Mit der Auflösung der Sozialabteilung im Ortsamt ab 1. März 2005 fallen keine Sozialhilfeauszahlungen mehr an.

Seit 2003 wurde das Angebot im Bürgerzentrum um nachstehende Leistungen erweitert:

	2002	2003	2004
Führerschein-Tausch		175	195
Adressenänderung in Kfz-Scheinen		325	237

Melde- und Ausweisangelegenheiten

Beschäftigungsvolumen für EA 21 - Tätigkeiten	2,40	2,40	2,40
-----------------------------------------------	------	------	------

	2002	2003	2004
Bevölkerungszahl im Ortsamtsgebiet ¹	36.874	37.410	38.440
Anzahl der erteilten Personaldokumente ²	6.120	4.448	4.510
Anzahl der An-, Um- und Abmeldungen	4.653	3.922	4.337
Anzahl der schriftlichen Auskünfte ³	17.298	11.239	18.355
Summe aller Leistungen ⁴	36.289	34.416	35.604

Gewerbe- und Ordnungsangelegenheiten

Das Bürgerzentrum bietet folgende Leistungen: Gewerbean-, -um- und -abmeldungen, Ausstellen von Reisegewerbekarten, Ausstellen von Angelscheinen, Ausgabe von Fische-reimarken, Auskünfte aus dem Gewereregister und Auszüge aus dem Gewerbezentralregister, Ausstellen von Transportmittelscheinen, Abrechnung mit Bismarckenfängern (einschl. Statistik). Eine statistische Trennung zwischen Kerngebiet und Ortsamtsgebiet ist technisch nicht machbar. Daher sind die Tätigkeiten des Bürgerzentrums in den Zahlen des Verbraucherschutzamtes enthalten. Einzig die Ausgabe von Angelscheinen kann für das Bürgerzentrum bestimmt werden:

	2002	2003	2004
Angelscheine	71	75	69

Sozialangelegenheiten

	2002	2003	2004
Anzahl der Rundfunkgebührenbefreiungen/-ermäßigungen	127	147	166
Verlängerung von Schwerbehindertenausweisen	147	126	127
Sitzplatzausweise	11	8	13

¹ jeweils zum 31.12 des Vorjahres

² Setzt sich zusammen aus Personalausweisen, vorläufigen Personalausweisen, Reisepässen, vorl. Reisepässen und Kinderausweisen

³ Hier wird die Zahl der Zugriffe auf das Meldesystem wiedergegeben, die erforderlich waren, um alle Auskunftersuchen zu beantworten.

⁴ Hierunter fallen z.B. auch Führungszeugnisse und Ausstellungen von Lohnsteuerkarten.



6.3 Bauaufsicht

	2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen	11,69	11,3	11,25

Durchführung des bauaufsichtlichen Anzeige- und Antragsverfahrens

Die Zahl der Widersprüche ist auf 84 (Vorjahr 59 Widersprüche) gestiegen.

122 Verfahren zur Herstellung ordnungsgemäßer Zustände (Beseitigungen, Nutzungsuntersagungen usw.) wurden durchgeführt.

Da Antragsteller eine hohe rechtliche Sicherheit für zukünftige Planungen benötigen, bleibt die Zahl der Vorbescheide mit 91 Vorbescheidsverfahren weiterhin hoch (Vorjahr 100 Vorbescheidsverfahren).

Zielerfüllung 2004: Das Campingplatzgelände Hohendeicher See wurde überprüft. Die Campingplatzbesitzer haben neue Bestandsunterlagen eingereicht. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung wurde über den Rückbau ungenehmigter baulicher Anlagen folgende Vereinbarung getroffen: Hölzerne und überdachte Vorbauten und Umbauungen der Wohnwagen und Terrassen sind bis zum Ende der Saison 2005 zurückzubauen. Abstellschuppen und Hecken sind mit dem Pächterwechsel der Parzellen abzubrechen bzw. zu schneiden.

Die technische Ausstattung der Abteilung wurde wiederum verbessert (z.B. EFax-Modul, Beamer, usw.)

Gestaltungsberatung: Im Jahr 2004 wurden 45 Gestaltungsberatungsgespräche mit Planern und Bauherrn geführt. Von den Planern und Bauherrn wurde die Möglichkeit zu einer Gestaltungsberatung weiterhin positiv beurteilt. Die Erfolge der Beratungen waren unterschiedlich, wobei eine deutliche positive Tendenz bleibt. Die Beratungen beinhalteten Themen von Details eines Hauses (Fenster, Türen, Gauben, ...) über Um- und Anbauten bis zum gesamten Gebäudeneubau.

Die Recherchen zum Gestaltungsleitfaden sind beendet. Eine Rohfassung ist erarbeitet und wird im Frühjahr 2005 dem Bezirk und den Gremien vorgestellt. Sie soll Bauherrn, Architekten und Bauträgern als Anregung und Orientierungshilfe dienen.

Ziele für 2005

Die Bauprüfabteilung Vier- und Marschlande nimmt auch zukünftig Sonderaufgaben wahr. Aufgrund gesetzlicher Änderungen ist die Dichtigkeit der Entwässerungs-Grundleitungen in Wasserschutzgebieten alle 5 Jahre vom Grundeigentümer nachzuweisen. Weil es sich um eine in der Öffentlichkeit unbekannte Änderung handelt, werden die betroffenen Grundeigentümer angeschrieben. Die Überprüfung wird somit eine kontinuierliche Aufgabe.

Die Überprüfung der ungenehmigten Lauben und Schuppen soll in 2005 wieder aufgenommen werden unter der Voraussetzung, dass ein Teil der Flächen in Kirchwerder als Kleingartenfläche planungsrechtlich gesichert werden kann.

Der Rückbau der Kleingartenlauben auf 24 m² im Kleingartenverein 602 ist durchzusetzen (es liegen rechtskräftige Bescheide vor).

	2002	2003	2004
Wohnbauvorhaben	228	254	340
Anzahl der Wohnungen	107	118	95
Gewerbliche Bauvorhaben	92	76	112
Sonstige bauaufsichtliche Verfahren (einschl. der Bauanzeigen- Entwässerung)	901	1121	850



Anzahl der Grundstücksteilungen		75	73	100
Anzahl OWiG-Verfahren		1	1	1
Einnahmen in EUR				
Gebühren	Soll	232.417	241.318	185.775,03
	Ist	204.605	240.236	177.277,60
Zwangsgeld/Bußgeld	Soll	50.245	36.575	31.879,88
	Ist	19.262	4.036	18.650,00

Sicherstellen der ordnungsgemäßen Entwässerung

	2002	2003	2004
Entwässerung (Anzahl der Verfahren)	329	286	288
davon Bauanzei- gen/Drucksielanschlüsse	197	94	128
Drucksielfestlegungen	132	192	160

6.4 Grundsicherungs- und Sozialabteilung

	2002	2003	2004
Beschäftigungsvolumen	10,06	9,20	8,33

Die Sozialhilfeleistungen des Ortsamtes sind im Zahlenmaterial des Grundsicherungs- und Sozialamtes Bergedorf enthalten.

	2002	2003	2004
Anzahl der laufenden Fälle mit Empfänger/innen von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG ¹	970	870	915
darunter Fälle unter 60 Jahren ² :	830	870	915
ab 60 Jahren:	140	-- ³	--

Mit der Einführung von Arbeitslosengeld II zum 01. Januar 2005 hat sich die Anzahl der Fälle so stark reduziert, dass eine Sozialabteilung im Ortsamt nicht mehr haltbar ist. Die Bearbeitung der Sozialhilfefälle wird vom Grundsicherungs- und Sozialamt Bergedorf wahrgenommen.

¹ BSHG = Bundessozialhilfegesetz; bei der Anzahl der Fälle muss berücksichtigt werden, dass 1 Fall sowohl aus nur 1 Person als auch aus einer Großfamilie bestehen kann, daraus resultieren unterschiedliche Bearbeitungszeiten und auch unterschiedlich hohe Sozialhilfeleistungen.

² Stand: jeweils Dezember des Jahres

³ Die Bearbeitung der Fälle wird seit 01.04.2003 vom Grundsicherungs- und Sozialamt Bergedorf wahrgenommen.



7. Beauftragte für Wirtschaftsförderung (WB) und Verbindungsstelle Liegenschaftsverwaltung

Dirk Brahm, Tel.: 42891-2350
Dirk Klimach, Tel.: 42891-2347
Herbert Fuhrmann, Tel.: 42891-2482

Aufgabe und Entwicklung in 2004

Die Aufgabenstellung der Wirtschaftsförderung ist ausführlich im Tätigkeitsbericht 2003 beschrieben worden. Auf eine Wiederholung wird an dieser Stelle verzichtet, und stattdessen der Fokus auf den Bereich gerichtet, der durch die am 01.12.2003 aufgenommene Tätigkeit eines zweiten Wirtschaftsbeauftragten in der Person von Herrn Dirk Klimach wesentlich ergänzt wird. Dessen Aufgabenbereich ist geprägt durch ein sehr weites Spektrum, da es die Förderung einer Vielzahl von Branchen umfasst (z.B. Einzelhandel, Tourismus, Maschinenbau, Life Science etc.) und sich sowohl auf Bestandspflege als auch Existenzgründungsberatung und Unternehmensakquisition bezieht. Die Tätigkeit ist ferner gekennzeichnet durch Repräsentation und intensiven Kontakt mit den ansässigen Unternehmen, Unternehmensvertretungen, Behörden, Wirtschaftsförderungsinstitutionen, Presse etc. Im Rahmen der Vertretung bezirklicher Interessen sind häufig Vorträge bzw. Präsentationen bei verschiedensten Einrichtungen (z.B. Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Handelskammer) zu jeweils variierenden Themenfeldern (z.B. Business Improvement District (BID), Stadtmarketing) zu halten. Moderationen und Verhandlungen u.a. im Rahmen regionaler Kooperationen (z.B. Urstomtal Elbe – von Dömitz nach Hamburg) oder die Organisation von Veranstaltungen sind ebenfalls fester Bestandteil des Aufgabenspektrums.

Schwerpunkt-Projekte in 2004:

Bedeutendstes Projekt im Bereich Stadt- und Standortmarketing war die Messe „Wirtschaftsförderung vor Ort – Infotag für Bergedorf“, bei der die wichtigsten Hamburger Wirtschaftsförderungsinstitutionen unter den Themenbereichen „Finanzierung / Existenzgründung“, „Grundstücke/Bebauung“, „Partner vor Ort“ und „Behördenservice“ insgesamt 450 Bergedorfer Unternehmern ihre Serviceleistungen angeboten haben. Im Rahmen dieses Projektes lag die Tätigkeit von Herrn Klimach insbesondere in der verantwortlichen Planung, Organisation, Durchführung und Evaluation.

Zu den Aktivitäten in 2004 zählte ferner die Entwicklung eines Stadtmarketing-Konzeptes für Bergedorf sowie damit korrespondierend die aktive Mitgliedschaft in der neu konstituierten „Lenkungsgruppe Stadtmarketing“ und dem „Initiativkreis Standortmarketing“.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich lag in der Vertretung Bergedorfs innerhalb des - die nördliche Metropolregion Hamburg umfassenden – clusterorientierten Wirtschaftsförderungsprojektes Wachstumsinitiative Nord (WIN). An diesem Projekt, wo es um eine bessere Vernetzung von Wirtschaft, Wirtschaftsförderung, Verwaltung und Wissenschaft geht und in dem Business-Pläne für konkrete branchenbezogene Projekte erarbeitet werden, nimmt stellvertretend für alle Hamburger Bezirke neben Bergedorf nur noch das Bezirksamt Altona teil.

Weitere Aktivitäten lagen in 2004 im Aufbau und der Pflege des Kontaktes zur Bergedorfer Wirtschaft bzw. Wirtschaftsvertretung, der Hochschule für angewandte Wissenschaften und anderen Institutionen einschließlich Unternehmensbesuche und Vorbereitungen zur Entwicklung eines Netzwerkes Maschinenbau und Technik sowie Life Science.



Von großer Bedeutung ist auch die bezirkliche Vertretung und aktive Mitarbeit zur Umsetzung des in 2005 zu realisierenden deutschlandweit ersten „Business Improvement District“ (BID) mit dem Ziel der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Bergedorfer Innenstadt. Zahlreiche Aufgaben zur Vorbereitung der Errichtung des BID wurden vom Wirtschaftsbeauftragten geleistet.

Ein weiteres Aufgabenfeld war und ist die Vertretung des Bezirks in der Tourismusförderung wie zum Beispiel in der Regionalen Kooperation Urstromtal Elbe – von Dömitz nach Hamburg. Im Rahmen dieser Kooperation wurden Förderanträge gestellt (z.B. für die Teilautomatisierung der Krapphofschleuse).

Optimiert wird die Aufgabenstellung der Wirtschaftsbeauftragten durch die Angliederung der Verbindungsstelle, die nach der Zentralisierung der Liegenschaftsverwaltung im Bezirk eingerichtet wurde. Herr Fuhrmann nimmt die Koordinierung der Liegenschaftsangelegenheiten zwischen Bezirk und Liegenschaftsverwaltung wahr. Die dadurch nutzbaren Kompetenzen kommen der Tätigkeit der Wirtschaftsförderung zu Gute und ergänzen sie in hervorragender Weise.

Beispielhaft sei hier außerdem die Internetpräsentation der städtischen Gewerbeflächen in Bergedorf genannt. Um die Vermarktung der städtischen Gewerbeflächen im Bezirk Bergedorf und dadurch den Standort Bergedorf zu stärken, wurden durch die Wirtschaftsförderung/ Verbindungsstelle unter der Internetadresse www.hamburg.de und dem Suchbegriff *Gewerbeflächen* Mitte 2004 die aktuellen Gewerbegebiete des Bezirks aufgelistet, planerisch dargestellt und mit den für den Suchenden interessanten Daten versehen. Der Internetbeitrag wird ständig gepflegt.

Bergedorf ist damit bisher der erste und einzige Bezirk, der auf diesem Wege eine moderne Gewerbeflächenvermarktung betreibt.

Vermarktung:

Die städtischen Gewerbeflächen im Bezirk haben sich wie folgt entwickelt (Stand Januar 2004):

221,1 ha Bruttobauland im Bezirk ausgewiesen (Vorjahr: 189,7 ha) während in gesamt Hamburg 545,9 ha ausgewiesen wurden (Vorjahr: 413,5 ha). Die im Privatbesitz befindlichen Gewerbeflächen haben sich mit 32,0 ha nur marginal verringert. Die folgende Aufstellung stellt die städtischen Gewerbeflächen in Bergedorf zum Stichtag 10.02.2005 dar¹:

<u>Gewerbegebiet</u>	Bestand	disponiert	verfügbar
Dusiplatz	2.231	2.231	0
Curslacke Neuer Deich	91.360	0	91.360
Lehfeld	14.180	2.100	10.080
Havighorster Weg	7.450	1.107	6.343
Billwerder-Allermöhe	500.607	197.334	303.273
Walter-Rudolphi-Weg	34.000	0	33.688
Gerhard-Falk-Straße	3.612	0	3.612
Helmut-Nack-Straße	16.500	0	3.850



Brookkehre	30.000	2.840	27.160
Mette-Harden-Straße	19.000	1.600	17.400

Unstimmigkeiten in den Zahlen lassen sich auf teilweise dauerhafte Vermietungen von Gewerbegrundstücken zurückführen.

Die Dispositionen für Unternehmen sind von 4 auf 11 angestiegen. Herausragend zu nennen sind Vergaben an zwei Verteilerzentren und ein Logistikunternehmen in Größenordnungen von 25.000 m², 10.930 m² und 11.000 m². Die übrigen Dispositionen bewegen sich zwischen 1.000 und 2.440 m². Darunter befindet sich auch eine für das Gewerbegebiet Mette-Harden-Straße mit 1.600 m².

Ziele für 2005

Die starke Stellung der Bundesrepublik Deutschland auf dem Exportmarkt spiegelt sich auch auf dem Logistikmarkt wider. Hier ist mit weiteren Nachfragen vor allem für das Gewerbegebiet Allermöhe zu rechnen. Beispielhaft ist dafür die Inbetriebnahme des Logistikzentrums der Fa. Dachser GmbH & Co KG im August 2004. Die weiteren Ziele hinsichtlich der Vermarktung städtischer Gewerbeflächen sind identisch mit denen des Jahres 2003, d. h. besondere Aufmerksamkeit gilt nach wie vor der Belegung der Gewerbegebiete Mette-Harden-Straße und Brookkehre.

Mit der Bildung des Wirtschaftsförderungsteams ergeben sich im Vergleich zu den Vorjahren folgende weitergehende Zielsetzungen:

- Konstituierung des deutschlandweit ersten Business Improvement District (BID) und Mitarbeit bei ersten Umsetzungsmaßnahmen in der BID-Lenkungsgruppe sowie Wahrnehmung der gesetzlich den Bezirken zugewiesenen Aufsichtsbehörden-Funktion
- Vorantreiben des Bergedorfer Stadtmarketingprozesses (z.B. durch die Organisation und Moderation eines Workshops „Marke Bergedorf“)
- Aufbau und Vertiefung eines Netzwerks Maschinenbau und Technik sowie Life Science
- Bezirkliche Vertretung innerhalb des Projektes Wachstumsinitiative Nord (WIN)
- Durchführung von Unternehmensbesuchen
- Organisation einer Mittelstandsförderungsveranstaltung
- Weitere Mitarbeit bei Projekten des WSB (z.B. Initiativkreis Standortmarketing)
- Stärkung des Tourismusstandortes Bergedorf.